AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN



Nr. 19/20 I-86
Doppelnummer
3.–
Regionalteil
Darmstadt/
Dieburg

REDAKTION

Aktion
Kriegstraße 38
6 Frankfurt 1

KONTO

K. Cohrs
Postscheckkonto
3337 97-601
Pscha. Ffm
BLZ 500 100 60

VERTRIEB

Anares-Medien
Mühle 28
5270 Gummersbach 31

Berlin:

Regenbogen
Seelingstraße 47
1000 Berlin 19

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

ViSdP. K. Cohrs

In eigener Sache

REDAKTIONSSCHLUSS für die Nr. 2-86 ist der 28. Februar.

Mit einiger Verspätung ist jetzt die neue AKTION erschienen. Eine Reihe von Geschehnissen hat bei uns einiges durcheinander gebracht, so daß wir die Zeitung etwas vernachlässigen mußten. Angefangen hat es damit, daß die Renovierung des Libertären Zentrums viel mehr Zeit und Energie gekostet hat, als erwartet.
Dann kam dazu, daß wir die Post auf unserer Postlagerkarte nicht mehr ausgehändigt bekamen, woran auch Verhandlungen mit dem Postamtsobermenschen nichts änderten. D. h., wir haben seit Juli keine Post mehr bekommen. Als dann die Zeitung in Arbeit war, fand in Frankfurt die Blockade einer NPD-Veranstaltung statt, in deren Verlauf die Bullen Günter Sare getötet haben.
Da unser Zentrum nur zwei Straßen vom Ort des Geschehens entfernt ist, haben sich wenige Minuten nach der Tat, die Augenzeugen hier getroffen und Protokolle geschrieben. Von diesem Zeitpunkt an gab es andauernd Treffen, Demos, Pressekonferenzen, wieder Treffen, Demos..... jedenfalls war zum Schreiben für die Beteiligten keine Zeit. Als die Auseinandersetzungen etwas abgeflaut waren, mußte ein Teil der Artikel als überholt herausgenommen werden, neue geschrieben werden...... so kommt es auch, das nur einer der Regionalteile dabei ist. Das Titelbild ist auch ein Stück mit ein Ausdruck von dem was uns beschäftigt undwas uns auch in den vergangenen Wochen von der Zeitungsarbeit abgehalten hat. Da viele der Beiträge unabhängig voneinander in verschiedenen Gruppen entstanden sind, wiederholen sich bestimmte Ereignisse und Fakten in den einzelnen Artikel

Nun noch ein paar Zeilen zum Libertären Zentrum, daß durch den Tod von Günther und die Aktionen gegen den darauffolgenden Ausnahmezustand in Frankfurt, ja sehr bekannt geworden ist, was auch die mehreren hundert Besucher beim Eröffnungsfest gezeigt haben.
Diese Umstände haben einiges bewirkt, was wir durch langwierige Kleinarbeit hatten schaffen wollen, z.B. einen Ort zu haben, an dem sich das antiautoritäre Spektrum kennenlernen und treffen kann, wo Diskussionen stattfinden und von wo politische Aktionen ausgehen. Dazu kommt, daß die vielen vereinzelten Anarchist/inn/en jetzt eine Anlaufstelle haben, wo sie einfach mal vorbeikommen können.

Es war eine Reihe von Zufällen, die zusammenkamen und dazu geführt haben, daß sich innerhalb der antiautoritären/antistaatlichen Linken, in den Auseinandersetzungen, Strukturen und Organisationsansätze entwickelt haben, die endlich die Möglichkeit bieten einfluß auf das Geschehen zu nehmen. Dies ist um so wichtiger, da ja gerade auch im ökonomischen Bereich die Konflikte zunehmen und wir bisher völlig wehrlos den Angriffen von Kapital und Staat ausgesetzt sind. Hier eine Verbindung zu schaffen, die Rebellion von der Straße, auch in die Bereiche Lohnsklaverei zu tragen, wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die auf uns zukommen.
Ungarantierte Arbeit Teilzeitarbeit, immer schlechtere Löhne und Arbeitsbedigungen, - die 2/3 Gesellschaft macht sich ja auch für uns bereits bemerkbar. Es wird ein größer werdendes Potential von Unzufriedenen geben, daß sich aus seiner beschissenen Lage befreien will. Ob diese Leute mit uns oder gegen uns kämpfen, liegt auch an uns. Wir müssen hier die Konflikte schüren, die Menschen ermutigen, ihnen Strukturen umd Organisationsformen anbieten in denen sie arbeiten können. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Inhalte, wie Selbstbestimmung, direkte Aktionen u. s. w in den Kämpfen zum tragen kommen, daß in den Organisationen die entstehen die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung Praktiziert wird, daß in kleinem entsteht, was wir Gesellschaftlich erkämpfen wollen.
Vor allen Dingen sollte aber eines klar sein: kaum jemand von uns hat die Möglichkeit sich hier in dieser Gesellschaft "einzurichten", ein abgesichertes Leben zu führen. Daß wir kämpfen müssen ist klar, wir sollten aber schleunigst g e m e i n s a m damit anfangen.

"BEGINNEN SIE IHR GESCHÄFT MIT DER RICHTIGEN ADRESSE."

Aktion
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt M. 1

Bitte keine Einschreiben

Diese Ausgabe der AKTION haben wir als Doppelnummer herausgebracht, sie hat ausnahmsweise einen Umfang von 68 Seiten und kostet ebenfalls ausnahmsweise 3.- DM. Wir haben uns für die Zukunft vorgenommen lieber regelmäßig und mehr oder weniger aktuell zu erscheinen, was einen Umfang von etwa 1/3 weniger Seiten bedeutet. Wir glauben, daß dies auch in eurem Sinn ist und fordern euch damit gleich auf, uns Artikel für die nächste Ausgabe
zu schicken. Auch die Gruppen, die einen Regionalteil machen wollen, bitten wir, sich schnell bei uns zu melden.

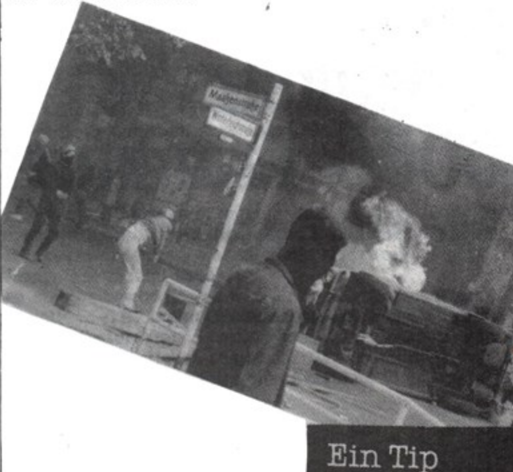
SONDERNUMMER

Wie angekündigt planen wir eine Sondernummer zum 19. Juli 1986, dem 50. Jahrestag der spanischen Revolution. Auf unseren ersten Aufruf, Artikel und Fotos etc. zu schicken, haben wir eine ganze Reihe Material zugesagt bekommen. Wie üblich ist bisher aber nur relativ wenig bei uns angekommen. Also rafft euch auf und beteiligt euch!
Einige Themenvorschläge dazu:
- Die libertäre Bewegung in Spanien (CNT, FAI, Mujeres Libres, FIJL) Ziele, Strukturen...
- Die Lage vor der Revolution, politische und soziale Bedingungen und Kämpfe.
- Die Revolution, soz., polit., und ökonomische Veränderungen.
- Die Kollektivierung.
- Das Milizsystem.
- Die Konterrevolution.
- Einschätzungen, Fehler der anarchistischen Bewegung ...

Wenn ihr Fragen habt, könnt ihr uns am Di., Do. oder Fr. anrufen: 069-7381152 (von 20^{00}-22^{00} Uhr.

AKTION & FAU-Ffm

Inhalt



Ein Tip vom Staatsanwalt



Die "neue" harte Linie

"Im Süden, im Westen,
im Osten, im Norden,
es sind überall dieselben,
die uns ermorden!"

TON-STEINE-SCHERBEN





SIE NENNEN ES " NOTWEHR "

Wieviele Menschen in der BRD von der Polizei verletzt oder getötet wurden, ist schwer zu ermitteln. Michael Kröninger schreibt hierzu im "Plärrer" Nr. 11, November 85: "Eine Statistik darüber wird von Seiten der Polizei- und Justizorgane geheimgehalten. Unvollständige Presserecherchen ermittelten, daß in den Jahren 1976 bis 1979 in der BRD 516 mal gezielt von Polizisten auf Personen geschossen wurde. In 510 Fällen haben die Gerichte auf Notwehr erkannt, 54 Menschen wurden getötet, 282 verletzt (Neue Züricher Zeitung, 4.5.80).
Eine Fallsammlung der "Frankfurter Rundschau" ergibt, daß durchschnittlich alle drei Monate "irrtümlich, vorschnell oder fahrlässig" ein Bürger von der Polizei erschossen wird. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Schröder wollte es etwas genauer wissen und stellte eine Anfrage an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Statt einer Antwort wurde Schröder auf eine Untersuchung des Kommunistischen Bundes (KB) verwiesen! Im übrigen wurde dem Abgeordneten mitgeteilt, daß die Polizeiführungsakademie in Münster über eine "streng vertrauliche" Untersuchung über Polizeiopfer verfügt: Auch für Abgeordnete nicht zugänglich!
In Bayern, wo seit 1978 das Bayrische Polizeigesetz auch Schüsse auf Kinder erlaubt ("Personen, die noch keine 14 Jahre alt sind"), ist ein rapides Ansteigen von tödlichen Polizeischüssen zu beklagen."

Demonstration, brutaler Bulleneinsatz; zurück bleibt ein toter Demonstrant. Nein, nicht in Chile. Aber auch dort. Auch nicht in Südafrika; aber dort erst recht. Mitten im Herzen des Westdeutschen Kapitals in der Bankenstadt Frankfurt hat ein Mensch seinen Protest gegen eine Versammlung von Faschisten mit dem Leben bezahlt. Ein "Unfall" heißt es. Seine Mörder sind Staats-Diener, die mit paramilitärisch anmutender Ausrüstung nicht nur die Nazis "schützen", sondern die Verfolgung derer Feinde bereitwillig übernahmen.
Das war am 28. Septmber dieses Jahres. Am Tag darauf dringen Bullen eines anderen Staates in Brixton (Großbritannien) in die Wohnung von Cherry Groce ein, um deren Sohn wegen Diebstahls zu verhaften. Sie schießen Cherry, die Mutter mehrerer jüngerer Kinder ist und darüber hinaus Farbige (!) in den Rücken. Aus "Notwehr" versteht sich.
Am 19. Oktober wird der 19jährige Marcin Antonowicz in Olszyn, Polen, zusammen mit zwei Mitstudenten verhaftet. Vierzehn Tage lang liegt er im Koma, bevor er seinen schweren Verletzungen erliegt. Er sei alkoholisiert aus dem Polizeifahrzeug gesprungen, behauptet die Polizei.
In Amsterdam stirbt am 25.10.85 Hans Kok. Die holländische Polizei hatte mit äußerster Brutalität und sogar unter Anwendung von Schußwaffen (!) versucht, eine Wiederbesetzung einer Einzimmer-Wohnung zu verhindern. Einer der 33 Verhafteten wird andertags tot in seiner Zelle aufgefunden. Angeblich wegen einer "Überdosis Betäubungsmittel". Eine eingehende Untersuchung der Todesumstände wird nicht zugelassen.
Am 17. November wird der 15jährige Michelis Kaltezis in Athen von der Polizei erschossen. Zum 12. Jahrestag der Studentenrevolte gegen die Diktatur Papadopoulos vom 17.11.73 hatten über 200 000 Menschen an einer Demonstration teilgenommen. Am Abend wird der junge Anarchist Michelis von einem Polizisten auf dem Exarchia-Platz, dem Treffpunkt der Anarchisten, erschossen.
Fünf Namen, die für unzählige andere stehen. Die 800 ermordeten Südafrikaner der letzten 13 Monate (nach offiziellen Angaben, FR 11.11.85) haben bei uns keine Namen wie Günter, Cherry, Antonowicz oder Hans, aber ihr Schicksal berührt uns nichtsdestoweniger. In Südafrika wütet der Polizei-Terror: Von Militärfahrzeugen aus, die Mercedes Benz liefert, werden von höchsten Stellen dazu legitimiert, von Bullen Massaker angerichtet. Gefangene werden gefoltert, Menschen willkürlich erschossen.
Aufstand und Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse allerorten. Die Antwort der bedrohten Machtinhabern ist "hart durchgreifen", heißt Aufrüstung und Repression in neuer Qualität. Zeigt die "neue harte Linie" der Machtzentren eine neue Entwicklungsstufe an?
Z.B.: Günter Sare - Ein westdeutscher Großkonzern rollt über Leichen.

Auf die Ermordung Günter Sares reagierten Tausende von Menschen mit Empörung. Um die Demonstrationen zu unterbinden, wurde über Frankfurt praktisch der Belagerungszustand verhängt. Ein Riesenaufgebot von Bullen kreiste Gruppen ein, verhaftete,



verprügelte, jagte, drohte. Dennoch gab es spontane Großdemonstrationen auch in Hamburg, Stuttgart, Freiburg, Berlin usw. Bullen räumten brutal die Kernkraftgegner in Wackersdorf, in Haidhausen überfielen sie ein Straßenfest von Atomgegnern und überall die gleichen Szenen.

Auf dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise, einer Umorientierung der Produktionsweisen - weg von der industriellen Großproduktion (Werften in Bremen, Arbed-Saarstahl, Kohleabbau im Ruhrgebiet usw.) hin zu den neuen Technologien, wächst die Zahl derjenigen, die keine garantierte Arbeit mehr haben, wie beispielsweise Ausländer, Ungelernte, aber auch zunehmend Teile des öffentlichen Dienstes. Der Angriff auf das Streik- und Organisationsrecht der Lohnabhängigen wird immer offener ausgetragen. Gleichzeitig schreitet die Monopolisierung des Kapitals voran. Mercedes schluckt AEG und spuckt Wasserwerfer aus: Wasserwerfer gegen heimische Demonstranten, Unimogs gegen Südafrikaner!

Z.B.: Cherry Groce - Polizeistaat auf "britisch".

Großbritannien ist kriegserfahren. Kolonialkriege. Bis hin in das Jahr 1982 (sogenannter "Falkland-Krieg"). Und in Nordirland hat der Krieg eine traurige Tradition. In Großbritannien wurde anläßlich des Massakers englischer Fußball-Fans in Brüssel Gesetze in Windeseile verabschiedet, die in Wirklichkeit dazu dienen, den zunehmenden Widerstand auf und von der Straße polizeilich unter Kontrolle zu bringen. Arbeitslosigkeit, Rassismus. Aufstände in Brixton, Toxteh und Liverpool. Cherry Groce ist nicht das erste Opfer.

Der lange Bergarbeiterstreik zeigt, daß der Widerstand der "under-classes" auf der Insel wächst. Großbritannien baut seinen Polizeistaat auf und hilft, den südafrikanischen auszubauen.

Z.B.: Marcin Antonowicz - Das Kriegsrecht wird aufgehoben - der Kriegszustand bleibt.

Das seit 1981 verhängte Kriegsrecht als Antwort auf die Streiks von August 1980 und den politischen Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften ist offiziell aufgehoben. Die Gefangenen sind jedoch nicht oder nur teilweise amnestiert worden. Die Errungenschaften der damaligen Kämpfe sind fast alle zurückgenommen worden. In dieser Situation wird der Student Marcin ermordet. Es ist noch nicht klar, ob die Miliz aus explizit politischen Gründen handelte. Wahrscheinlicher ist, daß Marcin Opfer der Polizeiwillkür wurde, wie soviele seiner Landsleute. Und das läßt ein bezeichnendes Licht auf dieses marode Regime fallen, daß sich, als sowjetische Kolonie, während des großen britischen Bergarbeiterstreiks dafür hergegeben hat, mit Kohlenlieferungen der bedrängten Mrs. Thatcher zur Hilfe zu kommen und den britischen Kumpels in den Rücken zu fallen. An der Aufstandsbekämpfung wird die Aufhebung des Kriegsrecht, soviel steht fest, nichts ändern.

Z. B.: Hans Kok - Der Mythos der Liberalität.

Der Tod des Kraakers im "liberalen Holland rückt die wahren Verhältnisse in ein anderes Licht. Seit 1981 gibt es wieder Polizeireviere in jedem Stadtviertel. In Staatsliedenbuurt, wo etwa 1000 Kraakers leben - die meisten völlig legalisiert - wurde erstmals ein Polizeirevier von 80 Mann eingerichtet. Die Lage vieler Holländer und der Ausländer (aus den ehemaligen Kolonien) verschärfte sich in den letzten Jahren zunehmend. Ein Haus zu besetzen wird zur Überlebensfrage. In die sozialen Widersprüche greift der kleine NATO-Staat ein, mit Repression.

B.: Michelis Kaltezis - Die Integrationsbemühungen der sozialistischen Regierungspartei sind gescheitert.

Die Erschiessung des jungen Anarchisten durch die griechische Polizei am 17.11.85 und die darauf folgenden zahlreichen landesweiten Aktionen bis hin zu Rücktrittsforderungen und -angeboten zweier Minister sind der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die schon 1974 begann. Die Sozialisten kamen damals mit der Welle, die die Obristen hinwegspülte ins Parlament. Doch bald sollte der von den "Sozialisten" übernommene Staats- und Sicherheitsapparat für Ernüchterung sorgen. Die EG und die NATO übten unmißverständlichen Druck aus. Polizei und Staatssicherheitsorgane, die nach alter Manier brutal gegen die Linke vorgehen, haben die Widersprüche zwischen den sich als fortschrittlich bezeichnenden Regierenden und den Beherrschten unten auf die Spitze getrieben. Der "Dialog mit der Jugend" der PASOK (sozialistisch) wurde zum Hohn. (Siehe auch den Bericht über die Lage in Griechenland in diesem Heft). Allerdings: Athen ist nicht Frankfurt! Der Todesschütze Athenansios Melitsas wird vor Gericht gestellt. Drei hohe Polizeioffiziere werden vom Dienst suspendiert. Der Innenminister Koutsogiorgas und dessen Stellvertreter Tsouros haben dem Druck von unten nachgegeben und ihren Rücktritt angeboten - was allerdings von Ministerpräsident Papandreou abgelehnt wird. Der hessische Innenminister Winterstein, der nie auf den Gedanken käme, zurückzutreten, ist ausgerechnet von den Grünen, die um ihre Koalitionsverhandlungen bangten, in Schutz genommen worden! Der wiederum lobte den Einsatz der Grünen - jener Männer, die nach der Farbe ihrer Kampfanzüge so genannt werden.

Südafrika - Der Gipfel?

Die Verhältnisse in Südafrika zeigen, wohin die harte Linie des Staates führen kann. Legalisierte Folter, totale Pressezensur, Rausschmiß Hunderttausender ausländischer (d. h. aus afrikanischen Nachbarstaaten oder den sogenannten Bantu-Staaten) Arbeiterfamilien, Bewaffnung der weißen Herrschenden. Und trotzdem läuft das Südafrikageschäft. Oder gerade deswegen? So beschließen Mercedes-Aktionäre am 6.11.85 mit 11:9 Stimmen eine Aufstockung der Investitionen auf 150 Millionen DM, d. h. um das Dreifache! Der politische Wille der Staaten wie BRD und GB die Republik SA zu isolieren und dem blutigem aggresivem Regime ein Ende zu bereiten, ist nicht vorhanden. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Regierungen nutzen die Gunst der Stunde, um transnationalen Unternehmen wie z. B. Mercedes Benz, Siemens, BMW, die Dresdner Bank u. v. a. zu protegieren.

Es sind überall dieselben...

Die neue harte Linie ist die Antwort des Staates auf die sich verschärfenden Widersprüche. Die Repression, die das staatliche Un-Recht durchsetzen soll, beschränkt sich nicht nur auf ein Land, ja noch nicht einmal nur auf NATO-Länder. Immer neuere Gesetze zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten werden erlassen, Ausnahmegesetze (wie z. B. der § 129 seit 1977) gehen in die alltägliche Rechtssprechung über. Die Polizei fährt fort zu töten. Die von den großen bürgerlichen Parteien verabschiedete "Volkszählung" wird vielleicht perverserweise Knüppel und Wasserwerfer einsparen helfen. Prävention im Vorfeld ist angesagt. Die Herrschenden wollen uns zum Schweigen bringen, notfalls durch einkalkulierten Mord. Aber eine Revolte ist in den Ghettos und Großstädten ausgebrochen, deren erste Ausmaße in den vergangenen Wochen wohl nur ein Anfang war. Die neue harte Linie der Herrschenden könnte sich dabei als Boomerang erweisen.

Alexander Anders

AUSNAHMEZUSTAND IN DER MAUSEFALLE

Günther Saré von der Polizei ermordet. Schnell verbreitet sich diese Nachricht über das ganze Land. Während Protestaktionen gegen einen NPD-Parteitag im Frankfurter Gallusviertel wird der Demonstrant Günther Saré von einem Wasserwerfer der Hessischen Polizei überrollt und getötet. Darauf gibt es zahlreiche Demonstrationen in Frankfurt und anderswo.

Durch direkte Aktion und Proteste sollte ein weiteres Nazitreffen verhindert werden, wieder werden die Gegendemonstranten mit einem massiven Bullenaufgebot konfrontiert. Das Tagungshaus wird weiträumig abgesperrt, als käme Helmut Kohl persönlich. Wasserwerfer beziehen Stellung, mehrere Hundertschaften der Bullerei postieren sich. Im Laufe des Samstag Nachmittags versuchen Antifaschisten Nazis am Betreten des Versammlungsraums zu hindern. Rangeleien, "Nazis raus!" Rufe, erste Bulleneinsätze. Gegen Abend mehren sich gewalttätige Ausfälle der Bullen. Einzelne Knüppeleinsätze, drohende Wasserwerfer, die Szene mit grellen Scheinwerfern ausleuchtend.
Auf einer Kreuzung stehen verstreut einige Demonstrantengruppen. Da fahren Wasserwerfer heran, grelle Scheinwerfer, Motorengeheul, Leute flüchten in angrenzende Straßen. Der Panzer rollt auf die Straße, Wasser marsch! Einer will noch ausweichen, wird vom Wasserwerfer verfolgt und stürzt zu Boden und wird überrollt.

Fassungslos laufen die Leute zusammen. Der Überfahrene ist lebensgefährlich verletzt und stirbt wenig später.

Die darauffolgenden Ereignisse können nicht alle dargestellt werden. Das ergäbe ein Buch. Daher folgen ein paar Gedankensplitter, vielleicht am Ende ein Puzzle ergebend.





Am gleichen Abend bildet sich eine spontane Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt. Im Stadtteil Gallus geht zur gleichen Zeit ein Lager von Daimler Benz in Flammen auf. Im gerade erst gegründeten Libertären Zentrum organisieren Leute aus dem unabhänigen Spektrum für Sonntag eine Pressekonferenz. Abends läuft die nächste Demonstration. Putz auf der Straße, Scheiben klirren, Mollis fliegen, Bullen rennen scheinbar verwirrt umher.

Die Mausefalle, das Einkesseln und Abtransportieren Hunderter von Demonstranten, wird bei späteren Anlässen weiter praktiziert. Dazu bedarf es anscheinend keiner weiteren Legitimation. "Wenn ihr so weiter macht, sperren wir euch das nächste Mal ins Stadion!" warnt ein Bulleneinsatzleiter während einer späteren Demonstration.

Folgende Demonstrationen finden im politisch-rechtlichen Niemandsland statt, dürfen eigentlich nicht sein,

Das Vorgehen der Polizei sei, "angemessen und auf dem Hintergrund des Gewaltpotentials in Frankfurt sehr umsichtig" gewesen, erklärt der hessische Staatssekretär von Schoeler. Die SPD nimmt die knüppelnden Bullen in Schutz. Das Demonstrationsverbot kann immer wieder durchbrochen werden. Doch es bleibt klar. Es herrscht Ausnahmezustand. Straßen voller schwer bewaffne-



Aber dann zeigt sich eine neue Bullentaktik, die Mausefalle. Ausnahmezustand im Normalvollzug. Ein ganzer Demonstrationszug wird eingekesselt, umstellt von Hundertschaften und mehreren Wasserwerfern. "Keiner kommt hier raus!" tönt der Bullenlautsprecher. Nach und nach werden Leute herausgegriffen und abgeführt. Sicherheitsverwahrsam, in grossen Sammelzellen im Knast.

Der Bullenkreis schließt sich enger. Von draußen werfen Leute Bierdosen und Fressalien zu den Eingeschlossenen. Nach drei Stunden wird der Rest nach Hause entlassen.

Im Knast kommt es zu Verschönerungsaktionen der Zellen, was die Zeitungen später als "Randale" und "chaotische Zerstörungen" brandmarken.

werden schlicht verboten, verhängt der Oberbürgermeister der Stadt ein generelles Versammlungs- und Demonstrationsverbot über das ganze Stadtgebiet.
Die Zeitungen machen Stimmung. "Chaoten im Anmarsch auf Frankfurt!" Sie zetern von einer "unerhörten Parole: Feuer und Flamme für diese Stadt!" Trotz Verboten kommt es zu weiteren Demonstrationen, werden Flugblätter verteilt, Kundgebungen abgehalten. Die Bullen überziehen die Stadt mit ihrem gewalttätigen Apparat, knüppeln auf jede Ansammlung ein, verprügeln auch schon mal Pressefotografen und "Unbeteiligte".

ter Bullen, patroullierende Bullenfahr zeuge, kreisende Hubschrauber mit Suchscheinwerfer. Steht der Umsturz bevor? Wie mächtig und gefährlich muß der Gegner sein, der so bekämpft wird! Ist das kapitalistisch-demokratische System schon so angeschlagen?
Ist der Putz auf der Straße, unsere Demos und Aktionen, ist unsere Wut und der bescheidene Widerstand so systemgefährdend?
Da betreten die Helden von gestern die Bühne, laden zu einem Teach in in die Universität. Vertrautes Gelände. Grüne Ministerfreunde, Realpolitiker und Alt-Spontis auf dem Podium, die Fahrkarte zur



Machtteilhabe schon im Jacket. Ihre Stunde schlägt! Räsümierend wollen sie sich im Rundumschlag über die außerparlamentarischen Kämpfe als radikal-demokratische Reformer ins Rampenlicht setzen.

Und da fliegen ihnen unversehens Eier um die Ohren, richtet sich Wut und Verachtung auf die Grüne Regierungshoffnung. Das ist ein Signal! Die großen Wortführer von einst sind abgesetzt. Denn ihr Schlachtfeld ist das Rednerpult im Parlament, sind die Wahlkämpfe und das buhlerische Gerangel mit der SPD.

"Es gibt keine sozialen Kämpfe mehr. Wir müssen den reformistischen Weg gehen!" Das ist die Legitimation der Realpolitiker. So stehen sie den bewegten Ereignissen auf der Straße distanziert, verständnislos und verunsichert gegenüber. Radikale Bewegungen passen nicht in das harmonische Weltbild der neuen Republikaner, die auf das parlamentarische System setzen.
Aber ihre Anhänger müssen ständig von der Richtigkeit des bescheidenen Weges überzeugt werden. "Entweder Realpolitik oder RAF!" Die Phrase taucht besonders oft auf. Sie soll verschleiern, daß die außerparlamentarischen Kämpfe von Systemgegnern getragen werden, die weder RAF-Anhänger sind, noch Marxismus-Leninismus predigen.

Es sind Menschen, die ihre Erfahrungen gemacht haben im Alltagsfrust, beim Arbeitsamt, mit den Behörden, in Betrieben und Schulen, bei Hausbesetzungen, Demos, an der Startbahn, bei Streiks und vielen anderen Aktionen. Eine Systemgegnerschaft, entstanden aus den Lebensumständen, aus der Erfahrung, aus den täglichen Auseinandersetzungen und Kämpfen und nicht aus universitären Politseminaren. Das ist einer der Unterschiede der heutigen Protestgruppen zu den ehmaligen 68ern, die die Schattenseiten des Kapitalismus oft nur aus Büchern und Diskussionen her kannten.
Diese Schattenseiten werden heute spürbar für die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, für die Jobber und die Ausgegrenzten, für die wachsende Zahl der Überflüssigen, die herumgeschoben, verwaltet und überwacht werden. Leisten sie Widerstand, werden sie sozial-administrativ eingebunden, unterdrückt und kriminalisiert.

Es wächst die Kluft zwischen etablierter, reformistischer Linker und den Revolten, die aus den schärfer werdenden sozialen Konflikten hervorgehen.

Nach dem Tode Günther Sarés stellen sich Die Grünen schützend vor Innenminister Winterstein, loben ihn für seine Umsicht. Üble Koalitionsfürze! Nach außen heucheln sie Betroffenheit, drinnen verhandeln sie weiter mit Börner und Co. So stützen sie ihre Regierung. Dafür gehen sie auch über Leichen.

Der Anlaß war ein weiteres Mal ein Faschistentreffen. Wieder knüppeln deutsche Bullen für deren Versammlungsfreiheit. "Deutsche Polizisten morden für Faschisten! Polizei SA SS!" Bekannte Demo-parolen. Aber die Realität ist danach!
"Ihr kommt auch noch dran!" schreien Bullen als sie nach dem Tode Günther Sarés wieder Demonstranten gegenüberstehen. Das ist kein Ausflippen einzelner Beamter. Dahinter steht der Drill, die ideologische Erziehung der



Bullen, in welcher alles Abweichende, Unangepaßte, wo Demonstranten, Hausbesetzer, Punker zu Chaoten, Kriminellen, besoffenen Randalierern abgestempelt werden. So werden die Bullen enthemmt, wird dem Einzelnen unter dem Schutz des garantierten Gewaltmonopols des Staates die Menschlichkeit und das Gewissen geraubt, werden Menschen kraft ihres Amtes zu kaltblütigen Mördern.

Nur durch Zufall hat es bei anderen Demonstrationen nicht auch schon Tote gegeben. Schwerverletzte Demonstranten gelten doch schon als nüchterne Normalität.
Die flächendeckenden Demoverbote, der staatliche Gewaltapparat, das Verhalten der Gerichte und die Presseberichterstattung über die Vorkommnisse in Frankfurt verdeutlichen, wie dünn die demokratische Haut unseres gelobten Rechtsstaaates ist.
Wir erleben es seit Jahren. Ob in Gorleben, an der Startbahn, ob bei Hausbesetzungen, Anti-Nazi-Demos oder während der Raketenstationierung, dieser Staat kommt ohne seine Knüppelgarde nicht aus. Die Herrschenden haben uns ihre Art des Dialogs mit chemischer Keule und gepanzerten Wasserwerfern vorgeführt. Was ist dagegen unsere Gegengewalt!

Was bliebe von der Macht der Herrschenden, verfügten sie nicht über Militär, Polizei, verfassungsschutz, BKA-Computer und Wasswerwerfer?

Der Ausnahmezustand, der gesamte Bullenapparat, die angehäuften Gewalt- und Kontrollmittel, sind auf andere, schärfere und umfassendere Auseinandersetzungen gemünzt.
Was für eine Zukunftsvorstellung verbirgt sich doch hinter diesem Gewaltaufwand! Aufstandsbekämpfung, Auslöschung des inneren Feindes, das alles beginnt heute, begann gestern und wird konsequent fortgesetzt.
Das läßt sich nicht reformieren, gar grün-rot einbinden. Die zukünftigen Auseinandersetzungen werden von zwei Dimensionen bestimmt:
gar grün-rot einbinden. Die zukünftigen Auseinandersetzungen werden
Einmal die Verschärfung sozialer Krisen, Verschlechterung der Lebensbedingungen, weltweite ökonomische und politische Krisen und zum anderen der martialische staatliche Gewaltapparat, die Bereitschaft der Mächtigen, ihren Besitzstand mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Stärkung von radikalen anti-staatlichen, anti-kapitalistischen Bewegungen wird für uns zur Überlebensfrage.

Der traurige Tod Günther Sarês, die Proteste dagegen haben unsere Lage für einen Augenblick ganz deutlich werden lassen. Unser Kampf muß weiter gehen. Die Auseinandersetzungen haben die unabhängigen, die anti-parlamentarischen Gruppen, die Hausbesetzer, die Startbahngegner, versprengte Friedensbewegte, Strretfighter, Autonome und Anarchisten einander näher gebracht. Wichtige Zusammenhänge bilden sich, Ansätze einer Organisierung, gemeinsame Treffs und Informationsaustausch. Das muß weiter laufen.

Wagemut und Vorsicht, Phantasie und Überlegung, Freundschaft und Kampf, Organisierung und Lebendigkeit sind gefordert. Wir können es schaffen!

AUTONOMER REDEBEITRAG ZUR BEERDIGUNG VON GÜNTER SARE

Autonomer Redebeitrag zur Beerdigung von Günter Sare

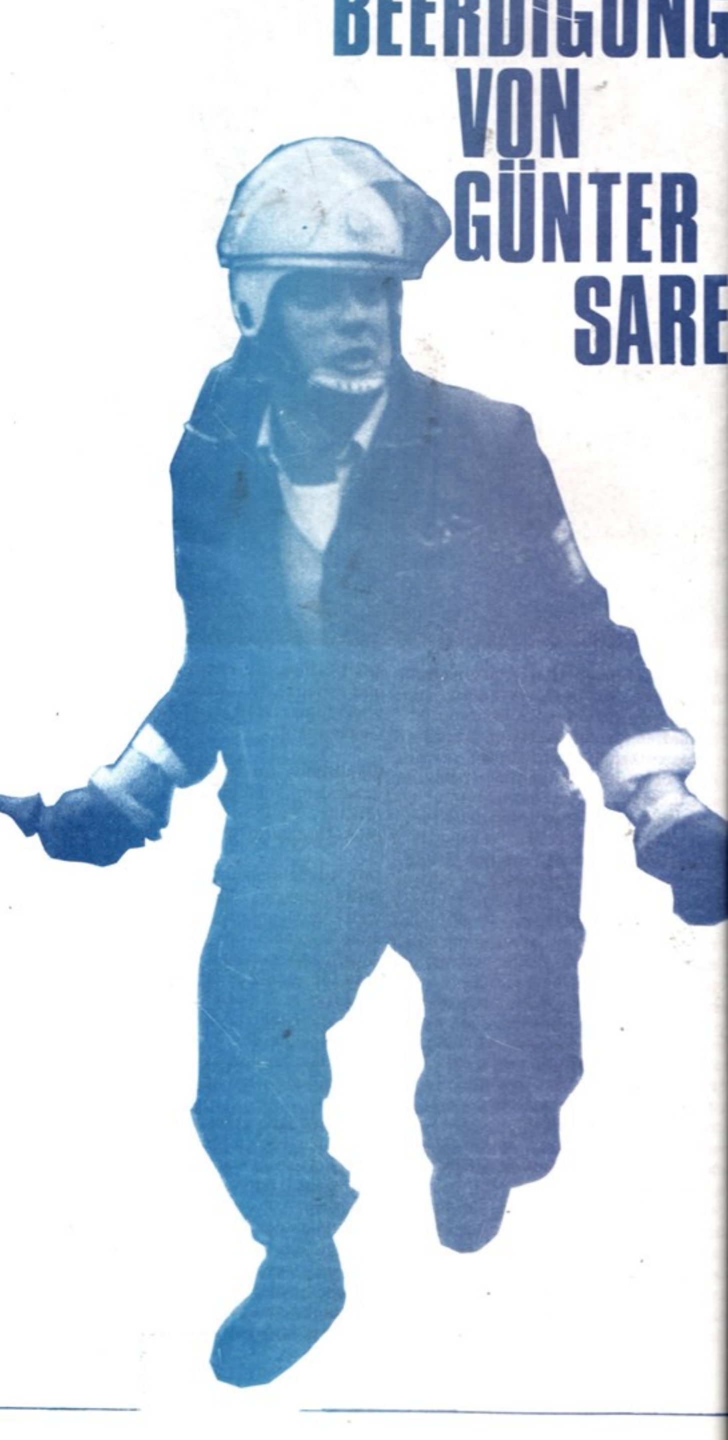
Aus einem Zeitungsartikel vom 1. Juni 1974:

Der 17jährige Schüler Thomas Hytrek wurde auf dem Platz vor dem Römer von einem Wasserwerfer mit 28 Kmh zu Boden gerissen. Gerd Koenen vom KBW bezichtigte die Polizei des Mordversuchs. Der Fahrer des Wasserwerfers habe regelrecht Jagd auf Hytrek gemacht, nachdem er den Polizeieinsatz fotografiert habe.

Polizeipräsident Knut Müller dagegen:" Hytrek ist in einer Wasserlache ausgerutscht und konnte deshalb nicht schnell genug ausweichen! "

Der Zeitungsartikel trägt die Überschrift: Ein Toter wäre den Chaoten gerade recht.

Nein, meine Herrschaften in Polizei-, Parlaments- und Pressekreisen. Ein Toter ist uns wahrhaftig nicht recht, genausowenig wie es dem Günter Sare nicht recht war.



Und damit kommen wir zum ersten Punkt:

Es hieß auf Transparenten und Flugblättern, Günter Sare sei im antifaschistischen Kampf gestorben. Das ist wahr!
Die andere Hälfte dieser Wahrheit aber ist die Tatsache, daß er, genauso wie wir alle, hätte ermordet werden können bei zahllosen anderen Gelegenheiten: An der Startbahn bei Gaseinsätzen, in Hanau, wo ein Polizist mit der Pistole über Demonstranten schoß oder schon 1974 wie um ein Haar der Thomas Hytrek.

Da wird allen Ernstes darüber diskutiert, ob der Staat faschistische Organisationen verbieten soll. Ist denn wirklich noch nicht dem Letzten klar, was dieser Staat, der uns in Polizeiuniform entgegentritt und uns mit Wasserwerfern schon 1974 genauso wie heute plattgewalzt hat, was dieser Staat ist?

An der Startbahn West wie in Biblis, in Wackersdorf wie in Gorleben stehen hinter den Polizeiketten die festgeschlossenen Reihen der Herrschaften aus Banken, Industrie und Handel. Und damit das alles seine Ordnung hat, erklären uns die gekauften Politikermarionetten dazu: Das ist die lebenswerteste aller Demokratien.
Nein, hier handelt es sich nicht um fahrlässige Tötung, sondern um staatlich verhängte Todesstrafe gegen einen Menschen, der es gewagt hat, anderer Meinung zu sein als der staatlich verordneten.
Und damit kommen wir zum zweiten Punkt:
Günter Sare wurde von der Presse ebenso wie von den verschiedensten Parteien und Gruppen auf Demonstrantenseite übelst vermarktet. Auf der einen Seite war er der Berufsdemonstrant, der Startbahnkrawalltäter oder der vorbestrafte Kriminelle. Auf der anderen Seite wurde er uns verkauft als sterile Bilderbuchfigur, die wahlweise ehrenamtlicher Sozialarbeiter, braves Vereinsvorstandsmitglied oderalter Mitkämpfer und Freund jetziger Stadtverordneter sein sollte. Nein, Günter Sare war hauptamtlich Systemgegner, weil er dieses System nicht einfach hingenommen hat. Wo geldgeile Immobilienspekulanten - gestützt auf Politiker, geschützt durch Polizei - die Wohnungen der einfachen Leute zerstören, da hat er Häuser mitbesetzt.
Er war ein ganz unbraver Vereins- und Parteigegner, weil er gesehen hat, wie im Vereins- und Parteiengerangel um öffentliche Gelder die Interessen der Stadtbevölkerung zu kurz kamen. Deswegen hat er ohne Staats- und Stadtgelder im Gallus seine Art von Stadtteilarbeit gemacht: Er hat mit anderen, hauptsächlich ausländischen Freunden Ende 1974 das unabhängige Galluszentrum auf- und ausgebaut.
Er war zwar früher der Mitkämpfer heutiger Abgeordneter, aber nie und nimmer hat er die als solche akzeptiert. Günter hat bis zuletzt den Standpunkt vertreten, daß Selbsthilfe und aktives Handeln besser ist als parlamentarisches Gottvertrauen.
Günter politisierte sich in der 67/68iger Bewegung. Besonders das Attentat auf Rudi Dutschke war für ihn Grund genug, im Gallus die Anti-Springer Kampagne aktiv mitzumachen. Von seiten alter Mitstreitern ist kaum noch jemand übrig geblieben. Viele sind integriert, avanciert oder haben ganz einfach resigniert. Er nicht. Er hat mit seiner Arbeit im JUZ Bockenheim genauso nach Möglichkeiten für seine Art von autonomer Selbshilfe und Aktivität gesucht, wie bei dem deutsch- ausländischen Freundschaftsfest auf dem Schulhof neben der Nazi-Tagung.
Günter war nicht als Fighter oder Berufsdemonstrant vor Ort am Haus Gallus. So wie er weitgehend als Einzelperson sich seine eigenen Gedanken gemacht hat, nach denen er dann entschieden gehandelt hat, so war er auch an diesem Samstag als Einzelperson mit seinen beiden Neffen am Haus Gallus.
In seinem Stadtteil, in dem er die selbstorganisierte Zusammenarbeit mit Deutschen und Ausländern mit aufgebaut hat, wird Günter gewiss seine eigenen Gründe gehabt haben, dahin zu gehen, wo Nationalisten und Faschisten ihren Rassenhaß verspritzen.
Nein, wir lassen nicht zu, daß Günter Sare von Leichenfleddern vermarktet und verkauft wird.
Unsere Trauer um ihn sitzt tief und unsere Wut über seinen erbärmlichen Tod ist groß.
Und damit kommen wir zum dritten Punkt:
Uns wird vorgeworfen, wir hätten Günters Tod nur als Vorwand benutzt, um in den Tagen nach seinem Tod blindwütige Randale zu machen.
So wie Günter in seinem jahrelangen Kampf gegen dieses System der Banken und Spekulanten, gegen das Erdrücktwerden durch Hochhäuser Bankpaläste und gigantischen Flughäfen gekämpft hat, so kämpfen wir auf unsere Weise auch gegen die Verödung unserer Wohngebiete, gegen die Zerstörung der letzten Naturreste, gegen Militarismus und Imperialismus und gegen das Eingepferchtsein in Betonklos mit Kochnische.
Wenn wir die Glasscheiben der anonymen Geldberge zerschlagen, dann greifen wir genau die an, die die eigentliche Verantwortung an Günters Tod tragen. Und wenn sie sich von tausenden hirnloser Uniformierter Schweine schützen lassen, so zittern sie doch.
Diese sogenannten blindwütigen Krawalle sind eben doch nicht so blindwütig und sinnlos. Im Gegenteil sie zielen genau auf den Nerv des Systems, da wo es am offensichtlichsten ist. Und weil das jeder begreift, wird umso lauter geschrien und gezetert, um von den wirklichen Problemen und Ursachen abzulenken.
Wir stehen zu dem, was wir tun. Und deshalb habt ihr keine Antworten für Menschen wie Günter und uns.
Wir lassen uns nicht von Staatsmacht und Justiz vorschreiben, wie wir nach der Pfeife der Geld- und Machtgeier zu tanzen haben.
Wir denken und handeln selbst und das macht uns so unbequem.
So wie ihr Benno Ohnesorg, Jürgen Rattay und jetzt Günter Sare umgebracht habt, so würdet ihr uns alle am liebsten umbringen, damit ja nicht die heilige Kuh der Demokratie an irgendeiner Ecke ihres gesellschaftlichen Sockels in's Wanken gerät.
Dabei sind die Risse schon unübersehbar geworden:
Tausende und Tausende von Arbeitslosen, Tausende und Tausende, die im Beton der Wohngettos einzementiert werden, wir werden mit vergifteten Plastikfraß für die tägliche Arbeit belohnt, die immer den anderen, den wahren Herren dieser Gesellschaft Profit und Macht bringt.
Als regelrechte Siegessäulen werden in unserem Angesicht die gläsernen Hochhauspaläste errichtet, die tagtäglich vom Sieg über das Menschsein künden.
Wenn ihr nichts anderes für uns und unsere Kinder habt als Wallmanns Großkotz-Frankfurt, das mit einer blutrünstigen Armee von willenlosen Befehlsempfängern vollgestopft wird, dann wehren wir uns dagegen.
Und damit kommen wir zum letzten Punkt:
Wer, wie wir, in den letzten Tagen erlebt hat, wie der Staat, alles was sich bewegt hat, zusammengedroschen hat - ob Demonstrant, Reporter, oder unbeteiligter Passant, dem fällt sofort die Parallele zu dem auf, was sich im mittelamerikanischen Bananenrepubliken abspielt.
Wen wundert es dann, wenn Günter Sare das, was sich in Nicaragua entwickelt hat, als mögliche Alternative begrüßte. Er trug sich mit dem Gedanken, dorthin zu gehen und seine eigenen Erfahrungen zu sammeln. Er kann es jetzt nicht mehr.
Wir wollen Günter Sare nicht für uns vereinnahmen, wir sagen auch nicht, daß das, was wir machen, ausschließlich in seinem Sinn wäre.
Wir sagen nur das eine:
Die Toten habt ihr nicht mehr zu fürchten, wir aber leben noch!

metropolen tanz adE ?

BLUES UNDSOWEITER
eine subjektive einschätzung

1.BEI DEN GRÜNEN DAUERT ES ETWAS LÄNGER

1980/81 startbahn west, die grünen auf der einen seite der mauer, börner's bullen auf der anderen. bluttriefende hessenlöwen werden mit dachlatten verfolgt; anschließend: braver urnengang und hurra, eine unserer speerspitzen im parlament, oder ... denkste! aus der speerspitze wurde eine vernunftsehe mit den sozialdemokraten.
koitus mit viel vaseline, aber -koitus.
---zeitsprung---
januar und juni 84; die grüne landtagsfraktion stimmt den landeshaushalten zu, in denen die anschaffung von hochdruckwasserwerfer enthalten sind. eineinhalb jahre später, günter sare stirbt. ursache: bekannt.
anschließend: mißtrauensantrag gegen börner. nicht etwa von den GRÜNEN, sondern von seiten der CDU und FDP, die den mord in der christ-demokratischen stadt parteipolitisch nutzen will. der mißtrauensantrag scheitert. die GRÜNEN sprechen börner ihr vertrauen aus.

paralel in frankfurt: ausnahmezustand, generelles demonstrationsverbot, polizeiterror.
einige grüne fordern mutig die verschrottung aller wasserwerfer, während in wiesbaden die weichen für zwei grüne minister in der regierung börner gestellt werden. so mancher startbahngegner hat schwierigkeiten, das grün der wasserwerfer und das grün der ökologen zu unterscheiden.

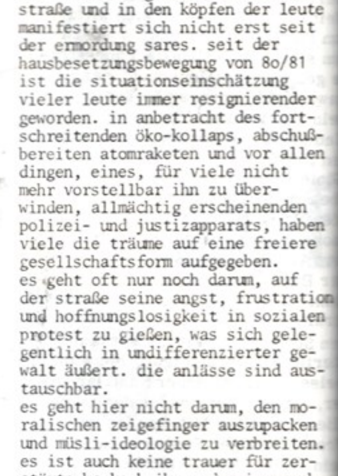
es gibt noch eine anzahl grüner, die bei sozialen protesten auf der straße sind. und das ist gut! besser wäre es, wenn sie ihrer partei den rücken kehren würden, denn es ist mittlerweile offensichtlich, daß diese partei auf seiten derer steht, die soziale proteste verursacht und mit gewalt zu zerschlagen versucht.

parlamentarismus mit eigendynamik -oder klassisch:
"nehmt den radikalsten revolutionär und setzt ihn auf den thron aller reussen, und ehe ein jahr vergeht, wird er schlimmer als der zar sein." (bakunin)
bei den GRÜNEN dauert es eben etwas länger.

SCHNITT

es gibt tote bei demos. nicht nur in frankfurt, sondern auch in brixton, amsterdam, athen, polen... die in südafrika zählt schon keiner mehr:
bleiben wir in frankfurt. jede woche eine demo, günter sare, polizeiterror, startbahn und und und.
zwischendrin: plenas, veranstaltungen, diskussionen.
die beteiligten: genervt, gereizt, rational und frustriert. zum 150-ten mal wird über den bullenstaat und die gegenwärtige situation lamentiert, als ob das nicht jede/r beteiligte schon selbst wüßte
auch der "blues" auf der straße klingt mehr nach routine und langweile, unterlegt mit klirrenden scheiben und dem anrollen einer innerstaatlichen-sozialprotest-zerschlagungsarmee.
es ist eigentlich nur noch eine bewußtseinssache auf demos zu erscheinen, längst keine, oder kaum noch eine sache vom bauch.
sicher gab es bluesige ausnahmen. auf der demo am 29.9 flogen bierdosen und fressalien zu den von bullenketten eingeschlossenen genossen; und nach deren abtransport in den frankfurter verwahrungsknast, dem klapperfeld gingen dort die zellen zu schrott.

sicher ist der tod eines demonstranten nicht prädestiniert, auf der straße blues zu entwickeln und es geht auch völlig in ordnung, daß nach günter sares tod teile der frankfurter innenstadt entglast wurden, trotzdem:
"revolutionen sind das produkt der leidenschaft, nicht der vernunft."(godwin)



die reduzierung vom blues auf der straße und in den köpfen der leute manifestiert sich nicht erst seit der ermordung sares. seit der hausbesetzungsbewegung von 80/81 ist die situationseinschätzung vieler leute immer resignierender geworden. in anbetracht des fortschreitenden öko-kollaps, abschußbereiten atomraketen und vor allen dingen, eines, für viele nicht mehr vorstellbar ihn zu überwinden, allmächtig erscheinenden polizei- und justizapparats, haben viele die träume auf eine freiere gesellschaftsform aufgegeben.
es geht oft nur noch darum, auf der straße seine angst, frustration und hoffnungslosigkeit in sozialen protest zu gießen, was sich gelegentlich in undifferenzierter gewalt äußert. die anlässe sind austauschbar.
es geht hier nicht darum, den moralischen zeigefinger auszupacken und müsli-ideologie zu verbreiten. es ist auch keine trauer für zerstörte bankscheiben oder in rauch aufgehende benzfilialen angesagt; es stimmt nur nachdenklich, wenn kleine läden und private fensterscheiben genauso zu bruch gehen, wie die fassaden von institutionen dieses systems.

no fun, no future und blues schon mal überhaupt nicht.
der polizeistaat macht sich in den köpfen und gefühlen breit. wer offen von revolution träumt, wird mitleidig belächelt und mit unseren bundesweit vielleicht 5000 leuten wirkt auch die vorstellung einer revolution höchst lächerlich.

SCHNITT

wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.

dieses system zeigt sich von tag zu tag unfähiger, eine sozial befriedigende und ökologisch überlebensfähige gesellschaft zu garantieren. soziale unruhen spitzen sich, nicht nur in der brd, zu.
ich bezweifle, daß sich der radikal ausbau der polizei zu einer militärischen, innerstaatlichen institution ausschließlich auf die etwa 5000 anarchos und autonome in der brd bezieht.
das kapital scheint nicht mit dem abflauen der sozialen proteste zu rechnen, eher noch mit einer quantitativen verstärkung. bereiten wir uns qualitativ darauf vor.

keine macht für niemand !!!!!

F E N R I S W O L F

WIE GEHTS WEITER ??



Diskussionsveranstaltung um die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Sare, Freitag, den 25. 10. 85, Frankfurt Uni H6

Ich möchte mich zunächst auf Vorstellungen von Politik beziehen, wie sie nach dem Tod von Günter Sare und den nachfolgenden Kämpfen u. Bürgerkriegsmanövern gekommen sind.
Ein Beziehen auf bürgerliche Öffentlichkeit:
Wir müßten jetzt Versammlungs- und Meinungsfreiheit neu erkämpfen (weil sie abgeschafft wurden)..., und zwar als sogenannte demokratische Grundrechte.
Verschieden Fraktionen des Bürgertums kloppen sich darum, ob man uns noch integrieren, oder nur noch mit offenem Terror bekämpfen kann.
Und wir sollen uns auf eine der beiden Seiten, der innerbürgerlichen Auseinandersetzung stellen.
Zur Geschichte: Nicht das Bürgertum hat sich das Demonstrationsrecht erkämpft, sondern die Arbeiterklasse demonstrierte und ist vom Bürgertum mit einem ritualisierten Demonstrationsrecht abgespeist worden.
Und,
jetzt sollen wir ein formales Recht einklagen, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht.
Unser Interesse zu demonstrieren haben wir gegen alle Verbote durchgesetzt.
Richtig ist, sich auf bürgerliche Öffentlichkeit zu beziehen.....
Die interessiert uns aber nur, als Schutz vor Kriminalisierung, oder genauer, sie kann dafür sorgen, daß eine Kriminalisierung halbwegs rechtstaatlich läuft.
Genauso funktional ist unser Verhältnis zum Bürgertum als Klasse:
Wir wollen es politisch neutralisieren. Wir wollen seine Identifizierung mit seinem Staat, anhand dessen täglichen Schweinereien aufheben.
In den zwei Wochen, nachdem sie Günter Sare töteten, gab es einen unausgesprochenen Konsens:
Jetzt Reichts. Mit der Ermordung von Günter brachten sie die hiesigen gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse auf einen Punkt, der so eindeutig war, daß niemand mehr etwas erklären mußte.
Wiedermal jahrelang angestaute Wut, Haß, den wir in uns reinfrasen.Unsere Ohnmacht - die uns fertig machte, alles das konnte jetzt raus und entlud sich auf der Straße. Unsere durch unseren Alltag verkümmerte Kreativität brach auf und wir konnten wieder ohne Chefs und Häuptlinge zusammen überlegen, was wir zusammen machen. Und:
Wir konnten wieder als Menschen miteinander umgehen.
Wir wissen, daß uns unsere Wut nicht allein die Kraft geben wird, weiterzukämpfen.
Auch nicht unser Verlangen nach einer anderen Gesellschaft, einer freien Gesellschaft.

Es gibt in Frankfurt eine antistaatliche Linke von vielleicht 500-1000 Leuten. Die ist nicht organisiert, sondern besteht aus kleinen Zusammenhängen und vereinzelten Leuten, die sich zum Teil kennen und sich sporadisch auf Festen, Terminen, Veranstaltungen, Konzerten und Demonstrationen treffen.
Wir haben es in der Vergangenheit öfter versucht uns zusammenzuschließen, sind damit aber immer wieder gescheitert, weil wir uns nur wehrten.
Wir trafen uns, diskutierten und alles verlief sich.
Wenn uns unsere Wut und unser Verlangen nach einer freien Gesellschaft nicht genug Kraft gibt.....
gibt uns das Wissen, daß es eine Möglichkeit gibt , wenn wir es wollen, die Kraft?
Wir denken: Ja.
Wir denken, wir können unsere Hoffnungslosigkeit überwinden, wenn wir realistische Möglichkeiten entwickeln, wie wir die Verhältnisse hier knacken.
Wir denken, daß wir viele Menschen, die hier nur noch vor sich hinwursteln, anturnen können.
Wir wollen in der nächsten Zeit, eine Perspektive zu siegen entwikkeln.
Und: Wir wollen uns über eine solche gemeinsame Perspektive organisieren.
Wir gehören zu dem Drittel der Bevölkerung, das Aufgrund der gegenwärtigen technologischen Entwicklung aus garantierten Arbeitsverhältnissen herausgedrängt wird und künftig mit kurzfristigen Jobs nahe an der Grenze des Existenzminimums leben soll.
Nur in dieser Klassenschicht können wir für unser Interesse eine Mehrheit finden.
Dies ist unser nächstes Ziel.
Wir gehen davon aus, daß diese Gesellschaft, ihr Produktions- und Verwaltungsapparat, technisch gesehen, so angreifbar wie nie zuvor sind. Die sind auf ihre Kommunikationsstrukturen immer angewiesener. Und das sollten wir uns zunutzemachen.
Das Wissen darüber wollen wir uns in der nächsten Zeit erarbeiten
Dieses Wissen wollen wir zu einem Massenwissen machen!

REDE-BEITRAG REPRESSION

DISKUSSIONSVER-ANSTALTUNG AM 25.10.85

zu den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Sare

Der Tod Günther Sares am 28.9.85 in Frankfurt hat bei breiten Kreisen der Bevölkerung Betroffenheit über Polizeieinsätze erzeugt,die erstmals in Frankfurt auch Menschenleben kosteten. Für uns war Günthers Tod die logische Konsequenz einer Polizeistrategie die seit einiger Zeit geplant und angewandt wird. Aus unserer Wut heraus, aber auch aus der Entschlossenheit einem solchen Polizeiterror etwas entgegenzusetzen gingen wir in den darauffolgenden Tagen auf die Straße. Uns war bewußt, daß wir, wenn wir der sofort einsetzenden Repression in Form von Belagerungszustand usw. etwas entgegensetzen wollten, unsere Aktionen organisiert und koordiniert werden mußten. Zu diesem Zweck plenierten in der ersten Woche der Auseinandersetzungen an verschiedenen Orten u.a. dem Libertären Zentrum, Tag und Nacht, Leute aus verschiedenen Gruppen des antiautoritären Spektrums. In der Arbeit, die von Presseerklärungen bis zur Demoorganisation reichte gab es keine Führungsstrukturen, jede Gruppe oder Person hatte die Möglichkeit, sich durch ihre Arbeit direkt einzubringen. Sprecherposten wurden nach Bedarf ausgetauscht, was gesagt wurde war Konsenz. Unsere Gemeinsamkeiten bestimmten die Zusammenarbeit, Kompromisse gab es nicht. Das Libertäre Zentrum wurde sofort und bedingungslos zur Verfügung gestellt, als es nach Günthers Tod darum ging die Zeugenaussagen zu sammeln. Freiwillige Telefondienste legten rund um die Uhr Listen von Verletzten und Festgenommenen an und versuchten, die Bunte Hilfe in ihrer Arbeit zu unterstützen. Unsere unbürokratische und solidarische Organisation garantierte eine maximale Effektivität bei unseren Aktionen. Dazu kommt, daß auf den Demos ein in Frankfurt totgeglaubter Protest auftrat, der auch durch die Organisation eine relative Geschlossenheit hatte.



Durch diese Aktionen auf der Straße und der ständigen Koordinationsarbeit ergaben sich Ansätze für den Aufbau von Strukturen unter verschiedenen Gruppen. Wir erkannten punktuelle Gemeinsamkeiten, an denen sich die folgenden Diskussionen und die folgende Zusammenarbeit festmachte. Auch mit der Pressearbeit wurde begonnen und mehrere Pressekonferenzen von uns organisiert. Trotzdem fixierte sich die Presse von Anfang an auf unsere Aktionen zum Tod Günter Sares und stellte sie als blind- und zerstörungswütig dar.

Mit dieser Berichterstattung, in der Günters Tod immer mehr in den Hintergrund geriet, ordnete sich die Presse weitgehend den Machtinteressen des Staates unter. Die Wahrheit über Günters Tod und seine Ursachen sollte verschwiegen und diejenigen, die sie verbreiten zum Abschuß freigegeben werden. Durch diese einseitige Berichterstattung sollte der Distanzierungsdruck auf einen Teil der Protestbewegung erhöht und der andere kriminalisiert werden. Um das zu erreichen, werden wir mal als chaotischer, krimineller Haufen diffamiert, während uns andererseits, teilweise im selben Zeitungsartikel, übergroße organisatorische Fähigkeiten zugeschrieben werden. Zweck dieser Darstellung als Organisation, teilweise mit Rädelsführern etc. ist es u.a. mögliche Bullenkonstruktionen á la Schwarzer Block, gemäß § 129 in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Teilweise wird die Problemlösung gleich mitgeliefert: "Festnehmen"! Dies ist ganz konkret eine Vorbereitung von Repression.

Ebenso eine Vorbereitung von Repression ist die aktuelle Überwachung.

All unsere Aktivitäten, speziell die, die etwas mit der Organisation unserer Aktionen zu tun hatten, von Gruppen, die in den Augen des Staatsschutzes gefährlich werden könnten, aber auch die von Einzelpersonen wurden in den letzten Wochen von den Bullen überwacht und beobachtet. Orte, an denen wir uns oft aufhielten, z.B. Libertäres Zentrum, die Au in Rödelheim usw. wurden gezielt observiert und wahrscheinlich abgehört, wie wohl auch unsere Telefone. Einzelpersonen von denen sich der Staatsschutz einen Einblick in geschlossenere Zusammenhänge erhoffte oder die durch ihre Aktivitäten bereits bekannt waren wurden verfolgt. Auf diese Art und Weise sammelten die Bullen eine Unmenge an Informationen, die auf den ersten Blick möglicherweise gar nichts mit den Vorfällen zu tun haben. Jedoch sind diese Informationen die Grundlage für eine gezielte Repression. Das genaue Wissen über jeden unserer Schritte, über jedes von uns gesprochene Wort versetz die Bullen in die Lage ganz gezielt da zu kriminalisieren zu verhaften und zu zerschlagen, wo wir uns am wenigsten wehren können. In diesem Zusammenhang sind auch die Versuche von Zeugenvernehmungen der letzten Woche ein Sammeln von allgemeinen Informationen über das gesamte Spektrum des Widerstands. In Bezug auf das Konstruieren einer kriminellen Vereinigung durch den Staatsschutz können wir heute nur spekulieren. Jedoch aus unseren Erfahrungen mit derartigen Konstrukten lassen sich verschiedene Kriterien nach denen die Bullen vorgehen, ableiten. Mit ist die politische Isolation, bzw. Nichtorganisierung, ein Kriterium bei der Auswahl der zu kriminalisierenden Gruppen auf der Straße. Abgesehen davon, daß diese Form von militärischem Vorgehen durch den Umfang, den sie in Frankfurt hatte, ein Manöver des Polizeiapparats innerhalb ihrer Aufstandsbekämpfungstrategie war, wurde damit auch direkt versucht, ein für uns wichtiges Gebiet der Zusammenarbeit und der Kontaktaufnahme zu zerstören. Oft ist der Kampf auf der Straße für uns erster Berührungspunkt, wo Gruppen und Personen Gemeinsamkeiten und dadurch Ansätze für eine Strukturierung finden. Durch die, in den Aktionen gefundenen inhaltlichen Gemeinsamkeiten entwickelten sich Diskussionen, in denen wir versuchten unsere Ziele zu bestimmen und unsere Differenzen zu definieren, mit dem Ziel, eine stark zersplitterte antiautoritäre Szene neu zu strukturieren. Diesem Finden von Gemeinsamkeiten in Aktionen versucht der Staat, wie in Frankfurt oder München, mit der Verhinderung jeglicher offener Aktivitäten zu begegnen (Belagerungszustand, Demoverbot, generelles Versammlungsverbot).





oder Einzelpersonen. Feste Strukturen und Organisationen erschweren den Bullen die Repression. Warum: Eine Gruppe, die in Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen gemeinsam aktiv ist und nicht isoliert arbeitet, kann als Teil der Öffentlichkeit bei Festnahmen effektiver Information und Widerstand organisieren. Dadurch wird dem Staatsschutz der Zugriff auf diese Gruppen und die in ihnen organisierten Leute erschwert. Außerdem suchen sich die Bullen Personen heraus, die sie für psychisch labil halten, um sie unter Druck zu setzen. Ein weiteres Kriterium für Repression sind, wenn auch nicht immer, konkrete Tatvorwürfe. In der Vergangenheit hat es aber auch Beispiele gegeben (schwarzer Block 1981, Hannover 1985) wo erst, durch die, nach den Festnahmen angelaufenen Ermittlungsverfahren und die durch sie erbrachten Informationen, der Tatvorwurf nachträglich gerechtfertigt und bewiesen werden sollte. Hierbei geht es wiederum auch um das Ausleuchten von Strukturen und Zusammenhängen des Widerstands und um einen Einblick in das Umfeld möglicher Militanter. Der Einschüchterungseffekt wahlloser Festnahmen ist ein weiterer Teil ihrer Repressionsstrategie. Vorallem in den sich langsam entwickelnden sozialen Teilen des Widerstands, aber auch in unseren Kreisen greift die Angstmache besonders. Bei Leuten, bei denen sich das politische Bewußtsein erst langsam durch soziale Unzufriedenheit und die Repressionserfahrung durch wachsende Bereitschaft zum Widerstand entwickelt, wird durch Festnahmen oder direkte polizeiliche Repression Resignation und Angst erzeugt. In der momentanen Situation stehen wir aber noch einer anderen Form von Repression gegenüber. Bei den Aktionen und Demos nach Günters Tod probte die Polizei im großen Stil die direkte militärische Zerschlagung des Widerstands



"Hamburger Verhältnisse"

KLEINE ANMERKUNGEN ZUM ANSCHLAG AUF DIE TAZ

In der Nacht vom 21. auf den 22.10.85 verübten Autonome und Anti-Imperialisten (wg. Lochte) einen Anschlag auf die TAZ, bei der sie die Räume und Produktionsmittel der Hamburger-TAZ-Redaktion verwüsteten. Der Anschlag galt einen Artikel in der TAZ vom 16.1o.85, in welchem der Hamburger Verfassungschef Lochte über die seit vier Jahren besetzten Hafenstraßenhäuser sagt:" RAF-Hamburg zieht in die Hafenstrasse".
Außer der Inschrift "Wg. Lochte" an den Wänden der Redaktionsräume gab es zu dem Anschlag keine Erklärung. Erst eine Woche später ,am 29.10. brachten einige Autonome und Anti-Imps sowie einige Hafenstraßenleute ein Flugblatt heraus, in welchem sie die Aktion zu rechtvertigen suchten und sich bereits auf die ersten Reaktionen auf den Anschlag bezogen.
Was hat dieser Anschlag einiger Autonome auf die Hamburger TAZ-Redaktion mit uns Anarchisten zu tun? Ich meine eine ganze Menge.
1.Seinen ärgsten Feind zu zitieren ist nichts schlechtes. Denn kein Kommentar vermag besser zu entlarven als der Originalton selbst. Leser/innen, die jemanden brauchen, der ihnen sagt, was sie lesen dürfen und was nicht, sind um die Waffe der Kritik beraubt - ohne die die Kritik der Waffe nur noch Mund-tot macht. Also: auch TAZ-leser/innen machen sich ihre eigenen Gedanken.Einerseits.
Anderseits war das Verhalten der TAZ-Leute, das gesamte Interview mit Lochte denen, die von diesem Verfassungschef und der von ihm unterstützten Räumung bedroht sind, nicht zukommen zu lassen, politisch falsch. Wenn die Linke sich wie auch immer den Herrschenden verpflichtet fühlt, statt subversiven Umgang zu ihnen zu pflegen, kann sie gleich einpacken.
2.Ein Anschlag auf die Redaktionsräume hat immer Symbolcharakter. In Hamburg wurde deutlich, daß ein Teil der Scene sich nicht nur in der TAZ nicht wieder findet, sondern auch nichts mehr mit ihr zu tun haben möchte. Nicht nur das: ihr Verschwinden wird herbeigewünscht (besser keine Zeitung als diese").
Eine ganz andere politische Stoßrichtung hatte der Bradanschlag auf das Springer-Hochhaus in Berlin gehabt. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1985 hatten ca. 3000 Menschen dem Springer-Konzern, Kapital- und Auflagenstärgster Meinungsmacher der Republik und damit würdiger Nachvolger Hugenbergs (der während der Weimarer Zeit dank seinem Medienmonopol für Hitler Stimmung machte), einen Besuch abgestattet und ihre flammende Oposition bewiesen.
Auch wenn die TAZ oft ihren eigenen Anschprüchen nicht gerecht wird, ist sie mit der bunten Einheitspresse von Springer und Co. nicht zu verglei - chen!
3.Die TAZ ist ein Medium, das von Linken unterschiedlichster Anschaung als solches genutzt wird. Neben ausgezeichneten Reportagen findet man die schwachsinnigsten Artikel. Die Lesebriefseite bietet der Linken ein bundesweites Diskussionsforum, das den Rahmen der Scene - auch der anarchistischen - sprengt und somit quantitativ stark einschränkt. Auch die Anarchisten nutzen die verschiedensten Medien und Strukturen (z.B. Druckerein und Satzgeräte linker Asten) für sich. Sie machen ihre eigenen Zeitungen und Zeitschriften ohne je mals mit ihren "freiwilligen und unfreiwilligen Förderern" inhaltliche Kompromisse eingehen zu müssen. Die Anarchisten, das haben die Frankfurter Ereignisse gezeigt, sind nicht nur Motor einer neuen Bewegung, sie sind auch der Garant dafür, daß es keine Chefs gibt, die die richtige Linie diktieren.



Christian Lochte, Verfassungsschutzchef / HH
... weil auch unsere Kundschaft in der taz zu Wort kommt — schließlich bemüht sie sich, das gesamte linke Spektrum darzustellen. Wir bekommen etwa zehn Abonnements — für alle wichtigen Sachbearbeiter. Ich sag' zu Kollegen immer: wenn es die taz nicht gäbe, müßten wir sie gründen.

Das gilt auch für libertäre Publikationen. Also: "Lieber eine bessere Zeitung mehr,als gar keine".
4.Weil die Anarchisten spätestens seit Kronstadt oder den bolschewistischen Vernichtungsfeldzügen gegen die Machnobewegung oder den "kommunistischen" Killern Stalins im Spanischen Bürgerkrieg wissen, was es heißt, von der "richtigen Linie" der Roten Herren abzuweichen,sind sie auch gegenüber Stalins straighten Nachfolgern im schwarzen Lederdress gegenüber vorsichtig, wenn diese antreten, Abtrünnige(s) zu sanktionieren. Vielleicht finden sie auch in der Aktion Artikel, die sie zu Strafexpeditionen gegen die Produktionsmittel dieser Zeitschrift ermuntern könnten.
Der Rückgriff auf das Faustrecht kennzeichnet den Ohnmächtigen und Sprachlosen. Den Mächtigen trifft er nicht ,denn der hat die Macht, das Recht nur für sich zu beanspruchen. Wenn sich zwei Linke bekämpfen, wer ist dann wohl der lachende Dritte?
5.Jene Fraktion Autonomer und Anti-Imps, die sich mit ihrem Anschlag "politische Klarheit" (O-Ton) verschaffen wollen, hat bei den Rechten und einigen ihrer Anhänger Schadenfreude ausgelöst, bei dem größten Teil der Linken jedoch Verwirrung.
Wenn die Hamburger Verhältnisse eines klar gemacht haben sollten, dann dies: so nicht!

Alexander Anders



Die RAF zieht in die Hafenstraße – die TAZ zieht aus

selbstverständlich fanden wir die aktion gegen die taz erstmal gut.
die diskussion, die lochte mit der seite in der taz provoziert hat und die ER will, wird jetzt von der taz an der aktion hochgezogen. die diskussion wäre auch ohne die aktion früher oder später gelaufen; vielleicht nicht mit der vehemenz und der schärfe.

die diskussion in dem ganzen breiten linksliberalen spektrum läuft in eine verkehrte richtung. und zwar in die, in die die taz sie schiebt: in eine hetze gegen die hafenstraße – die vandalen, die haßkappenfraktion, die schlägertrupps. hinterfragt wird aber selbst jetzt noch nicht der lochteartikel, dessen operatives ziel und dessen materieller zweck: entsolidarisierung in die linke, um die zerschlagung und vernichtung der gruppe zu erreichen.

um das zu verdeutlichen:
am 16.10.: der artikel von lochte mit einer ganzen seite in der nationalen taz.

am 18.10. war der brandanschlag gegen uns, der die bisherige spitze in der konfrontation darstellt, und der klarmacht, wie real die bedrohung ist: denn nur durch zufall konnte das feuer früh genug entdeckt werden, minuten später hätte es tote geben können.

das war der taz einen kleinen nichtssagenden artikel im hamburgteil wert.

die aktion gegen die taz aber wird von ihr zum thema der nächsten zwei wochen hochstilisiert, national und dick und fett. die taz benutzt die aktion, um von dem, was real läuft, abzulenken.

wir denken jetzt, daß es ein fehler war, die ganze lochteseite in der taz nicht gleich verhindert zu haben. das wäre der sache angemessen gewesen.
warum das nicht gelaufen ist, daß wir das nicht früh genug abgepeilt haben und die taz damit jetzt noch hausieren geht, um sich ins rechte licht zu setzen, kam so zustande:
am freitag, den 11.10., führte th. janssen und h.g. meyer-thompson das interview mit lochte. am montag, den 14.10., hat h.g. bei einem von uns in der hafenstraße angerufen: daß sie am mittwoch ein interview mit lochte in der taz bringen, wo es auch um die hafenstraße geht und wir sollten doch bis morgen, also dienstag, eine stellungnahme dazu geben. sie fänden es gut, wenn die andere seite auch zu wort kommt.

ein kleiner beitrag von uns, das alibi, um ihre kollaboration mit dem staatsschutz zu verschleiern.

am montag abend sind trotzdem noch 2 von uns zur taz gefahren, um das interview schon mal vorab zu lesen. das war ein spontaner einfall, kein gruppenbeschluß oder sowas.

bei der taz wollten sie das interview haben, um es mitzunehmen, damit alle es lesen können. thomas janssen und h.g. meyer-thompson meinten: unmöglich, sie würden es nicht aus der hand geben, aber die beiden könnten es jetzt auf der stelle lesen. die beiden von uns dachten: erstmal lesen und dann weitersehen. sie konnten es nur überfliegen, weil es ein packen von 40 seiten war, und th.j. und h.g. ständig druck machten, sie müßten weg, sie hätten termine. den beiden von uns war schnell klar, daß das mehr von uns lesen müssen, um zu ner einschätzung und nem schluß zu kommen. sie haben deshalb mit th. janssen und h.g. meyer-thompson abgemacht, daß am dienstag und mittwoch leute von uns zur taz kommen können, um den ganzen interview-packen zu lesen. th.j. und h.g. meyer-thompson haben noch dazu gesagt, daß sie es uns zwar nicht offiziell geben könnten, daß es aber für uns auf dem schreibtisch zur einsicht liegen würde. die beiden von uns waren mit dem interview noch gar nicht fertig, da haben th.j. und g.h. ihnen den artikel, den sie aus dem interview fabriziert hatten, unter die nase gehalten. die beiden konnten nur checken, daß nur ein bruchteil des interviews verwendet worden war, lesen konnten sie den artikel nicht. eine von uns sagte noch zum kommentar von th-janssen was, was ihr auf die schnelle trotzdem aufgefallen war: th. janssen hatte sich darüber mokiert, daß der verfassungsschutz nur andeutungen über die raf in der hafenstraße macht, ohne daß er schon einzelne haftbefehle hat. mit dem tenor: wenn lochte haftbefehle hätte, würde man ja sehen, daß die hetze hand und fuß hat.
eilfertig sagte dann th.j., daß er das ändern würde. das war den beiden im grunde egal. ihnen war nur klar, daß th.j. damit haftbefehle fordert. sie hatten noch gedacht, daß das an der blödheit von th.j. liegt, sie hatten natürlich noch nicht die ganze dimension von dem lochte-teil erfaßt.

am dienstagmittag kamen dann 12 leute von uns in die taz, die das teil lesen wollten. th.j. war nicht da, h.g. sowieso nicht, das interview auch nicht. ein tazler versuchte, th.j. telefonisch zu erreichen. eine halbe stunde später rief h.g. zurück und sagte, das ding wäre gelaufen, und daß wir es jetzt nicht mehr lesen könnten. abends um sieben fuhren trotzdem nochmal drei von uns zur taz, als th.j. da war. der sagte dann: sie hätten heute früh lochte den artikel vorgelegt, der hätte ihn so abgezeichnet, wie er jetzt gedruckt wird. nach absprache mit lochte hätten sie die abschrift des interviews vernichtet und die kassette gelöscht.

am nächsten tag hat einer von uns zufällig h.g. bei einer bürgerschaftssitzung, die um die hafenstraße ging, im rathaus getroffen. h.g. hat ihm gesteckt, daß das gestern von th.j. eine lüge war, daß er sich davon distanziert, weil er sowas nicht gut findet.

da war aber die taz-seite mit lochte schon da.

und uns wurde klar, was die taz daraus gemacht hatte: das ziel von lochte, die entsolidarisierung von uns, in die linke zu tragen, und die aktuelle bedrohung von uns.

psychologische kriegsführung hat immer auch ein operatives und materielles ziel. wir können es auch so sagen: die taz unterstützt lochte in die linke rein. und wollte uns dazu noch als alibi benutzen, damit's keiner merkt, ihre funktion dadrin nicht begriffen wird.

die funktion von „raf in der hafenstraße" ist folgende:

1. die linksliberale szene von uns abzuspalten und
2. eine ebene der konfrontation hier bei uns vorzubereiten, für die der tod von günter in ffm, der brandanschlag auf uns und der mord in amsterdam steht. das heißt, über „raf in der hafenstraße" den rechtsfreien raum zu schaffen und tote bei einer räumung (die sie schon angekündigt haben) im voraus zu legitimieren.

29.10.'85 Hafenstr.

"POLIZEI-STAAT"-Erst recht in München



Innerhalb von nur 3 Wochen schlägt der Staatsapparat in München dreimal zu. Als traurige Bilanz bleiben ca. 250 Festnahmen mit anschließender ED-Behandlung, mehrere Haftbefehle (die zum Teil ausgesetzt sind) und Ermittlungen wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen etc. Im einzelnen ist folgendes geschehen:

Sonntag, 29. September 1985:
Gegen 21 Uhr sammeln sich ca. 60 Leute zu einer Spontandemo, nachdem auf eiligst verteilten Flugblättern vom Mord Günter Sares in Ffm berichtet worden war. Am Isartorplatz klirren Scheiben eines Pelzhauses und von 2 Banken. In der Demo wird eine abschließende Aktion besprochen, die aber scheinbar nicht alle mitbekommen. Denn völlig unnötig wird ein Stein auf eine Bullenstreife geschmissen und in kurzer Zeit wimmelt es von Polizei-Wannen. Die Leute stoben gezwungener Maßen auseinander. In der Klenzestraße nimmt die Polizei 11 Leute fest und schleppt sie in die Ettstraße (Polizeipräsidium), um sie, einige zum ersten Mal, ED-Behandeln zu lassen.
Zwischen 2 und 3 Uhr, als die elf Leute wieder frei sind, verhaftet die Polizei zwei andere Personen in der Nähe eines Polizeireviers. Der Grund ist ein Streifenwagen, der vor dem Revier mit "Polizei SA/SS" besprüht wurde und dessen Reifen zerstochen sind. Ein Bulle will die Beiden erkannt und noch eine dritte Gestalt gesehen haben! Die zwei werden erst knapp 48 Stunden später, nach Durchsuchung ihrer Wohnungen in München und Wasserburg, wieder freigelassen.

Samstag, 12. Oktober 1985:
(14 Tage später)

An diesem Tag läuft die bundesweite Anti-WAA-Demo mit ca. 40 - 50 000 Teilnehmern in München. Die Polizei konzentriert sich auf den Rosenkavaliersplatz (bayr. Umweltministerium), von wo einer der drei Demozüge weggeht. Grund ist, daß sich dort neben den oberpfälzer BI's auch die Autonomen sammeln. Bereits vorher verteilt die Polizei Flugblätter, in denen sie dazu aufruft, daß sich die "anständigen" und "ernsthaften" (!) Demonstranten vom sogenannten "Autonomen Block" distanzieren, indem sie sich von ihm räumlich trennen. Das dies jedoch nicht geschah, ist ein weiteres Indiz für die bis jetzt solidarische Zusammenarbeit der örtlichen Anti-WAA-BI's mit den Autonomen.
Der Demozug selbst ist für Münchner Verhältnisse ziemlich lebendig. Es werden die Scheiben von fünf Banken demoliert, Knallkörper in Richtung Bullen geschleudert, mit Leuchtpistolen auf öffentliche Gebäude geschossen etc. Einmal versucht die Polizei an der Ecke Ismaninger- / Prinzregentenstraße einen Teil der Autonomen (um ein Transparent mit der Zusammenlegungsforderung für die politischen Gefangenen und dem Lautsprecherwagen) mit etwa vier Hundertschaften abzudrängen. Dies wird durch das beherzte Eingreifen der BI-ler verhindert. Erst nach der Abschlußkundgebung auf dem Odeonsplatz greift die Polizei etwa 60 Leute ab.
Für die Schlappe während der Demo rächt sich die Polizei am Abend. Ab etwa 17 Uhr findet im Stadtteil Haidhausen in der Pariser Straße ein Straßenfest statt. Nach und nach trudeln etwa 400 Leute ein, auch Anwohner aus dem Stadtteil. Schon zu Beginn des Festes postieren sich ca. 2000 Polizisten, BGS und SEK-Einheiten im Viertel um das Fest. Zuerst wollen die Staatsschützer den Info-Laden räumen, der nur ein paar Straßen weiter liegt und indem sich unter anderem der Ermittlungsausschuss für abgegriffeneDemoteilnehmer befindet. Über den Bullenfunk gewarnt, verlassen alle sofort den Info-Laden, bis auf den Telefondienst. Daraufhin lassen die Bullen den Plan fallen und widmen sich voll dem Fest. Gegen 21 Uhr wird ein Flaschenwurf zum Vorwand genommen, die Pariser Straße abzusperren und alle greifbaren Personen festzunehmen. Nach 20 Minuten sind ca. 150 Leute festgenommen und einige verletzt. Bis auf fünf sind alle am nächsten Tag wieder draußen. Den 5 (zwei aus Berlin, jeweils einer aus Bad Tölz, Münster und Wien) wird Landfriedensbruch und Sachbeschädigung vorgeworfen. Nach etwa 2Wochen wird der Wiener im Schnellgerichtsverfahren zu 6 1/2Monaten



auf 3 Jahre Bewährung und 5 Jahre BRD-Verbot verurteilt und abgeschoben. Nach und nach fallen die weiteren Urteile: 3 Wochen und 1 Woche Jugendarrest und beim vierten 1200 DM Geldstrafe. Einer der Berliner sitzt immer noch in der JVA Stadelheim in München.

Samstag, 19. Oktober 1985:
(Eine Woche darauf)

Für 15.30 Uhr wurde eine Demo gegen Bullenterror von der Pariser Straße zur JVA Stadelheim angemeldet. Die Demo wird jedoch mit dem Hinweis verboten, daß die Anmelderin zur "autonomen Linken" gehört. Dieser Gruppierung (?) wird im Ablehnungsbescheid zur Last gelegt, in Folge des Todes G. Sares in Ffm an folgenden Ausschreitungen beteiligt gewesen zu sein:

- über 50 Brandanschläge
- Krawalle, Sachbeschädigung und Farbschmierereien in ca. 30 Städten
- Schäden in Höhe von mehr als 7 Mio DM
- ca. 50 z.T. schwerverletzte Polizeibeamte

Außerdem hätte die Anmelderin Kontakt (!) zu einer Person aus dem linksterroristischen Kreisen! Um 15.30 Uhr versammeln sich trotzdem ca. 200 Leute. Unter Druck seitens der Polizei löst die Anmelderin die Versammlung auf. Gegen 17 Uhr treffen sich doch noch etwa 60 Leute vor der JVA Stadelheim und skandieren: "Aufruhr, Widerstand - Stadelheim wird abgebrannt". Aber die Bullen sind sehr gut vorbereitet. Die Leute werden in eine Seitenstraße gedrängt und mit Knüppel und CS-Gas "behandelt". 53 Demonstranten finden sich zur ED-Behandlung in der Ettstraße wieder. Dort werden die Zellen zerlegt und Teile in den Innenhof auf parkende Streifenwagen geschmissen.

Überlegungen zu den Ereignissen

Was in den 3 Wochen in München ablief reiht sich nahtlos in die Vorgänge in der gesamten BRD der letzten Zeit ein. Dabei geht der Staat mit mehreren Methoden vor. Als erstes versucht er den Widerstand zu entpolitisieren. Konkret lief das über Schlagzeilen/ Meldungen in der Presse, daß an den Auseinandersetzungen um den 12.10. randalierende Punker schuld seien. Sowohl bei dem Straßenfest ("besoffene Punker") als auch bei den eine Woche später Festgenommenen vor Stadelheim ("Polizei nimmt 53 Punker fest") soll durch solche Falschmeldungen dem Widerstand der politische Stachel gezogen werden. Wo dies nicht gelingt, soll der Widerstand gespalten und anschließend ein Teil kriminalisiert werden. Dahinter steht sowohl Angst vor einem zähen und lästigen WAA-Widerstand in Bayern, als auch eine allgemeine (sogar staatenübergreifende) harte Linie im Umgang mit fundamentalen und revolutionären Widerstand. Gerade nach dem Tod G. Sares ist vielen nochmal die Schärfe der Auseinandersetzung unmittelbar bewußt geworden. Bei den Reaktionen und Aktionen nach Günters Tod und auch beim WAA-Widerstand (Bauplatzbesetzung im August/Demo am 12.10.) geht es für die Staatsmacht nur noch darum, der Lage mit (polizei-) militärischen Mitteln Herr zu werden. Diese neue/alte Qualität berücksichtigen und sich dadurch nicht Einschüchtern lassen, könnte die angemessene Antwort auf die letzten Poliziübergriffe sein.

rod

TERRORISTISCHE VEREINIGUNG E.V.

in Hannover

Am 1. Juni erfolgte in Hannover am 23
eine Detonation. Jürgen starb bei dem Versuch, vermittels einer selbstgebastelten Bombe, gegen die verbrecherischen Machenschaften der Messe AG zu protestieren.
Er starb auf dem Gelände, wo sich kurze Zeit später "Schlesier" aus dem ganzen Bundesgebiet trafen, um ihr "Recht auf Heimat" auch jenseits aller bestehenden Grenzen zu proklamieren. Wo während der IDEE 82 das Handwerkszeug vorgeführt wurde, mit dem dieser Anspruch in die Tat umgesetzt werden soll, wo auch das Organisationszentrum der ILA sitzt. Wo schlißlich anhand des Partnerlandes Türkei demonstriert wurde, welche Form der Demokratie dem angepeilten Kriegszustand entspräche.
Schon wenige Stunden nach dem Anschlag, erfolgte eine bundesweite Fahndung nach Isabel, die zwei Tage später mit ihrem Anwalt bei der Polizei erscheint. Sie wurde wegen dem Sprengstoffdeliktes nach & 311 in Haft genommen und sitzt seitdem in der hannoverschen JVA, in der Schulenburger Landstraße. Bei der Durchsuchung von Isabels Wohnung, wobei keine Zeugen anwesend waren, wurde angeblich eine Feuerlöschbombe, Sprengstoff, Zünder und Bekennerschreiben mit der Unterschrift: Wirtschaftswunderkinder, gefunden.
Am 4. Juni wurde Horst, ein Mitbewohner von Jürgen, an seinem Arbeitsplatz verhaftet und als "Unterstützer einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Er wurde als U-Häftling in Celle im Hochsicherheitstrakt, später in der JVA Wolfenbüttel inhaftiert. Sein Haftbefehl wurde nach seinem Haftprüfungstermin in Karlsruhe auf "Mitgliedschaft in einer terrortischen Vereinigung" erweitert. Nach 4 Monaten, am 24.09., "rät" die Bundesanwaltschaft der Anwältin von Horst, einen Entlassungsantrag zu stellen. Worauf er ohne eine konkrete Begründung, und mit den Auflagen, sich zweimal wöchentlich zu melden, einen eventuellen Wohnungswechsel von der BAW genehmigen zu lassen, sowie die Abgabe der Papiere und keine Ausreise aus der BRD, entlassen wird.
Eine wesentliche Besonderheit ist, daß die BAW sowohl ermittelde als auch anklagende Behörde ist. Der hier angewandte & 129 a ist so allgemeingefaßt, daß jede Ermittlungsmethode für notwendig erklärt werden kann, denn: Der "Tatbestand" der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, laut § 129a, ziehlt nicht auf konkrete, an sich "kriminelle" Taten, sondern er gilt für alles, was für eine "terroristische Organisation irgendwie vorteilhaft ist", laut BGH!!! Bei den heftigen Ermittlungen ging es hauptsächlich darum, möglichst viel Material zu bekommen, mit dem die Behauptung der Existenz einer Vereinigung gestützt werden kann. Die Vorgehensweise der Polizei zeigt, daß die Breite des geladenen Personenkreises und die relative Beziehungslosigkeit zum Ereignis "Bombenexplosion am Messegelände", daß die Ermittlungen sich nicht auf die Fakten dieses Ereignisses bezogen, es fand also gar keine Ermittlung im kriminologischen Sinn statt, sondern die Erforschung eines sozialen und politischen Bereiches, dem als "terroristisches Umfeld" potentielle Täterzusammenhänge zugeordnet werden könnten. Von den Maßnahmen betroffen sind hauptsächlich Eltern, Freunde, Bekannte, Verlobte der Beschuldigten und zufällig bei Hausdurchsuchungen Anwesende.









ISABEL'S HAFTBEDINGUNGEN :

Da es offensichtlich ist, daß die BAW nichts gegen Isabel vorbringen kann, was eine Haftfortdauer legimitiert, fordern wir die Freilassung , weil:
-Eine Wahlgegenüberstellung mit dem Kleingärtner, auf dessen Aussage hin u.a. nach Isabel gefahndet wurde, fand bisher nicht statt.
-In den der Verteidigung zugänglichen Ermittlungsakten befinden sich keine Protokolle über Zeugenvernehmungen aus der Umgebung des Messegeländes, da offenbar keine verwertbaren Ergebnisse vorliegen.
-Die Anwälte haben bisher diverse technische Untersuchungsberichte zugesandt bekommen, die bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Gegenstände betreffen.
Von dem in Kellern gefundenem Material für Sprengsätze waren alle Gutachten negativ, die versuchten, die Funde Isabel oder anderen Beschuldigten zuzuordnen. Es wurde ein Fingerabdruck von Isabel auf einer Broschüre "Guerilla Diffusa" festgestellt.
-Es existiert ferner ein Sprachgutachten, mit dem -anhand des "Nachweises" einer analogen Diktion- versucht wird, Isabel die Urheberschaft für zwei Bekennerschreiben (Hannover Messe und Haus des Einzelhandels) zu unterstellen.
Als einziger Haftgrund für Isabel gilt, wie zuvor allein der &129 a.
Sie ist somit auch verschärften Haftbedingungen unterworfen:
-Einzelhaft, d.h. für Isabel 23 Stunden in einem kleinen dunklen Loch (mit Sichtblenden vor den Fenstern) eingeschlossen zu sein.
- 1Stunde Hofgang mit ständig wechselden Mitgefangenen
-Eine halbe Stunde Besuchszeit pro Woche.
-Sämtliche Besuche, außer von Angehörigen, sind nur mit Trennscheibe erlaubt.

-Die Benutzung der Gefängnisbibliothek ist zwar offiziell gestattet, da sie jedoch weder die Bibliothek betreten, noch den zugehörigen Katalog benutzen darf, ist diese Erlaubnis von weniger praktischem Wert.
-Zusätzliche Schikanen, wie Besuche von LKA 'lern, Abführen zu Verhören etc..
Solche Haftbedingungen haben ganz konkrete Auswirkungen auf die Gesundheit: das ständige Neonlicht in der Zelle verursacht Bindehautreizungen; bei Horst machte sich nach kurzer Zeit ein Rückenleiden bemerkbar; zusätzlich leidete er zeitweise an Sprachstörungen. Diese Bedingungen "abgemildeter Isolationshaft" zielen darauf ab, die Identität der Gefangenen zu brechen. Was das u.A. heißt, ist in Briefen von Isabel beschrieben: "Ich fühle mich, als hätte man mir Teile meines Körpers einfach herausgerissen und ich versuche jetzt alles wieder zusammenzusetzen. Äußerlich, meinen Verhaltensweisen nach, komme ich mit der Situation einigermaßen gut klar, aber es gibt vieles an Erinnerungen und Gefühlen die ich nicht unterdrücken kann. Es ist wesentlich einfacher hier die knallharte Politfrau zu spielen, die durch nichts zu erschüttern ist. Die Freiheit, mich fallenzulassen habe ich zum Beispiel nicht mehr. Eine der wenigen Möglichkeiten, die Isolation zu durchbrechen, ist für die Gefangenen der Briefverkehr nach "draußen"." Der gesamte schriftliche Verkehr unterliegt dabei nicht nur der Kontrolle des Ermittlungsrichters; es werden auch Briefe als Beweismaterial beschlagnahmt, bzw. von der Weiterleitung ausgeschlossen. Sätze werden aus ihrem Zusammenhang gerissen und sollen zur Aufrechterhaltung des Konstrukts der terroristischen Vereinigung dienen. Wenn sich Isabel z.B. damit auseinandersetzt, sich eventuell an eine Perspektive jahrelanger Haft gewöhnen zu müssen, beschlagnahmt die BAW und begründet folgendermaßen:"Der Brief enthält eigene Angaben der Beschuldigten zu ihrer Tatbeteiligung. Diese Angaben lassen den Schluß zu, daß sich die Beschuldigte mit der "Perspektive eventuell jahrlanger Haft' nur deshalb vertraut macht, weil sie die Tat begangen hat".
Isabel macht in ihren Briefen keinen Hehl aus ihrer Zugehörigkeit zur "Szene": "Bis zu meiner Verhaftung habe ich fünf Jahre die übliche Arbeitslosenkombination studiert (Politik/Soziologie/Geschichte), mich etwas in der Uni-Politik ausgetobt und ansonsten im Szene-Sumpf mehr oder weniger Saisonpolitik betrieben." Diese und ähnliche Äußerungen "geben Aufschluß über die Motivation zur Tat, deren die Beschuldigte dringend verdächtig ist", meint dann die BAW.
Begnügte man sich anfangs damit, Briefe zu kopieren und zu den Akten zu legen, kommt es in letzter Zeit häufiger vor, daß Briefe von und an Isabel nicht weitergeleitet werden. Grund war z.B. ein Brief, der "grobe Beleidigungen enthält." "Auf Seite 1 des Briefes bezeichnet die Beschuldigte Mitarbeiter der BAW als Arschlöcher". Interessant ist dabei, welche Bedeutung das Wort "Arschloch für die BAW hat:

"Im übrigen ist die Beschuldigte darauf hinzuweisen, daß in verschiedenen Briefen grob beleidigende Ausdrücke enthalten waren. Derartige Briefinhalte lassen sich nur mit einer Haftpsychose erklären. Darauf wurde bislang Rücksicht genommen. Bei dem Bildungsstand der Beschuldigten muß erwartet werden, daß sie grob beleidigende Ausdrücke und Fäkalworte unter läßt. Künftige Sendungen mit derartigen Inhalten werden ohne Weiteres angehalten."

Zuschriften an Isabel:
An den
Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes
z. Händen von Isabel Jacob
Herrenstraße 45a

7500 Karlsruhe



DIE ZEUGENPROBLEMATIK BEI § 129/129a VERFAHREN

In dem Ermittlungsverfahren zum Anschlag auf die Messe-AG in Hannover, wurde eine große Anzahl von Personen (mittlerweile sind es mehr als 70), als Zeugen vorgeladen. Bei Ermittlungen nach terroristischen Vereinigungen sind in aller Regel massive Zeugenvorladungen die Folge, weil dann notgedrungen die Ausforschung von politischen Ansichten, persönlichen Beziehungen und sozialen Umfeld betrieben werden, wenn nicht irgendjemand den Kronzeugen spielt, denn meistens liegen keine Gründungsprotokolle und keine Mitgliedsausweise von diesen Vereinigungen vor. Der § ist also dafür geschaffen, um so weitgehende Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen, wie: Zusammenhänge und Verbindungen zu durchleuchten und politische, unbequeme Leute zu kriminalisieren. Dabei ist dieser § nur der extremste

Ausdruck einer Klassenjustiz, die ihre eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze außer Kraft setzt, weil sie es mit ihren üblichen Gesetzen nicht schafft, solchen Kampfformen gegen dieses System unter Kontrolle zu bringen. In den letzten Jahren gab es deshalb zahlreiche Versuche, den § auch auf Hausbesetzungen , unliebsame Aktivitäten von Punks, Gruppen von Demonstranten (Schwarzer Bolck), Zeitungen (Atomexpress, Hangover...) u.a. anzuwenden.
In Hannover haben sich in der Anfangsphase der Ermittlungen eine Reihe von Leuten, die vom LKA zu Zeugen ernannt wurden, aufgrund massiver Drohungen, beeinflussen lassen, wobei dem "Staatsschutz" eine beachtliche Menge an Material für seine Konstruktionen zur Verfügung gestellt wurde. Zwei Zeugen wurden durch ihre eigenen Aussagen prompt zu "Mitgliedern einer terroristischen Vereinigung" befördert und das, obwohl einige ihren Anwalt als Rechtsbeistand zu den Vernehmungen mitbrachten.

Einen Bruch mit diesem unüberlegten Verhalten gab es erst, als für den Zeitraum von 2.-4. Juli 1985 insgesamt 30 Personen, aus der hannoverschen Linken, zur Bundesanwaltschaft geladen wurden. Zwar hat auch hier ein Teil der Zeugen ausgesagt, der weitaus größere hat sich jedoch bewußt gegen diese Ausforschungs- und Einschüchterungspraxis gestellt und kollektiv die Aussage verweigert. Vier konnten sich dabei als Beschuldigte, Angehörige oder Rechtsanwaltsgehilfen auf die StPO berufen, die anderen 16 verweigerten - nach dem bürgerlichen Recht - widerrechtlich die Aussage. Gegen sie wurden Ordnungsgelder von jeweils 200 - 300 DM verhängt.
Nachdem sich die Bundesanwaltschaft aus diesen 16, vier Leute herausgegriffen und sie ein zweites Mal, diesmal nach Karlsruhe, vorgeladen hat, veränderten sich ihre Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise.

- Einer der Zeugen begann einen Dialog mit der Bundesanwaltschaft (BAW) und forderte sie auf, ihre Fragen an ihn auf den § 311 (Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion) einzuschränken, wobei er an anderer Stelle zu verstehen gab, daß er dazu nichts sagen könne.
- Die anderen drei Zeugen beriefen sich auf eine mögliche, verdeckte Ermittlung gegen sie, um mit dieser Begründung die Rechte von Beschuldigten in Anspruch zu nehmen, die jederzeit die Aussage verweigern können.
- Die restlichen zwölf blieben bei ihrer generellen und offenen Aussageverweigerung. Sie berufen sich dabei auf keinen §, weil solch ein Verhalten in der StPO nicht als Recht vorgesehen ist.

Die Vorgehensweisen im einzelnen:
Die Position der begrenzten Aussagebereitschaft geht von der Einschätzung aus, daß "die generelle Aussageverweigerung" nur etwas "für die Anfangsphase des Verfahrens (war), in der Unsicherheit über Umfang und Erfolg der bisherigen Ermittlungen herrschte. Die weitere Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß das Vorgehen und die Position der Zeugen ihre beabsichtigte Wirkung verfehlt hat und die angestrebten Ziele nicht erreicht. Die BAW dürfte inzwischen genügend Material für die beabsichtigte Konstruktion in jeder Hinsicht haben. Das kollektive Verhalten der Zeugen hatte keine Signalwirkung in der Linken. Im Gegenteil. Teile der Szene "übten sich" weiterhin in der Produktion von Gerüchten, Vermutungen und Verdächtigungen. "Das Problem der Zeugenvorladungen (scheine) vom Tisch zu sein" und "die politische Ausforschung der Szene dürfte zumindest an der Oberfläche beendet sein." Als Ziel ergäbe sich daher:
1. "Die Herstellung und Mobilisierung einer praxisrelevanten Gegenöffentlichkeit, die unseren Kampf gegen Eingriffe des Staates unterstützt." Dabei soll über die Aussageverweigerung zum § 129a-Komplex die Wirkung von 129a-Ermittlungen auf die Betroffenen thematisiert und gegenüber dem Staat auf die Einhaltung des bürgerlichen Ideals von der "Autonomie des Individuums" gepocht werden.
2. "Die Bedingungen für alle Betroffenen (Zeugen) möglichst günstig zu gestalten", was vor allem heißt, "die politischen und juristischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen und die Interessenkonflikte der verschiedenen Apparate zu unseren Gunsten auszunutzen."
- Die Position, sich als Beschuldigte zu sehen, geht weitgehend von der gleichen Einschätzung aus. Auch die Zielsetzung ist im Prinzip die gleiche: Jeder muß individuell sehen, wie er sich am besten aus der Sache herausmanövriert. Nur besteht nach Meinung dieser drei Zeugen die beste Ausnutzung der juristischen Möglichkeiten darin, daß sie sich zu Beschuldigten erklären. Indem sich jeder einzelne so verhält, soll betont werden, daß gegen alle Zeugen ein Ermittlungsinteresse bestehe und darüber der § 129 entlarvt wird.

Eine gänzlich andere Einschätzung liegt der generellen Aussageverweigerung zugrunde: "Nach wie vor sind die Ermittlungen der BAW noch nicht abgeschlossen,... fehlt noch belastendes Material, um das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung zu untermauern. Nach wie vor ist mit weiteren Vorladungen zu rechnen, denen wir nur durch geschlossenes Auftreten begegnen können, und nicht durch... Einzelaktionen."



Solange ein solches Verhalten aber nicht Selbstverständlichkeit ist - und das ist es derzeit nicht, wie die zahlreichen Aussagen von Linken in diesem Verfahren zeigen - solange ist generelle und offene Aussageverweigerung notwendig, um zu zeigen, daß Aussageverweigerung auch vorm Staats- oder Bundesanwalt machbar und notwendig ist, um kollektives und solidarisches Vorgehen in der Linken überhaupt erst wieder zu verankern.

Dabei werden auch die Vorteile dieses Vorgehens deutlich:
- Man stellt gegenüber der BAW einen Faktor dar und zwingt sie, sich zu überlegen, ob die zu erwartenden Ergebnisse die Auseinandersetzung mit einer Gruppe von Aussageverweigerern überhaupt lohnt, oder ob sie sich damit nicht vielzuviele Schwierigkeiten bereitet.
- Eine Gruppe von Aussageverweigerern bedeutet für Leute, die die BAW gerne als Zeugen aushorchen würde, um sie dann zu Beschuldigten zu machen, einen nicht unbeträchtlichen Schutz.
- Im Gegensatz zu den beiden anderen Vorgehensweisen ist diese für alle praktikabel, die kein Belastungsmaterial gegen andere Linke liefern wollen, denn niemand kann bei so komplizierten und weitgehend abgeschotteten Verfahren, wie denen nach 129a, den Ermittlungsstand immer richtig einschätzen und von daher wissen, welche Antworten be- und welche entlastend sind.

Generelle Aussageverweigerung ist nach dieser Position nicht nur eine Sache für die Anfangsphase der Ermittlungen in einem politischen Verfahren, sondern die ganze Zeit über eine Notwendigkeit, um die organisatorischen Strukturen zu schützen und eine Vertrauensbasis untereinander zu erhalten. Ohne das würde linke Politik unmöglich, bzw. wirkungslos. Eine entsprechende Signalwirkung innerhalb der hannoverschen Linken hat das Verhalten der sechzehn Zeugen durchaus gehabt.
Diese Signalwirkung ist nach Meinung der zwölf auch durchaus wichtig. Die generelle und offene Aussageverweigerung stellt für sie kein Prinzip dar, daß immer und ewig durchgezogen werden muß, sondern ist nur solange notwendig, wie die Linke so desolat und verängstigt auf staatsanwaltliche Vorladungen reagiert wie zur Zeit. Wenn in der Linken ein überlegtes, selbstbewußtes und kollektives Umgehen damit zur Selbstverständlichkeit geworden ist, reicht es durchaus, daß jeder Vorgeladene von nichts weiß, die Personen, nach denen er gefragt wird, nicht kennt und sich außerdem an nichts erinnern kann. Durch das ständige Wiederholen dieser Standardantworten wird praktisch dasselbe erreicht, die Gefahr von Ordnungsgeld oder Beugehaft aber reduziert.

Der Präzedenzfall einer terroristischen Vereinigung der 3. Art ist bisher noch nicht juristisch durchgesetzt. Die Anwendung des Paragraphen 129a als Ermittlungsvorwurf erlaubt, auch ohne daß nach diesem Paragraphen angeklagt wird, eine breite und massive Ausforschung und Denunziation politischer Zusammenhänge. Juristisch und politisch möglich wird dies unter der Überschrift: "Terrorismus-Verdacht".

Terrorismus-Propaganda in der BRD recht erfolgreich

Unter dem Motto "Kampf dem Terrorismus" ist in der BRD mittlerweile ein ungeheueres Maß an politischer Verfolgung und Unterdrükkung möglich. Grund genug sich etwas genauer mit diesem sog. "Terrorismus" zu beschäftigen.

Von Seiten der Staatsmacht in der BRD, insbesondere der Justiz, werden sogenannte "Terroristen" als "besonders gefährliche Gewaltkriminelle" behandelt. Diese Sprachregelung ermöglicht, zum einen jegliche politische Diskussion oder politische Verteidigung zu unterdrücken, zum anderen, sie einer Sonderbehandlung zu unterwerfen, ohne sie als politische Gefangene anzuerkennen. Die Staatsmacht argumentiert: "terroristische" Aktionen seien, unabhängig von ihrem politischen Zusammenhang, schwer kriminell und deshalb Gegenstand der Strafverfolgung. Damit wird behauptet, es gäbe äußerlich beschreibbare Gewaltsamkeiten, die als "Terrorismus" definiert werden könnten.

Der Straftatbestand des § 129a StGB, "Bildung einer terroristischen Vereinigung", ist dementsprechend gestaltet. Der Kernsatz lautet:

"Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. Mord, Totschlag oder Völkermord
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit...
3. gemeinschaftliche Straftaten... zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Als Zweck oder Tätigkeit einer solchen Vereinigung wird die Begehung bestimmter Gewalttaten wie Geiselnahme, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, Mord, Totschlag behauptet. Es soll sich dabei um "an sich charakteristische Erscheinungsformen terroristischer Aktivitäten" handeln, schreibt der Leibziger Kommentar zum StGB (vgl. v. Bubnoff in: StGB, Leibziger Kommentar, 10. Auflage). Suggeriert werden soll, daß es auf den politischen Gehalt der Gewaltsamkeiten gar nicht ankäme, und derartige Gewaltsamkeiten in Wirklichkeit gar nicht politisch sein könnten.

Lassen wir uns mal für einen Moment auf diese Argumentation ein:

z.B. Geiselnahme: Unmittelbar nach Bekanntwerden der Entführung von Hanns Martin Schleyer durch ein Kommando der RAF werden RAF-Gefangene voneinander, und durch das Verbot von Verteidigerbesuchen, auch vollständig von der Außenwelt isoliert (Radio- und Fernsehverbot). Sie waren damit der unkontrollierten Verfügungsgewalt der Exekutive ausgeliefert. Dieser Geiselstatus wird später mit dem Kontaktsperregesetz gesetzlich abgesichert und öffentlich propagiert.



Repressalien gegen die Gefangenen und ihre Hinrichtung werden zum Gegenstand zahlreicher Äußerungen von Politikern, Juristen und Meinungsträgern (vgl. hierzu z.B.: Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart, S. 10).

Oder für uns anschaulicher: Bei der Eröffnung des Schlesiertreffens werden über hundert Demonstranten von der Polizei festgesetzt und im Falle fortgesetzter Demonstrationen erneute Geiselnahme angedroht. Geiselnahme manchmal ganzer Demonstrationen durch die Polizei ist längst erprobte Praxis. Wir sehen Geiselnahme ist nur Terrorismus für die BRD, wenn sie nicht der "Verteidigung des Rechtsstaates" dient.

Oder z.B. das "Terrorismuskennzeichen" Herbeiführen einer Sprengstoffexlosion":

Wenn sich Bundestagsabgeordnete und andere wichtige Personen auf eine Tribüne setzen zu dem Zweck, um Sprengstoffexplosionen besser beobachten zu können - so ist das allemal kein Terrorismus, da es innerhalb eines Mannövers der Bundeswehr geschieht. Wenn dann diese Beobachtungsabsicht so überaus lebensnah in Erfüllung geht, daß es für einige die letzte Beobachtung war - so sind es allemal keine "Attentäter von eigener Bombe zerfetzt", wie die Hannoversche Neue Presse in einem ähnlichen Fall schrieb. Die Liste solcher Beispiele ist lang und irgenwie auch langweilig:

- Entführung eines Verkehrsflugzeiges durch die USA = Sieg der Gerechtigkeit
- israelische Bombenangriffe = berechtigte Notwehr
- Mord an Günter Sare = Schutz von Recht und Gesetz Besondere Gewaltsamkeiten sind also nicht Wesen des Terrors. Was es ist können wir vom Fachmann erfahren. Der Generalbundesstaatsanwalt auf dem Deutschen Richtertag 1979:

"Die Gewährleistung des inneren Friedens in unserem Staat gegen politisch motivierte Kriminalität ist eine Aufgabe, die der Justiz schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nämlich durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.08.1951, zugewiesen worden ist. Dem Gesetzgeber ging es bei jener Novelle vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er damals von Kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnte die illegale KPD und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden. In der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtspflege eine neue Aufgabe unter anderen Bedingungen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Enslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hatten, in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen. Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat. Zur Bewältigung des Terrorismus als einer neuen und besonders gefährlichen Form der Kriminalität durch die Justiz bedarf es eines ausreichenden gesetzlichen Instrumentariums". (Rebmann in: DRiZ, Dezember 1979, S. 363).

Die unmittelbare historische Verknüpfung der KPD-Bekämpfung in den 50er und 60er Jahren (sog. "gewaltloser Umsturz") mit der RAF-Bekämpfung verdeutlichen vollends: nicht die Form des Kampfes - gewaltsam oder nicht gewaltsam - sind der Grund für das strafrechtlich verkleidete Sonderinstrumentarium, sondern ihr Inhalt, nämlich ihr revolutionärer Inhalt. Hier geht es um die Bekämpfung des politischen Feindes mit allen Mitteln. Hören wir hierzu einen weiteren Kronzeugen: In der Debatte über das "Antiterrorismusgesetz" am 28.10.1977 wurde der gleiche Sachverhalt vom damaligen Justizminister und heutigem SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel wie folgt ausgedrückt: "Nicht daß Menschen getötet werden - so furchtbar das auch ist - ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, ... gegen die Wertordnung unserer Gesellschaft und gegen den Grundkonsens der geistigen und politischen Kräfte, auf denen unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ruht." (Vogel, 1. Lesung des Antiterrorgesetzes im Deutschen Bundestag, 28.10.1977).

Wie kann man das bisher Gesagte zusammenfassen? Vielleicht so:

Läßt man sich auf eine Debatte über prinzipiell zulässige oder nicht zulässige, kriminelle oder nicht kriminelle Handlungsweise im politischen Bereich ein, so geht das am Kern der Sache vorbei: prinzipielle Opposition gegen diesen Staat und jede Form aktiven Handelns sollen bzw. sind schon kriminalisiert worden. Dies geschieht durch immer weitere Auslegung des Begriffs kriminelle Gewalt.

Nötigungs- und Landfriedens-Rechtsprechung ist das hindernde Herumsitzen oder Stehen z.B. vor einem Raketengelände "Gewalt" u.v.a.m.

Der Nachweis der Strafbarkeit kann bei diesen Paragraphen, insbesondere beim 129, überhaupt nicht über den Nachweis von Taten geführt werden. Strafbar wird es auf Grund tatsächlicher oder vermuteter Motive.

Ein gemeinsames Vorgehen erfordert also in erster Linie eine gemeinsame Kritik der vom Staat mit der Strafverfolgung verbundenen Interessen.

Abschließend noch Anmerkungen zur:

Geschichte und Anwendung der §§ 129, 129a StGB

Die Paragraphen 129 und 129a Strafgesetzbuch haben nach den Worten des Bundesgerichtshofes folgendes zum Inhalt:
Sie begründen "eine Strafbarkeit bereits weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen". Strafbar sind schon solche "Zusammenschlüsse von Personen", die noch keine strafbaren Handlungen begangen, aber "die Begehung künftiger Straftaten ins Auge gefaßt haben". (BGH NJW 1978, 433; zitiert nach dem Gesetzentwurf der Grünen zur Streichung der §§ 129, 129a StGB). Von Strafe bedroht sind also nicht Handlungen, sondern politische Identität von Personen und Gruppen.
Der § 129 StGB hat seine geschichtliche Quelle in dem 1798 erlassenen "Edikt wegen Verhütung und Bestrafung geheimer Verbindungen...". Damals richtete es sich gegen die bürgerlichen Reformer und Revolutionäre. 1871 wurde unter den §§ 128, 129 Reichsstrafgesetzbuch die Vereinigungen der Arbeiterbewegung für strafbar erklärt. 1873 erging das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Die extensive Auslegung der Sozialistengesetze prägte noch ein Dreivierteljahrhundert später die, im Umfeld des KPD-Verbots entwickelte, nach wie vor verbindliche Rechtssprechung zum § 129 StGB. An ihr orientiert sich auch die als "Anti-Terrorismus-Maßnahme" deklarierte Rechtssprechung zum § 129a. Als i-Tüpfelchen der politischen Justiz sind im § 129a die Begehensformen "Werben" und "Unterstützen".
"Werben" ist nach dem Bundesgerichtshof (BGH) ein Unterfall der "Unterstützung". Für die "Unterstützung" genügt es, daß die Handlung oder die Äußerung, "für die Organisation irgendwie nützlich ist", ohne daß "der Organisation nachweisbar ein durch den Täter verursachter meßbarer Nutzen in Bezug auf ihr politisches Ziel oder ihrer Tätigkeit entstanden" sein müßte. (zitiert nach: Gesetzentwurf der Grünen). Der BGH entscheidet was "irgendwie nützt". Strafbar ist, was dem BGH als "irgendwie schädlich" erscheint.

Anwendung und Entwicklung des § 129 in der BRD.

Seit 1951 ist schon die "Unterstützung" laut BGH "zur Täterschaft verselbstständigte Beihilfe". An sich legale Betätigungen praktischer Solidarität mit den Mitgliedern illegaler Organisationen werden nach dem § 129 verfolgt. 1964 wird auch das "Werben" strafbar.
In den 50er Jahren zielt der § 129 auf die Mitglieder der KPD die, vom Bundesverfassungsgericht für die Jahre 1951-55 als krimminelle Vereinigung eingestuft, im Jahre 1956 verboten wird.
Weitere krimminelle Vereinigungen dieser Zeit sind: "Die Ausschüsse für die Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrag", der "Hauptausschuß für die Volksbefragung", das "Deutsche Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands", die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen", die "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft".
Nach Einführung der Notstandsgesetze, Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, Verteidigerausschlußgesetz, Verbot der Mehrfachverteidigung § 146 etc. wird im August 1976 der § 129a StGB eingeführt. Er bedeutet auch ohne Fluchtgefahr Haft und zielt damit auf Leute, die legal politisch arbeiten, wie die ebenfalls neugeschaffene Tat: "Werbung für eine terroristische Vereinigung". Inzwischen wissen wir, was alles unter "Werbung" fällt: Solidaritätsparolen für die Hungerstreiks der Gefangenen genauso wie der Verkauf von Büchern, die die Isolationshaft angreifen. Der Generalbundesanwalt Rebmann definiert "Werbung" nicht als Mitgliederwerbung sondern als Symphatiewerbung.
Im April 1978 wird die Trennscheibe für alle eingeführt, die nach § 129a angeklagt oder verurteilt sind. Gleichzeitig wird der Verteidigerausschluß nochmals erleichtert.
1981 kommt es zu 400 Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung; 21 davon führen zur Anklageerhebung.
Die Bundesanwaltschaft hat bisher den 129a nur gegenüber "RAF" und "Bewegung 2. Juni" bis zur Anklageerhebung und Verurteilung benutzt. Dies sind die "nachgewiesenen" Vereinigungen, deren "krimminelle Taten" und "organisatorische Zusammenhänge" vorausgesetz werden zur Verfolgung und Verurteilung eines "Unterstützerkreises". Im breiten Bereich gesellschaftlicher Protestbewegungen wurde der § 129a immer wieder als Ermittlungsvorwurf eingesetzt, ohne jedoch eine dritte "terroristische Organisation" justiziabel machen zu können.

Schwarze Hilfe

KOALITION IN HESSEN

Grüner Traum – Mit der SPD sicher in die 90er Jahre



Nach einer Periode verschämt stiller Zusammenarbeit gehen Grüne das erste Mal in der BRD auf Länderebene eine Koalition mit den Sozialdemokraten ein. Die Zukunft hat begonnen. Der ehemalige Häuserkämpfer Joschka Fischer wird hessischer Umweltminister!
Bei Befürwortern der Koalition herrschte Feiertagsstimmung als der Grüne Parteitag in Hessen mit Zweidrittel Mehrheit die Koalition mit der SPD absegnete. Als Gegenleistung erhalten die Grünen von der SPD einen Ministerposten und zwei Staatssekretäre. Grundsätzliche Änderungen der hessischen Politik stehen jedochnicht ins Haus. Die Verhandlungsergebnisse sind selbst an den Erwartungen der Koalitionsbefürwortern sehr kümmerlich.
Einige Beispiele: Börner lehnte es kategorisch ab mit den Grünen als einer "Anti-Nato-Partei" überhaupt nur über Friedenspolitik zu reden. Hessen ist bestückt mit militärischen Einrichtungen der USA, Giftgaslager, Atombombendepots, Truppenübungsplätzen, Rhein-Main-Air-Base usw. Daran darf nicht gerüttelt werden. Die Grünen als "Friedenspartei" akzeptieren dies.
Zur Atompolitik wurde ein Papier erarbeitet als Grundlage der rotgrünen Zusammenarbeit. Ergebnis ist, daß mit grüner Duldung die Atomfabriken in Hanau uneingeschränkt weiter betrieben und sogar ausgebaut werden können. Das Atomkraftwerk Biblis, eines der größten in Europa darf ebenfalls ungestört weiter arbeiten. Die Grünen als Partei der Atomkraftwerksgegner? Polizeiausrüstung, Überwachung, Verfassungsschutz sind weitere Themen, die unangetastet blieben. Die Grünen nahmen es sogar hin, daß sie im zuständigen Kontrollausschuß für den Verfassungsschutz weiterhin nicht vertreten sind.
Die Kette der Beispiele ließe sich noch mit Leichtigkeit fortsetzen. Doch gerade deshalb wurde ja die Koalition angestrebt, da über die direkte Regierungsbeteiligung mehr zu erreichen sei. Das ist der konsequente Weg des Parlamentarismus. Dazu gehört der Ämterpoker ebenso wie die Geheimhaltung und Nichtöffentlichkeit der Verhandlungssitzungen.
Das Band zwischen Grüner Partei und sozialen Bewegungen ist endgültig gerissen. Die Grünen mauserten sich zu einer weiteren Variante der gesellschaftlichen Eliten, die untereinander um Einfluß und Macht kämpfen.
Noch Ende der 70er Jahre wirkten die Grünen als Sammlungsbewegung. Konservative Umweltschützer, Körnerfresser, dogmatische Kommunisten begeisterten sich an der Idee, den Mächtigen mit Stimmzettel und Parlamentssitzen kräftig einzuheizen. Parlamentarismuskritik war nicht gefragt. Die sozialen Kämpfe entwickelten sich weiter und liefen immer deutlicher an den im Parlamentsrausch schwelgenden Grünen vorbei.
Wer trägt heute die Grünen? Teile der 68er Generation, die sich in der Gesellschaft einrichteten und ihr radikales Bewußtsein mit einem konfortablen Leben im System zusammenfügten. Alternative Handwerker die auf ein paar Subventionen hoffen, Teile des liberalen Bürgertums, die Postmaterialisten, die die Sorge um das liebe Einkommen hinter sich gebracht haben.
Ihr Glaube an das System ist unerschütterlich. Sie sind davon überzeugt, daß der Kapitalismus so groß flexibel und verführerisch sei, daß wirkliche Veränderung, gar Umsturz oder Revolution unmöglich geworden sei. Da bleibt nur der graue Reformismus, die Mitverantwortung, das Mitregieren.
Und wenn Gesellschaftsveränderung, dann von oben, über Partei und Staat. Das ist gut deutsche Tradition. In der Arbeiterbewegung Deutschlands hatten anti-autoritäre Ansätze kaum eine Chance. Je disziplinierter, je straffer, je ordentlicher die Organisationen, desto revolutionärer! Gemessen an der Au-

toritătshörigkeit waren die Unterschiede zwischen KPD, SPD und NSDAP gering.
Aber die Grünen wollten eine neuartige, alternative Partei aufbauen, kein Funktionärsfilz, Basisdemokratie, Öffentlichkeit und Transparenz der Politik. Doch davon blieb nichts übrig. Parlamentsfraktionen und Vorstände geben den Ton an. Koalitionen und Minister werden hinter verschlossenen Türen ausgedealt. Selbst Koalitionsbefürworter sprechen heute von einer "Viererbande" in Wiesbaden, die um Königs und Fischer die Politik bestimmt.
Die Parteibasis ist längst schon bloße Manövriermasse in diesem Spiel.
Die Koalition ist nur konsequent. Seit Jahren stützen die Grünen die Börnerclique in Wiesbaden, versuchen die sozialen Bewegungen zu befrieden. Sie setzen auf den Staat. "Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte." (Hölderlin)
Priska Hinz erläutert die Forderung nach einem Frauenministerium wie folgt: "Es muß eine Zentrierung frauenrelevanter Bereiche in der Verwaltung stattfinden." Manch sozialdemokratischer Technokrat wird bei diesen Worten vor Neid blaß geworden sein!
Alles lief zunächst planmäßig. Die Koalition sollte ohne große Aufregung eingegangen werden. Doch in die rot-grüne Verhandlungsidylle platzte die Nachricht vom Tode G. Sares, ermordet mit einem hochmodernen Polizeiwasserwerfer. Offiziell wurden die Verhandlungen vertagt, nichts als eine heuchlerische und verlogene Geste. Denn die Treffen gingen weiter, unter strengster Geheimhaltung! Knapp 14 Tage später war die Koalition perfekt und von einer Grünen-Mehrheit abgesegnet.
Nicht der schreckliche Tod von Günter machte die Grünen Verhandler betroffen. Der Ärger galt der unerwarteten Störung des realpolitischen Drehbuchs mit Namen Machtbeteiligung.

Nichts macht den Abstand zwischen Grüner Partei und sozialen Bewegungen deutlicher als die peinliche Euphorie, mit dem Grüne Koalitionsbefürworter den Koalitionsbeschluss des Parteitages begrüssten! Es machte keine Schwierigkeiten, dass Grüne Parlamentarier den Finger für die neuen hochmodernen Bürgerkriegspanzer genannt Wasserwerfer gehoben hatten, dass Knastneubauten abgesegnet wurden, dass der bürgerkriegsähnliche Schutz der Startbahn West seit Jahren durch Grüne politisch gedeckt wird, daß Verfassungsschutz, Überwachung und Kriminalisierung in Hessen weiter zum Alltag gehören.
Jochen Vilhauer, Mitglied der Landtagsgruppe, meinte, einen toten Demonstranten könne es auch unter einem Grünen Minister geben. Das ist richtig. Aber ergibt sich daraus einen Minister zu fordern?
Nehmt doch den Bullen ihre Waffen aus der Hand, rüstet den ganzen Bullenapparat ab. Wo bleibt die Grüne Gewaltfreiheit? Die polizeiliche Bürgerkriegsarmee gehört aufgelöst in diesem Land! Das ist wahre Realpolitik! Ohne Wasserwerfer, Knüppel, Panzer und Knarren, ohne Verfassungsschutz und BKA-Computer ist der Innenminister kein Problem mehr. Er wäre überflüssig !
Aber Grüne sind realistischer. Sie wollen an den herrschenden Machtverhältnissen nicht rühren. So fordern sie nun Namensschilder für die Polizei. Dabei ist bei der gängigen Rechtssprechung klar, daß in diesem Lande kaum ein Bulle verurteilt wird.
Angesichts der Demos, Aktionen u. s. w. nach dem Tode von Günter Sare reiben sich manche Grüne und Altspontis verschlafen die Augen. In den außerparlamentarischen Kämpfen entstehen eigenständige und unabhängige Zusammenhänge, die politisch nicht mehr übersehen werden können. Der ausserparlamentarische Einfluss der Machtbeteiliger löst sich auf, je mehr diese selbst Teil des Unterdrückungsapparates werden. Das Integrationsmodell "Grüne Partei" verliert an Wirkung. Es wird bedeutungslos , wenn es gelingt unabhängige, antikapitalistische und anti-parlamentarische Zusammenhänge organisieren.
Weg mit dem Scheiss-System - auch wenn es von Grünen verwaltet wird !



Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa

Zum Kongreß und seiner Vorbereitung haben wir ein Diskussionspapier bekommen, das wir hier zusammengefasst, aber unkommentiert abdrucken. Das andere (Disk.-papier II) haben wir beschlossen komplett reinzunehmen, da es uns als ein guter Ansatz einer Diskussion nach vorne erscheint und wir darin nicht herumkürzen wollten. Ursprünglich wollten wir auch unsere eigene Auseinandersetzung/Position zum Kongreß und seiner Vorbereitung in einem ausführlichen Artikel darlegen; wir sind dann aber zu dem Schluss gekommmen, daß unter dem derzeitigen Zeitdruck nix produktives herauskäme und wir in der nächsten Nummer was zu dem Thema schreiben. Jetziger Stand der Disk. ist, daß einige von uns auf jeden Fall dort hingehen werden da uns der Erfahrungsaustausch mit Leuten aus anderen Ländern genauso wichtig erscheint, wie auch die Auseinandersetzung und die Entwicklung einer gemeinsamen Handlungsperspektive in den Arbeitsgruppen.

Miro + he

Frankfurter Kongress vom 31.1. - 4.2.86
Fachhochschule Nibelungenplatz (Bornheim)

Beginn ist Freitag, 31.1.

19.oo Eröffnung von uns, anschliessend stellen sich die ausländischen Genossen vor und es werden Grussadressen vorgelesen
2o.3o Veranstaltung zum Nahen Osten mit Genossen von dort
22.oo Veranstaltung zu Mittelamerika mit Genossen von dort

Samstag, 1.2.

11.oo - 16.00 Arbeitsgruppen*
16.oo - 19.oo Veranstaltung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der brd und anderen westeuropäischen Ländern
2o.oo Veranstaltung zu Portugal und anschliessend evtl. zu Italien

Sonntag, 2.2.

11.oo - 14.oo Veranstaltung zu Griechenland
15.oo Veranstaltung zu Irland
19.oo Veranstaltung zu Spanien (nicht Baskenland)

Montag, 3.2.

11.00 - 16.oo Arbeitsgruppen* und eine Arbeitsgruppe der Angehörigen von politischen Gefangenen
17.oo Veranstaltungsbeitrag von Rechtsanwälten u.a. den usa
20.oo Veranstaltung zum Kampf um die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand

Dienstag, 4.2.

11.oo - 17.oo Nationale und internationale Widerstandsbewegungen und Gruppen, also Hafenstrasse, Wendland, Anti-WAA-AKW, Brixton, Dänemark, Holland, Österreich, Startbahn
16.oo - 19.oo Arbeitsgruppen zu den Ländern
In dieser Zeit findet auch eine Arbeitsgruppe zum Kampf des kurdischen Volkes statt
20.oo Abschlussplenum mit Berichten aus den Arbeitsgruppen, anschliessend Musik, Kultur, Fest, Disko, Punk, Startbahn-Ton-Dia und -Ausstellung, mal sehen was dabei rauskommt

*Es sind dies: -"Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg"
-"Formierung des imperialistischen Gesamtsystems"
-"Abschnitt Westeuropa"

Weitere Informationen gibt es über das Kongressbüro,
Mainzer Landstrasse 147
6ooo Frankfurt 1
Tel.: 069/734283

Oeffnungszeiten: Montag - Freitag von 16.oo - 19.oo Uhr

Spendenkonto: A. Müller, Stadtsparkasse Ffm, Kto.-Nr. 133-0192 16 BLZ 500 50 102

Diskussionspapier I zum Kongreß

Die Verfasser schreiben vorweg, daß sie sich zwar von den Vorbereitungen, im Sinne einer kontroversen Diskussion mit dem "breiterem Umfeld", ausgegrenzt fühlen, halten es aber trotzdem für notwendig "...auf dem Kongreß konstruktive Kritik zu üben mit dem Ziel, eine breitere Zusammenarbeit zu entwickeln", denn "es gibt Punkte, wo Gemeinsamkeiten da sind". Es folgt eine Kritik des Aufrufs und des Thesenpapiers insgesamt und dann punktuell. Insgesamt ist ihnen aufgefallen, daß der Aufruf und das Thesenpapier "sehr ungenau und oft vieldeutig formuliert sind. Es wird mit Begriffen gearbeitet,die nicht klar definiert sind (es sei denn für Insider)"
Weitere Kritikpunkte sind das Abheben der Diskussion auf internat. Ebene, die die dringend notwendige Auseinandersetzung hier nicht ersetzen kann, es wird die Wichtigkeit des Erfahrungsaustausches und der Strukturierung in Ff/m und anderen Städten betont.
Die Einschätzung des Thesenpapiers, daß die Erfahrungen des letzten Hungerstreiks die revolutionäre Front für viele greifbar gemacht hätte, setzt sich ihrer Meinung nach über alle Kritik am Hs hinweg (finden wir auch,d.hetzer). Dazu schreiben sie:"Es reicht nicht, daß viele und auch gute Aktionen laufen, wenn si mangels Verbreitung, Erklärung und Propaganda nicht mehr die Wirkung erreichen, die sie erreichen könnten. Die beiden Ansatzpunkte im Hs, nämlich einerseits radikale Öffentlichkeit zu schaffen,andererseits durch Aktionen Druck zu machen, haben sich nicht ergänzt."
Als Vorraussetzung für eine richtig Analyse der Situation, ist der Erfahrungsaustausch, der in den verschiedenen Bereichen arbeitenden Gruppen und das Ernstnehmen ihrer Einschätzung genannt.
Zur Ag I:Die Imperialismusanalyse des Thesenpapiers wird als zu platt definiert und daher die Widersprüche innerhalb der Herrschenden verwischt. Es gibt zwar eine Zusammenarbeit bei allen Fragen der Repression, aber auf der wirtschaftlichen Ebene tobt der Verteilungskampf der Monopolanwärter, den es zu analysieren gilt.

Zur AG II:Der Diskussionsansatz, dass das Wegbrechen eines (Front)abschnittes die Niederlage der Imperialisten antizipiert (vorweg- nimmt), steht als Behauptung ohne Begründung da und müsste erst mal diskutiert werden. Dasselbe gilt für den "proletarischen Internationalismus".
Zur AG III: Sie gehen davon aus, dass viele Leute für einen Widerstand, der über reformistische Ziele hinausgeht, erreichbar sind und dass sich radikaler Widerstand verankern lässt. Voraussetzung ist aber das Ausgehen von einem Punkt um dann zu vielfältigeren und allgemein gültigen Positionen zu kommen. Jeder entwickelt aus der Betroffenheit an einem Punkt erst langsam systemüberwindendes Denken und es ist falsch nur mit allgemeinen revlutionären Positionen zu mobilisieren. Sie sprechen sich für die Entwicklung einer gemeinsamen Plattform innerhalb der radikalen Linken aus, von der aus argumentiert und agiert wird. Diskussionspunkte:
-Wie ist das Verhältnis von "gesellschaftlichem Widerstand" und "antiimperialistischem Widerstand"?
Gesellschaftlicher Widerstand ist nicht bloss beschränkt auf den Ort, wo er stattfindet, zb. startbahn kontakte zu narita, vorbereitungen zu wakkersdorf.
"frontabschnitt im internationalen Klassenkrieg" zu sein, darf sich nicht gegen die Kämpfe hier richten.
die air-base aktion hat mögliche Klassenwidersprüche hier zugeschüttet. durch das allgemeine auswahlkriterium parkplatz in der army, wie auch unter arbeitern hier, die als zulieferer oder taxifahrer hätten mitbetroffen sein können.
einheit hier und international darf nicht zum ersatz werden für organisierung und verankerung vor ort. wie stellen wir uns einheit vor? -front - begreifen wir uns als teil davon? dafür müssen wir die politischen inhalte bestimmen.

— der front-begriff aus dem mai-papier ist entwickelt gegen wen, nicht für was.

wir bestimmen uns nicht über unseren feind, als front gegen das imperialistische gesamtsystem, und mobilisieren nicht über die "vernichtungsstrategie gegen den revolutionären widerstand", sondern über unser politisches ziel: macht und gesellschaft von unten!
-selbstbestimmung. und die strukturen, wofür wir kämpfen, müssen sich darin schon heute widerfinden!
- gibt es in der front eine avantgarde, die bestimmt, wo es langgeht?
wie bestimmt die sich? über die kampfform des bewaffneten kämpfens? über die auswahl der angriffsziele? wollen wir sowas?
- ist die raf nicht auch, wie zb. hausbesetzer, die gegen eigentum, hier gegen wohnungen als eigentum kämpfen,"ein-punkt-bewegung, weil sie nur mehr gegen die nato kämpft?"

Diskussionspapier II zum Kongreß

Die Bedingung für die Einheit in der Front ist, daß wir dasselbe wollen. Wir kämpfen gegen den Imperialismus, wir bestimmen uns aber nicht über unseren Feind.
Wir wollen uns nicht als Front gegen ein imperialistisches Gesamtsystem und dessen "Vernichtungsstrategie gegen den revolutionären Widerstand "(Infos zum Frankfurter Kongreß) bestimmen und organisieren,sondern an unserem Interesse auf Befreiung und den daraus abgeleiteten politischen Zielen.
Der Kampf gegen den Imperialismus ohne die Perspektive einer freien Gesellschaft, wird immer reformistisch, egal wie revolutionär er sich gebärdet.
Einfach, weil wir ohne eine konkret vorstellbare Perspektive auf Befreiung, jedes kleinere Übel akzeptieren werden.

Als Unterdrückte interessiert uns, wer uns unterdrückt, nur soweit, als uns dieses Wissen es uns möglich macht, unsere Unterdrücker zu bekämpfen.
Repression und imperialistischer Angriff bestimmen sich über die konkreten Klassenkämpfe hier. Sie sind nur Reaktion auf den Widerstand der Menschen. Nicht nur den revolutionären Widerstand. Sondern jeden Ansatz von Widerstand.
Wir kämpfen für die freie Räterepublik, in der die Menschen die Sachen, die sie angehen ohne Chefs und Konkurrenz selber regeln. In der die entwickelten Produktionsmittel benutzt werden, den Zwang zur Arbeit abzuschaffen. Wir sind uns sicher, dass die notwendigen Arbeiten erledigt werden, wie schon jetzt in manchen besetzten Häusern. Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne besonderen Staatsorgane (nur die normalen Staatsorgane oder was ?). Die Arbeiterklasse und andere Teile des Volkes, die für die Befreiung kämpfen, sind alleine in der Lage zu verhindern, dass irgendjemand malträtiert wird und jenen die die alten Verhältnisse wieder herstellen wollen, das Handwerk zu legen. Die freie Gesellschaft ist unser Minimalprogramm. In ihr wird es keine Notwendigkeit für Strafen mehr geben, denn Strafen sind weiter nichts als propagandabegriffe für Ausbeuter, die den wirklichen Grund ihrer Massnahmen verschleiern müssen. Das heisst nicht, dass wir Konterrevolutionäre frei herumlaufen lassen werden.

Die Bedingung für Einheit ist: Das wir für die selbe Gesellschaft kämpfen und sich das, was wir wollen, schon heute in unseren Kämpfen und Umgangsformen und Auseinandersetzungen widerspiegelt. Dazu gehört auch in unseren eigenen Strukturen gegen Herrschaft, Konkurrenz und bürgerliche Profilierungssucht anzugehen.
Ausserdem glauben uns die Leute zu Recht nur so, dass wir wirklich eine freie Gesellschaft wollen. Das ist die beste Propaganda!
An dem, was wir wollen, bestimmen wir das Verhältnis von Avantgarde und Massenbewegung Eine Avantgarde muss in allem was sie tut, den Ansatz ihrer Aufhebung entwickeln. Sie muss sich immer darum bemühen, sich selber überflüssig zu machen.
Sie muss Grenzen überschreiten, und der Klasse und den Massenbewegungen neue Kampfperspektiven eröffnen. Aber die politischen Ziele bestimmt die Klasse (!!!), denn um ihre Befreiung geht es. Die Avantgarde ist Teil von ihr.
Die Avantgarde kann nicht stellvertretend oder anstatt der Klasse kämpfen, ansonsten trägt sie in sich die Tendenz einer neuen herrschenden Klasse.
Erster Ansatz einer solchen Avantgarde sind die Revolutionären Zellen und kämpfenden Kollektive in den sozialen Bewegungen. Hier in Frankfurt enstanden solche Kollektive an der Startbahn. Sie setzte die politischen Ziele der Massenbewegung um, wo die Bewegung in ihrer Gesamtheit nicht weiterkam.
Die Genossen, die die Pipeline zur Air-Baise freigelegt haben,- freigelegt und nicht unterbrochen, weil es vor allem ein Schaden am Waldboden gewesen wäre, und die Air-Base zu diesem Zeitpunkt keiner direkten Intervention nur belästigt und nicht behindert worden wärehaben nicht stellvertretend gehandelt, sondern die Bewegung miteinbezogen, indem sie sich auf die breite Infrastruktur der Air-Base bezogen und somit Handlungsmöglichkeiten offengelegt haben. Nur wenn er massenhaft stattfindet, wird ein Angriff auch real (!!!), bleibt nicht nur symbolisch.
Wir können eine freie Gesellschaft nur erkämpfen, wenn wir von den Widersprüchen und Kämpfen hier ausgehen. Über die Betroffenheit an einem Punkt entwickelt sich eine Systemüberwindung im Denken der Menschen und es ist falsch zu glauben, man könne Menschen über allgemeine revlutionäre Positionen mobilisieren. Niemand kann für andere richtige Positionen entwickeln. Positionen müssen aus konkreten Erfahrungn entwickelt werden. Leute mit diesen Erfahrungen können sich dann zusammenschliessen und gemeinsam überlegen, wie sie die Machtfrage stellen. Wir wollen auf dem Kongress diskutieren, ob dies jetzt schon auf der Tagesordnung steht.
Auch die RAF ist mit ihrer Fixierung auf die Nato, eine 1-Punkt-Bewegung. Sie kann nur, wenn sie sich in die Dialektik von Avantgarde und Massenbewegung stellt, den revolutionären Prozess hier vorantreiben.
Die Menschen hier müssen die Revolution machen, wir können uns nicht auf ein abstraktes Weltproletariat beziehen. Es gibt keinen einheitlichen Imperialismus, sondern verschiedene imperialistische Zentren und nationale und regionale Kapitalinteressen mit verschiedenen, zum Teil gegeneinander gerichteten Interessen, gegen die es dem Yankeeimperialismus eben nicht immer gelingt, sich durchzusetzen.

Wir sagten bereits, dass imperialistische Repression und Strategie Reaktion auf Widerstände ist. Die Lebensbedingungen der Menschen und die Punkte an denen sie aufbegehren sind verschieden. Auch in den verschiedenen Ländern und Regionen der Metropolen. Deshalb ist es auch Quatsch von einem Metropolenproletariat zu reden, weil die Einheitlichkeit der Widersprüche unterstellt wird. Genau diese falsche Analyse der Klassenwidersprüche führt zugekleistert mit "Frontabschnitt im internationalen Klassenkrieg" zu den Aktionen auf der Air-Base.
Konkrete Klassenwidersprüche wurden zugeschüttet:
Arbeiter von Zulieferfirmen, Sekretärinnen, GI's als verhetzte Teile des Volkes wurden durch diese Aktionen der Bourgeoisien und ihren Apparaten in die Arme getrieben, anstatt die Widersprüche zwischen oben und unten zu vertiefen!



(F)ERKELEI

Am 15. Januar wurde der "Ferkel-Bericht" bekannt, das Werk des "unabhängigen Gutachters" des hessischen Innenministers, zum "Fall Günter Sare". Der Herr Staatssekretär a.D. kommt wie erwartet, zu dem Ergebnis, "daß gegen die Polizei und ihren Einsatz am 28. September 1985 keine Vorwürfe zu erheben sind" Der Innenminister behauptet daraufhin großspurig, "daß damit das, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt in meiner Verantwortlichkeitlichkeit und meinem Geschäftsbereich zu klären war, geklärt ist."

Geklärt ist in dem Erkel-Bericht nur, was die Bullen an Behauptungen aufstellen, die Anzahl der Funk-und Filmprotokolle, ihr derzeitiger Verwahrungsort, sowie die Einsatzzeiten und Formen der vier eingesetzten Hundertschaften.
Der Tod Günters kommt in dem Bericht kaum zur Sprache. Jede Zeugenausage, die wir am Abend des 28.9. gesammelt haben ist für das Geschehen ergiebiger als der ca. 2 cm dicke, aufgeblasene, Papierstapel des Herrn Erkel, der sich in gewohnter staatsmännischer Arroganz nicht einmal genötigt sah, die direkten Augenzeugen zu befragen.
Diese sogenannte "Untersuchung" erweckt nicht einmal den Anschein eines Versuches, die Umstände zu klären, die zum Tod von Günter geführt haben. Sie liest sich, wie die Abschrift des Polizeiberichtes.

An der Stelle, an der es um die Vorgeschichte des Todes geht, wird von einer Person fabuliert, die sich mit etwas "Stockähnlichem" einem Wasserwerfer genähert hatte. Vom Wasserstrahl des "bedrohten" Monstrums wurde dieser "Angreifer" zu Boden geworfen. Als er sich wieder aufgerappelt hatte und flüchten wollte, war allerdings nirgendwo mehr ein Stock. Auch bei dem, im Sterben liegenden Günter, der diese "Person" war, ist natürlich kein Stock gefunden worden.
Wir wollen an dieser Stelle aber nicht weiter die Kuriositäten, die sowieso beliebig zu erneuern sind, widerlegen. Zu gut können wir uns in die Situation der Wawe-Besatzung hineindenken, wie sie in ihrem 40Tonner, hinter der Panzerglasscheibe mit Todesangst dem Angriff eines Menschen mit einem Stock entgegensahen.

Selbst nach den simpelsten rechtsstaatlichen Grundsätzen ist dieser Bericht ein Witz. So wird:
- das Ingenieurbüro, daß die technisch-physikalischen Fragen (für die Bullen) untersuchen soll, seinen Bericht mitte Februar fertig haben,
- die Auswertung des "Sachverständigen für straßenverkehrsmedizinische Fragen" wird am 15. Februar vorliegen,
- nicht ein einziger Augenzeuge von unserer Seite in diesem Werk zu Wort kommen gelassen.

Es war uns allen vorher schon klar, was Wintersteins "unabhängiger" Staatssekretär a.D. als Ergebnis vorlegen wird, daß er sich aber nicht einmal einen Anschein von "Unabhängigkeit" zu geben versucht, eigentlich ein Interview mit Polizeiführern vorlegt, sollte allgemein deutlich machen, wie weit wir in diesem Land schon wieder sind.

VORSCHLÄGE AUS DEM ERKEL - BERICHT :

Was urs (vieleicht) erwartet:
- "Keine Veranstaltungen entgegengesetzter politischer Ausrichtung am gleichen Ort und zur gleichen Zeit."
- "Verstärkter Einsatz von Wasserwerfern, da die Verhältnismäßigkeit der Mittel besser gewahrt wird und die Verletzungsgefahr niedriger ist, als bei anderen Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt (Schlagstock CN - Gas, Knarre...)."
- Verbesserte Beweismöglichkeit durch Videokameras, die auf den Strahlrohren (zu den Richtmikros). montiert werden sollen.
- Neugliederung der Ausbildung von Wasserwerferbesatzungen und nun mit staatlicher Absch(l)ußprüfung.
- Eine ABM - Stelle für einen Beamten des höheren Dienstes, zur verbesserten fach-und dienstaufsichtlichen Kontrolle.
- Bildung einer Polizei AG zur verbesserung der Vor - und Nachbereitung von Einsätzen - und "last not least" ein öffentliches Forum über das "Brockdorf-Urteil" des BVG, Konsequenzen für die polizeiliche Praxis. Möglichkeiten und Diskussion zum Konfliktabbau zwischen "Polizei und friedlichen Demonstranten".

Starring: ein BVG-Richter. erfahrene Beamte. Gewerkschafter Rechtsanwälte. Richter. Iournalisten. Politiker. Wissenschaftler und interessierte (vorzeige) Bürger.

Was tun wenn es brennt

Jeder kennt sie, hoffentlich, die kleinen Broschüren oder Faltblätter. In linken Buchläden liegen sie rum, in einigen Kalendern sind sie abgedruckt, auf größeren Demo werden sie verteilt. Fehlt nur noch, daß sie auf den Bullenrevieren öffentlich aushängen:
Die Tips, wie mensch sich nach einer staatlichen Lektion in Demokratie, Festnahme und ED-Behandlung zu verhalten hat.
Es sollte selbstverständlich sein, daß jeder, der weder sich noch andere in Gefahr bringen will, den Inhalt dieser meist juristisch aufgebauten Broschüren kennt und sich daran orientiert.
Der Abgriff auf einer Demo mit anschließendem Aufenthalt im Verwahrungsknast inkl. ED-Behandlung sind noch die harmloseren Aspekte polizeilicher Einschüchterung. "Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält" ist ein im Rotbuch Verlag Berlin 1973 erschienenes Buch, indem Klaus Eschen und Renate Sami wertvolle Verhaltenstips bei Hausdurchsuchungen und dem Umgang mit den Bullen geben. Zusammengefaßt, überarbeitet und ergänzt ließt sich dies wie folgt:

1. Hausdurchsuchung

Du wachst auf, weil jemand an der Tür rüttelt. Du denkst: Einbrecher. Dann ein kurzes klingeln und ehe du ganz wach bist und aufstehen kannst, um nachzusehen, sind sie schon da. Ein Rollkommando Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag stehen um dein Bett herum. Shit, ist mein erster Gedanke, hoffentlich hat nicht irgendein Idiot hier Shit rumliegen lassen. Dann fallen mir Zettel ein, Adressenlisten, Bücher, die verboten sein könnten. Immer dieses verdammte schlechte Gewissen. Sehe ich einen Polizisten auf mich zu kommen, überlege ich mir sofort, ob ich nicht etwas falsch gemacht habe, warum sie bei mir eine Durchsuchung machen, was sie hier wollen. "Hier sind wir es, die Fragen stellen , das werden sie noch früh genug erfahren." Nun möchte ich den Durchsuchungsbefehl sehen. "Durchsuchungsbefehl" sagt einer höhnisch, "den brauchen wir nicht, Gefahr im Verzuge." Einer bewacht mein Telephon, und als ich mit meinem Anwalt zu telephoniren verlange, heißt es, das könne ich später tun. Sie benehmen sich so, als ob ich froh sein müßte, von ihnen überhaupt eine Antwort zu bekommen. Jeder Einzelne von ihnen ein kleiner Machthaber. Aber wahrscheinlich haben sie selber Angst, vermuten ein Waffenlager oder sowas, fühlen sich in Feindesland. Als würden sie erwarten, daß ihnen jeden Moment ein Partisan aus der Ecke in den Rücken springt.

Sie holen alle Bücher herunter, wühlen in Zeitschriften, in Archiven, alten Photomappen, persönlichen Briefen. Der Herr in zivil, wohl der Staatsanwalt, will wissen, wer denn das auf dem Bild sei, von wem ich denn soviele Briefe bekomme. Als er keine Antwort bekommt, zeigt er auf die Tür eines etwas abgelegenen Zimmers, in dem eine Freundin wohnt, deren Namensschild auch an der Tür ist, und fragt, wessen Zimmer das sei. Ob er darauf eine Antwort erwartete, weiß icht nicht, jedenfalls wollen sie mir jetzt wohl zeigen, was eine Harke ist. Sie brechen auch dieses Zimmer auf, reißen die Laken von den Betten, heben die Matratzen hoch, zerren die Platten aus den Hüllen, in der Küche das ganze Geschirr aus den Regalen, das Besteck dazu und kippen zur Krönung noch Marmelade darüber. Sie stampfen durch die Wohnung, als seien sie hier zuhause und machen einen Lärm, daß mir Angst und Bange wird, die Nachbarn könnten sich aufregen und der Hauswirt uns kündigen. Endlich sind sie fertig. Ich bestehe noch darauf, daß ein Protokoll gemacht wird, in dem jedes Zettelchen, jedes Foto, jeder Brief genau vermerkt wird, sonst liegt nachher noch ein falscher Paß dazwischen - und ich bin froh, als sie wieder draußen sind. (Aus: Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält S. 20/21)







Hausdurchsuchungen kündigen sich selten an. Sie kommen meist überraschend. Es gehört zur Taktik der Bullen, dann zu kommen, wenn du am wenigsten damit rechnest. Oft am frühen Morgen. Du bist noch nicht richtig wach, bist unsicher, hast Angst. Sie machen nur ihren Job, durchgeplant und routiniert. Sie schnüffeln in deinem persönlichen Kram rum, machen sich über dich lustig, probieren dich dort zu treffen, wo du am empfindlichsten bist. Sie reißen deine Blumen aus den Töpfen, trampeln mit ihren Stiefeln über deine Platten... ihrer Fantasie ist kaum eine Grenze gesetzt. Das Beste, was du in dieser Situation tun kannst, ist, die Nerven behalten. Probiere nicht, irgendetwas zu retten, daß geht meistens schief. Verkneife dir bissige Kommentare, wenn sie deinen Kamillentee behandeln, als sei er Sprengstoff, versuche, auch wenn es verdammt leicht gesagt ist, die Bullen zu ignorieren. Die Bullen haben auf ihrer Bullenschule gelernt, auf deine Kommentare und Reaktionen zu reagieren. Spiele den Vorgang einer Hausdurchsuchung einmal mental durch, dann bist du für den Ernstfall besser vorbereitet, und vermeidest Fehler, die durch deine Spontanität entstehen können. Wer Waffen oder Dope in seiner Wohnung aufbewahrt zeigt, daß er nur in einer Hinsicht ernst zu nehmen ist: als Gefahr für sich und seine Mitbewohner. Und wer über seine politischen Aktivitäten lückenlos Material sammelt, um seinen Enkeln mal zu zeigen, wie

mutig Opa doch mal war, arbeitet auch nebenbei für die Gerichtsforschung, die dadurch viel Material über deine und UNSERE Aktivitäten erhält.
Wenn sie nach zwei Stunden wieder weg sind, mach ein Protokoll über die Durchsuchung, sieh zu, daß du Leute findest, die bezeugen können, in welchem Zustand sich deine Wohnung gewöhnlich befindet und fotografiere deine Wohnung im Beisein von Freunden nach der Durchsuchung. Dies ist alles nützlich, wenn du dich später zur Wehr setzen willst oder mußt.

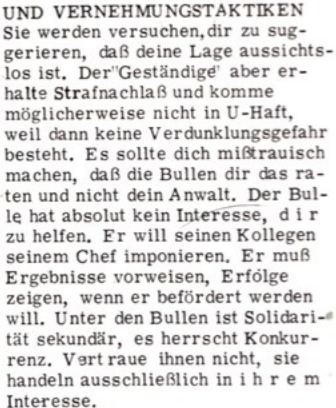


2. Festnahmen

Auf dem Revier haben sie mir die Handschellen wieder abgenommen. Ich muß meine Taschen ausleeren und meine Personalien angeben. Dann kann ich wieder warten, warten. Die Festnahme geht mir wie ein Film durch den Kopf. Der Polizeiwagen, der plötzlich hinter mir ist, dann noch einer, der mich überholt und sich quer stellt. Sie springen heraus, mit gezogenen Pistolen, zerren mich aus dem Auto. Ich muß mich mit gespreizten Beinen davor stellen und werde nach Waffen abgetastet. Eine Antwort auf meine Frage, was das ganze soll, kriege ich nicht. Sie haben die Macht und sie haben Fragen zu stellen. Sie sind aufgeregt und warten nur darauf, daß ich irgendetwas sage, wütend werde, damit sie mich verprügeln können. Dann in Handschellen aufs Revier. Und nun sitze ich hier. Erst haben sie mich behandelt wie ein Hochexplosivstoff und nun tun sie so, als wäre ich gar nicht da. Sie gehen raus und rein, telefonieren, reichen sich Akten zu, flüstern, man hat das Gefühl , daß sie mir ein ganz dickes Ding anhängen wollen. Und dann diese Warterei, diese Ungewißheit. Warum haben sie dir die Wohnungsschlüssel abgenommen?



Machen sie jetzt bei dir eine Hausdurchsuchung, hoffentlich legen sie dir da nicht irgendeine Bombe in den Schreibtisch. Du sitzt und wartest und machst dich selbst immer verrückter. Endlich kommt einer, führt mich in einen kleinen Raum, fragt nochmals nach meinen Personalien und will dann wissen, wo ich vorher gewesen bin. Da bin ich fast soweit, daß ich meinen festen Vorsatz, nur vor dem Richter auszusagen, wenn überhaupt, über Bord werfe. Nur um schnell hier weg zu kommen, nach Hause. Und es ist ja wirklich eine Kleinigkeit zu sagen, wo ich gewesen bin, aber dabei wirds dann natürlich nicht bleiben. Die nächsten Fragen wären: und wo waren sie vorher, und mit wem, und kennen sie den und so weiter. Also, da will ich doch erstmal wissen, was mir eigentlich vorgeworfen wird, ich verlange, meinen Anwalt zu sprechen. Nun muß ich wieder warten. Am besten ist es, ich schlafe ein bißchen. Schlimmstenfalls kriege ich einen Haftbefehl, dann werde ich eben das Gefängnis mal von innen kennenlernen. Schließlich hat die Warterei ein Ende. "Kommen sie mit" sagt einer, und einen Moment lang hoffe ich, jetz nach Hause gehen zu können. Aber draußen wartet schon ein Wagen, ich muß einsteigen, wohin es geht wird mir nicht gesagt. Die Sitzstelle im Polizeiauto ist wirklich winzig, und keine Luft, kein Licht. Man wird hin und her geschaukelt, eine dunkle Fahrt ins Ungewisse, das Auto hält, die Minizelle wird aufgeschlossen, ich bin auf einer ganz normalen Straße. Menschen, Autos, ein Schild: Gerichtsmedizinisches Institut. Mir wird Blut abgezapft. Dann wieder ins Auto, diesmal dauert die Fahrt etwas länger, dann: ein Krankenhaus. Urinuntersuchung. Die Tür zur Toilette bleibt offen, damit ich auch ja nicht entwischen kann. Dann ist auch das überstanden, und ich komme zur Gothaer Straße - Polizeigefängnis und wieder warten.
(ebenda S. 24)



UND VERNEHMUNGSTAKTIKEN
Sie werden versuchen, dir zu suggerieren, daß deine Lage aussichtslos ist. Der "Geständige" aber erhalte Strafnachlaß und komme möglicherweise nicht in U-Haft, weil dann keine Verdunklungsgefahr besteht. Es sollte dich mißtrauisch machen, daß die Bullen dir das raten und nicht dein Anwalt. Der Bulle hat absolut kein Interesse, dir zu helfen. Er will seinen Kollegen seinem Chef imponieren. Er muß Ergebnisse vorweisen, Erfolge zeigen, wenn er befördert werden will. Unter den Bullen ist Solidarität sekundär, es herrscht Konkurrenz. Vertraue ihnen nicht, sie handeln ausschließlich in ihrem Interesse.
Sie werden dir " Ermittlungsergebnisse"
verlesen, aber wie willst du beurteilen, ob es tatsächliche Ergebnisse oder nur Vermutungen sind? Vielleicht legen sie dir Geständnisse vermeintlicher Mitbeschuldigter vor, an denen kein Buchstabe echt ist. Selbst bei einem echten Geständnis kann dein Anwalt am besten beurteilen, welche Tragweite es hat, und dir Tips geben, wie du dich verhalten sollst.
Wenn diese Bullentaktik keinen Erfolg zeigt, werden sie probieren, dich psychologisch zu bearbeiten.
Merke: Der liebe und der böse Bulle.
Oft kommt es vor, daß einem Bullen der Kragen platzt. Er wird dich anbrüllen, dir faschistoide Sprüche an den Kopf werfen, dir drohen, dich zu verprügeln. Du hast Angst, deine Situation hat sich verschärft. Plötzlich schreitet der "gute Bulle" ein. Er wird den Schreier zurecht weisen, auffordern, das Zimmer zu verlassen. Du empfindest Dankbarkeit. Du solltest Dankbarkeit empfinden und dich an den Strohhalm klammern. Der Bulle wird dir eine Kippe anbieten und ein "lockeres" Gespräch anfangen wie "er findet ja auch nicht alles in Ordnung", oder hat Kinder, "die auch demonstrieren" bla bla bla.
In solchen Gesprächen hat schon mancher mehr gesagt, als ihm hinterher lieb war. Die Rolle der "guten und bösen" Bullen sind austauschbar. Der Leim ist süß, auf den du kriechen sollst.



Es ist ein psychologischer Trick. Du sollst auf diese Dankbarkeit mit Freundlichkeit reagieren. Im normalen Leben sicher sinnvoll, in dieser Situation jedoch verhängnisvoll! Verzichte auf jede Rechtfertigung, probiere nicht, dein tun und handeln auf irgenteine Art zu erklären und laß dich auf keine politischen Gespräche ein. Laß dich nicht überrumpeln, wenn der Bulle plötzlich politische Aussagen bringt, die du nicht von ihm erwartest hättest, wenn er probiert, dich ideologisch oder philosophisch zu packen. Dieses Wissen hat er für seinen Job gelernt, nicht aus eigenen Stücken.
Bulle sein ist ein politischer Job. Nicht jeder wird es aus politischer Motivation, aber wer erst einmal Bulle ist, der wird politisiert.
Ich kenne keine Antifa- Demo, wo nicht wir, sondern die Nazis verprügelt wurden. Überleg dir, mit wem du da auf dem Revier redest, egal wie freundlich der Bulle zu dir ist, ein Genosse ist er jedenfalls garantiert nicht. (Man erzählt auf dem Revier und Bullen überhaupt nichts. -der Tipper-)
Probiere nicht, den Bullen zu imponieren, ihnen wenigstens "einmal geben zu wollen". Sie sind geschult, jede Möglichkeit auszunutzen, die deinen Redefluß ankurbelt. Du kannst ihnen nur dadurch imponieren, indem du in jeder Situation bei deinem Schweigen bleibst.
Irgendwann kommst du in den Zustand wo du siehst, wie die Bullen, die dich zu bearbeiten hatten das Handtuch schmeißen. Nach dem Druck, der Angst und den Beschimpfungen ein kleiner Sieg. Du wirst einem anderen Bullen übergeben, der den Auftrag hat, dir was zu Essen zu geben oder dich zurück ins Gefängnis zu bringen. Er wirkt unverdächtig, spielt Schadenfreude, ob du es warst, "der die so fertig gemacht hat". Du denkst, das ist jemand, der deine Freude teilt, aber auch er wartet nur auf deine Worte.

Falls du mit einem guten Freund zusammen verhaftet wirst, (etwa nach einer Demo) vermeidet die Gesten der Wiedererkennung, fallt euch nicht um den Hals. Redet nicht über die Sache und auch nicht von "früher". Denk daran, die Bullen hören mit.
Noch mehr Vorsicht ist geboten, wenn du mit einem Unbekannten zusammen kommst. Vermeide Imponierverhalten, gib keine Informationen und rede nicht über die 'Sache'. Es könnte ein Spitzel sein. Gib den Bullen keine Hinweise auf Orts- oder Wegekenntnis, wenn sie dich durch die Gegend fahren.
Wenn sie dir Waffen, Werkzeuge oder andere Materialien zeigen, faß sie nicht an. Sie können aus der Art, wie jemand etwas anfaßt, sehr gut sehen, ob er gewohnt ist, damit umzugehen.
Fazit: Laß dich auf nichts ein, verweigere j e d e Aussage, bestehe darauf deinen Anwalt zu sprechen, denn er kennt die jeweiligen Gesetze garantiert besser wie du. Leiste keinen Widerstand gegen die Bullenpraktiken wie Transporte, ED-Behandlung etc. Du hast keine Zeugen und die Bullen können deinen Widerstand mit Gewalt und Schmerzen brechen. Nach Ablauf des folgenden Tages nach der Festnahme, also max. nach 48 Stunden, müßen dich die Bullen frei lassen, oder den Haftrichter vorführen.

Du mußt die liebe Polizei verstehen, denn sie wissen, daß du für eine Gesellschaft kämpfst, in der sie arbeitslos sind. Es sei denn, du bist Kommunist, dann hast du allerdings auch die falsche Zeitung gekauft. Legal illegal scheißegal!
[find ich nicht, d. K.]
Wenn sie bei einer Hausdurchsuchung was finden wollen, finden sie es, auch wenn brisante Gegenstände auf für dich unerklärliche Weise plötzlich bei dir vorhanden sind. Sie können ihre Gummiparagraphen sehr weit dehnen, wenn sie dich verknacken wollen. In ihren Augen bist du nicht mehr als eine dreckige Ratte und die Presse tut das Übrige, die herrschende Meinung dem Durchschnittsspießer in seine Hirnreste zu transplantieren. Es gab und gibt jedoch eine Menge Leute, die sich dem staatlichen Terror erfolgreich widersetzt haben. Und selbst wenn die Lage hoffnungslos erscheint, mit Hilfe von draußen nicht mehr zu rechnen ist, solltest du an dein Gefühl als Individuum und Anarchist denken und es den Schweinen so schwer wie möglich machen.

FENRIS WOLF

Klassenkampf

ein altmodisches Konzept ?



Der Klassenkampf als proletarische Gegenmacht ist kein Thema mehr. Stattdessen werden die Gedanken der Menschen durch die Massenmedien des Staates auf atomare, ökologische und soziale Untergangsvisionen gelenkt. Damit soll die Ursache, d.h. die Ausbeutung der Arbeiter durch Kapital und Staat, verschleyert werden.
Wir finden es wichtig und richtig den Begriff der Klasse als Erklärung der heutigen Welt zu verwenden.
Die Klasse besteht aus Menschen, die gezwungen sind, um zu überleben, ihr Leben (Arbeitskraft) an das Kapital zu verkaufen. Dieses Verhältnis ist es, das aus freien Menschen Lohnsklaven macht.
Allerdings verändert sich die Zusammensetzung der Klasse ständig, da das Kapital als Reaktion auf die Kämpfe der Klasse immer neuere, profitablere Formen der Ausbeutung einzuführen versucht.
Es liegt an uns zu erkennen, daß hinter den "modernen" Masken der Ausbeutung immer noch der alte Zwang zur Lohnarbeit steckt. Diese Erkenntnis bewahrt uns davor in modische Untergangsstimmung und parlamentarische Resignation zu verfallen, nur weil das Kapital, derzeit in der Offensive, versucht, die Strukturen der Klasse zu zerschlagen und die Spuren der sozialen Revolution zu verwischen.
Einerseits dient dazu das ganze apokalyptische Geschwätz von Massenverelendung, 9 Mio. Arbeitslosen und Hungerrevolten in der BRD, das Teile der Linken von sich gibt. Dabei ist doch der Standort BRD dem Kapital viel zu wichtig, um hier den "sozialen Frieden" aufs Spiel zu setzen.
Andererseits soll, zumal in einer Phase relativ hoher "Arbeitslosigkeit", die Existenzsicherung durch Lohnarbeit als persönliches Problem erscheinen.
Nach einer außergewöhnlich langen Phase der Vollbeschäftigung in der Nachkriegsphase ist das Kapital Anfang der 80er Jahre zu seiner Normalität zurückgekehrt. Es hat sich eine industrielle Reservearmee von über 2,5 Mio. Menschen geschaffen. Der Effekt davon ist: Die Löhne sinken, die Krankenraten sinken, die Investitionen, die Produktivität und am wichtigsten die Profite steigen.
Mit der Zunahme der offiziellen Arbeitslosenzahlen hat in den letzten Jahren auch die Arbeitsmenge zugenommen. Diese setzt sich zusammen aus bezahlten Arbeiten wie Überstunden, Schwarzarbeit und illegale Arbeit (Beziehung von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld und Schwarzarbeit), sowie aus unbezahlten Arbeiten wie Hausarbeit, "freiwillige" Al-



ten- und Krankenpflege, Kindererziehung (immer weniger Kindergärten). Aber auch "Selbsthilfe" im Bau- und Wohnbereich (weil alles teurer wird), Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten gehören dazu.
"Arbeitslosigkeit" bedeutet daher nicht, was allgemein darunter verstanden wird, sondern Zwangsmobilisierung der Lohnarbeiter in anstrengendere und schlechter bezahltere Jobs ohne tariflichen Schutz etc.

Durch nicht ausreichende staatliche "Unterstützungszahlungen" besteht für den "Arbeitlosen" und den Sozialhilfeempfänger der verschärfte Zwang zur Arbeit.
Für die Masse der Lohnarbeiter, die älteren Dauerarbeitslosen ausgenommen, gibt es keine langandauernde Phase der "Arbeitslosigkeit". Sie sind zu sehr mobilen Arbeitskräften geworden, die zu 60% Arbeiten mit einer Dauer unter drei Monaten annehmen müssen.
Über die "Arbeitslosigkeit" wird die Klassenzusammensetzung durch das Kapital umstrukturiert. Es entstehen kleine Stammbelegschaften mit gewissen Karrieremöglichkeiten, desweiteren eine ebenso große "Randgruppe", die nur mit Zeitverträgen und niedriegeren Einkommen ausgestattet ist. Die größte Gruppe wird scheinbar aus dem Betrieb ausgegliedert. Dies sind Arbeiter in Minizulieferbetrieben, bei Sklavenvermittlerfirmen Angestellte, Kleinstunternehmer (z.B. Telearbeiter, die sich ihren Computer selbst kaufen müssen etc.), die völlig von den Großbetrieben abhängig sind.
Die vornehmste Aufgabe der reformistischen Gewerkschaften wie DGB, DAG etc. ist es, radikale Entwicklungen zu verhindern bzw. solche Ansätze in "sozialpartnerschaftliche" Bahnen zu lenken, d.h. die Festschreibung der Vernichtung von Menschen durch Lohnarbeit.
Die reformistischen Gewerkschaften werden von vielen Mitgliedern als bloßer Versicherungsverein aufgefaßt (Streikgeld, Rechtschutz etc.). Daher versuchen sie von Zeit zu Zeit durch "radikales" Kasperletheater wie der "ruhmreiche" Kampf für die 35-Stunden-Woche, die Klasse von ihrer Existenzberechtigung zu überzeugen. Doch die Geschichte der reformistischen Gewerkschaften ist eine Geschichte von permanenten Niederlagen der Klasse.
Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.
Die Klasse wird siegen, wenn sie ein Kampfkonzept entwickelt, in dem die sozialrevolutionäre Theorie nicht, wie bisher meilenwiet hinter ihren direkten Aktionen, wie wilden Streiks, Sabotage etc. hinterherhinkt.



selbstdarstellung der SCHWARZEN HILFE



Die Erfahrungen in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, daß es dringend nötig ist, daß diejenigen, die in den sozialen Kämpfen auf der Strecke bleiben, in Zukunft mit verbindlicher Unterstützung rechnen können.

Daher haben wir die Schwarze Hilfe wiedergegründet und wollen in Zukunft politisch-moralische, finanzielle und propagandistische Hilfe organisieren.

Zwar existieren schon verschiedene Knastgruppen, aber wir sehen die unbedingte Notwendigkeit, daß der Inhalt der Unterstützung auch den Zielen unserer anarchistischen Identität entspricht.
Eine speziell anachistich-autonome Gefangenen-Unterstützung ist unverzichtbar, da wir weder von bürgerlichen Organisationen wie AI, noch von anderen linken Gruppen Hilfe erwarten können.
Wir wollen weder auf eine rein humanitäre Ebene reduziert werden, noch wollen wir uns andere politische Inhalte aufzwingen lassen.

Unsere Organisation sollte nicht nur auf die brutalsten Auswüchse des Knastsystems reagieren, sondern permanent gegen diesen zerstörerischen Apparat angehen und dabei klarmachen, daß der Knast nicht nur die entschlossensten und konsequenten Gegner des Staates bedroht, sondern für jeden, der ein selbstbestimmtes Leben führen will, ein alltäglicher Begleiter ist.

Deshalb ist es für uns selbstverständlich, nicht nur Leute zu unterstützen die ein klares politisches Bekenntnis in unserem Sinne abgelegt haben, sondern jeden, der im Kampf für seine fundamental autonomen Interessen den Machtanspruch des Staates verletzt.
Vom Klassenkampf der britischen Bergarbeiter über antifaschistische Konfrontationen bis zur individuellen Totalverweigerung :
Allen, die in z.B. solchen Kämpfen für ein selbstbestimmtes Leben dem Staat zum Opfer gefallen sind, gilt unsere Solidarität und praktische Hilfe. Letztere darf weder einmalig noch sporadisch erfolgen, sondern muß solange geleistet werden, wie sie erforderlich ist.

Wir solidarisieren uns auf internationaler Ebene mit z.B. Anarchist Black Cross (England), das uns für zukünftige Kämpfe einen wesentlich größeren Solidaritätsrahmen bieten kann.

Jeder Staat versucht, autonome Ansätze, die außerhalb des vorgegebenen Systems entstehen, von vornherein im Keim zu ersticken. Sobald Gruppierungen fähig geworden sind, revolutionäre Praxis zu entwickeln, ist dem Staat jedes Mittel recht, um diese zu zerschlagen.
Weder vor gezieltem Mord an Genossen, wie Georg von Rauch und u.a. in Stammheim, noch vor Massenverhaftungen wie in Krefeld u. Nürnberg schreckte die Staatsgewalt zurück, bei jeder militanten Demo werden Leute willkürlich herausgegriffen, zusammengeschlagen, und danach oft eingeknastet und exemplarisch verknackt, dort dann regelmäßig mißhandelt und fertiggemacht, wie z.B. Anne Holling (Bush-Demo), die nackt gefesselt, geschlagen, gewürgt, in einen Gefangenen-Transporter geschleift, stundenlang diese entwürdigende Folter ertragen mußte.
Knast ist Iso-Haft und Kontaktsperre, Gehirnwäsche und Streßmanipulation. Knast ist ständige Durchsuchung bis auf die nackte Haut, Verhinderung ärztlicher Versorgung oder brutale zwangsgynäkologische Untersuchung, ist Registrierung und Überwachung jeder Lebensäußerung und entsprechende Anpassung des täglichen Terrors an die einzelne Persönlichkeit.
Entzug von Licht, Luft und Geräuschen, von allem und jedem, was einem Menschen überhaupt entzogen werden kann bis zu dem, was ihn vom Tier unterscheidet - der Möglichkeit zur sozialen Interaktion, Kommunikation.
Und die Gegenöffentlichkeit wird gleichzeitig massiv behindert und kriminalisiert, ebenso jeder Versuch, Gefangene zu unterstützen.

Die Schwarze Hilfe wird sich dezentral organisiert um eben solche immer häufiger auftretende Fälle kümmern, wird Anlaufstelle für alle sein, die an unserer Seite für die gemeinsame Sache kämpfen.

Das System und seine Gewalten versuchen uns schon dauernd als notorische Gewalttäter und Psychopaten, als Sozialfälle darzustellen, zu spalten in Kriminelle und "Gewaltfreie", zu Assozialen zu erklären, per Medienterror zu entsolidarisieren, uns zu isolieren.
Diese Isolation wird schließlich auf ihre faschistische Spitze getrieben mit dem komplexen menschenvernichtenden Knastapparat, die tatsächliche Isolation soll voll auf unsere Persönlichkeit durchschlagen, will zerstören, was nicht integrierbar ist - unseren Willen, selbstbestimmt zu leben.
Der Mensch und seine Identität soll um jeden Preis zerstört werden, laßt uns die Isolation immer wieder aufs Neue durchbrechen, den Terror überstehbar machen durch unsere praktische Solidarität!

Kontakt: Postlagerkarte 056600 C
Stuttgart
Spenden: Postgirokonto Stuttgart
Blz.: 60010070
Kntnr.: 77537-702
Schwarze Hilfe
Anja Lutz

1 Mainzer Landstr. 48 15 36 - 1
Justizvollzugs-
anstalten
50 Homburger Landstr. 112 u.
50 Obere Kreuzäckerstr. 6 30 01 11
Jugendvollzugs-
anstalt 80 Hospitalstr. 18 31 97 94
Bruno

Kurzes BRD



AUTONOME SUCHEN NACH NEUEM SELBSTVERSTÄNDNIS

Anfang November erreichte die Redaktion ein nicht näher gekennzeichnetes Papier von Autonomen. In dem mit "Von der 'autonomen Bewegung' zur revolutionären Politik" betiteltem Flugblatt wird von den Ereignissen um und nach dem Tod Günter Sarés ausgehend versucht, zu einem neuen Selbstverständnis der Autonomen zu finden. Dabei wird an der Unverbindlichkeit von "Autonomen-Treffen" auf Bundesebene Selbstkritik geübt und zwecks ernsthafterer Auseinandersetzung zur Organisierung eines "Treffen autonomer Gruppen / Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet" aufgerufen.

Das uns vorliegende Papier enthält eine Liste mit vielen Vorschlägen. Dabei kommt der Frage der Organisation und dem Verhältnis Autonome/Anarchisten bzw. Kommunismus/Anarchismus große Bedeutung zu.

Das für die Diskussion und damit für die gesteckten Ziele ein langer Atem erwartet wird, läßt eine -für Autonome erstaunliche- Erkenntnis erraten. Da heißt es: "Alle Aufgaben (...) sind langfristiger Natur."

Informationen über Zeit und Ort über Libertäres Zentrum, Kriegkstr. 38, 6000 Frankfurt M.

A.A.



KOMMENTAR zu: Autonome suchen nach neuem Selbstverständnis

So ist das also!
Anfang November erreichte die Redaktion ein Papier, welches von seinen Schreibern mit " Von der autonomen Bewegung zur revolutionären Politik " b e t i t e l t wurde, bei dem jedoch die Unterschrift (!) fehlte (nicht näher gekennzeichnet). Es scheint, als stünden seine Verfasser nicht zu seinem Inhalt ! ? Oder liegt es etwa daran, daß sie bewußt Organisationsfloskeln, wie Namensgebung ablehnen. Nun Jedenfalls hat selbst der Artikel schreiber (A!A!) mitbekommen daß es sich bei den Verfasser nur um Autonome handeln kann. Dies schien ihm dann auch wesentlich wichtiger als der Inhalt und die in dem Papier gemachten Vorschlag. Passagen wie " Das für die Diskussion ein langer Atem erwartet wird, läßt eine für Autonome erstaunliche Erkenntnis erraten." sind wahrscheinlich lediglich Produkte einer persönlichen Antipahtie, aber sicherlich nicht im Sinne einer Libertären Information. So möchte ich hier nun zumindest die gemachten Themenbereiche für den angestrebten Kongreß doch noch erwähnen.

Themenbereiche (Vorschlag)

1) Was sind unsere Grundlagen und Ziele

- sozialrevolutionär : Lohnarbeit, Jobber, Existenz, Ausbeutung
- polit/ökonomische Struktur BRD/Hessen/Rhein-Main-Gebiet
- Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung Anarchio/Kommunismus
- Herrschaft-Kapitalismus-Patriachat
- Kampf dem Kapital. Was is'n mit der Arbeiterklasse, Revolutionäres Subjekt-wer is'n das ? Verhältnis zu den Gewerkschaften
- Militärstruktur, Nato, Zusammenhang Militerismus-Ökonomie
- Staat, Herrschaft, politische Parteien, Repression, Knast
- Internationalismus, Imperialismus.

Hieraus Aufgabenstellung allgemeiner-theoretischer und konkretanalytischer Art, arbeitsteilig an verschiedene Gruppen

2) Erfahrungsaustaus

- Selbstverständnis als "Autonome" Geschichte
- (bisherige) Arbeits- und Aktionsbereiche
- Wirksamkeit autonome/anarchistischer Politik: Verhältnise zu Öffentlichkeit, Bi's usw.
- Verhältnis zu Anti-Imperialistischer Orientierung
- Ansätze, Perspektive, Probleme

3) Widerstand/Kampf - Formen Methoden

- Militanz und Propaganda
- Avantgadistische Konzeption, Raf , Zellen , Guerilla difus
- Direkte Aktion Verhältnis Autonome/Anarchisten und Organisation, Massenaktion, Stadtteil-/ Betriebsarbeit, Bündnisse ?
- Möglichkeiten regionaler und bundesweiter ZUsammenhänge

Amore Autonomia Anarchia

Nieddu



Seit nun mehr als zweieinhalb Jahren befinden sich die Mieter der Altkönigstr. 38 im Streit mit der, lokal bereits bekannten, Imobilienfirma Schleich, die das Haus räumen und luxusmodernisiert will. Kurz nach Erscheinen der letzten Aktion fand in der Altköigstr. ein Straßenfest statt, auf dem ,bei einer Versteigerung, eine Spende von 50,- ,für die Aktion zusammenkam.

AUSDAUER und ERFOLG
im Kampf um euren Wohnraum !!!

ZIVI-KENZEICHEN

Wenn ihr von einem dieser Fahrzeuge verfolgt werdet, seit ihr in guten Händen. Es ist nur die Polizei.

F-CA184 Opel Rekord rot
F-MH634 Opel dunkelgrün
F-DK679 Golf weiß
F-MC402 Opel Rekord orange
F-NM902 BMW weiß
F-AX257 Passat dunkelbraun
F-JL872 Opel Rekord gelb
F-RN217 Opel Rekord rot
F-RW548 Audi 80 rot
F-CS141 Opel grün
F-HN294 Opel Rekord weiß
F-HX360 Opel Askona dunkelgrün
F-PC141 Passat weiß
F-TC141 Opel blau
F-AC182 Opel rot
F-SE231 Opel besch
F-HN294 Opel weiß
HG-CK155 Opel gelb
HG-CT748 Opel braun
OF-UK27 Opel Askona orange
GI-PU833 Golf grün
KA-HA291 Opel Rekord hellblau

LIBERTÄRES FORUM GÖTTINGEN

Wir haben uns am 22.11.85 zum ersten mal im kleinen Kreis getroffen, um, nachdem wir uns eher zufällig kennengelernt hatten, zu besprechen, was wir zukünftig gemeinsam unternehmen könnten. Vorrangiges Anliegen ist uns, die Vereinzelung unter den verschiedenen Gruppen und Genoss(inn)en zu durchbrechen und uns eine gemeinsame Plattform für Diskussion und Agitation zu schaffen. Doch dabei soll es nicht bleiben: Wir wollen uns mit den Bewegungen in anderen Ländern austauschen, diese gegebenenfalls unterstützen, gemeinsame theoretische Arbeit leisten, Kulturarbeit und wenns klappt auch Rechtshilfe und Knastarbeit machen. Wir haben eine Menge gute Ideen fürs neue Jahr und freuen uns natürlich, wenn es der Ideen und Menschen noch mehr werden. Anfang nächsten Jahres wird es ein Plenum geben, was rechtzeitig durch ein Flugblatt angekündigt wird. Bis dahin vorläufig als Kontaktadresse:

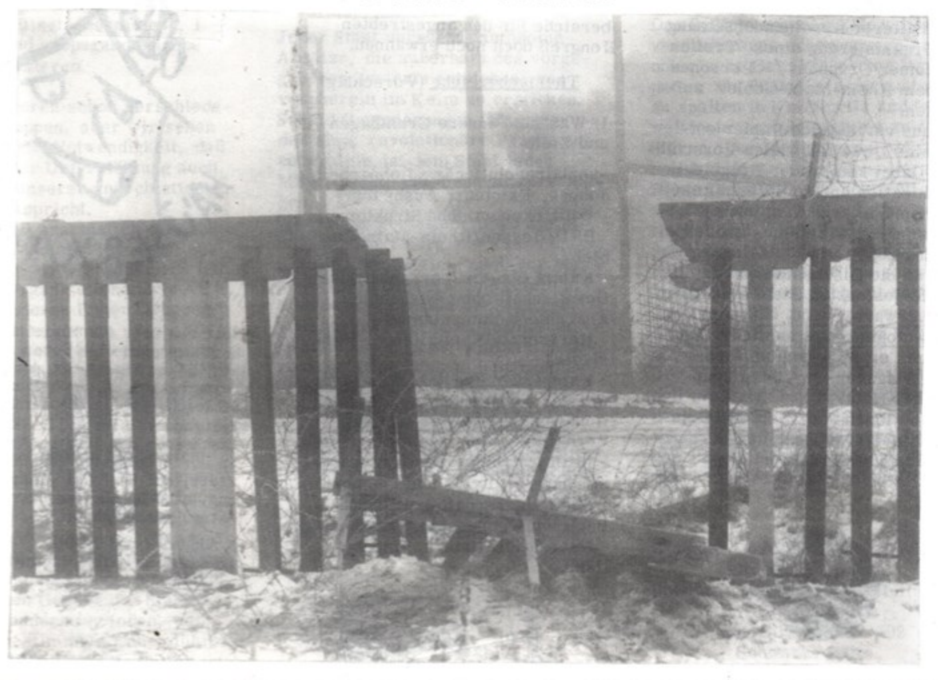
Postlagerkarte Nr. 074426 C
7950 Biberach/Riss



Erstaunliches aus dem Tierreich
In den Herbsttagen können wir immer wieder beobachten, wie die Vögel in V-Formation dem wärmeren Süden entgegenziehen. Kaum zu glauben: Nur ganz selten unterläuft den gefiederten Sängern ein orthographischer Schnitzer wie dieser hier.

200 ster Sonntagsspaziergang an der Startbahn-West

Ohne Worte



OLYMPIA - KINO IN NEU ISENBURG BESETZT

Nichtkommerzielle Kultur und zusammen leben wollen die ca. 15 Besetzer des ehemaligen und seit einem halben Jahr leerstehenden Kinos im Stadtkern Neu Isenburgs. Nach den Vorstellungen der Besetzer soll der 400 Plätze große Kinosaal Raum für Veranstaltungen "auch politische", Laientheater, Kino, Musikveranstaltungen usw. bieten. Das anschließende Wohnhaus das bei der Besetzung in einem sehr schlechten Zustand war wird renoviert und ist bereits bewohnt. Im Foyer des Kinos befindet sich ein Cafe das dem interessierten Publikum jeden Tag offensteht. Seit der Besetzung Anfang Dezember giebt es Verhandlungen zwischen den Besetzern, der Stadt und dem Besitzer. Mit einem befristeten Nutzungsvertrag wurden die Forderungen der Besetzer jetzt teilweise erfüllt. Eine Vereinsgründung soll nun den rechtlichen Rahmen fur eine dauerhafte Nutzung schaffen.

WIR BRAUCHEN KEINE HAUSBESITZER ...

Das Olympia-Kino

Es handelt sich hierbei um das seit Anfang Dezember 85 besetzte Haus in Neu-Isenburg.
Vorrausschicken möchte ich, dass es sich bei diesem Erguss um ein individuelles Produkt meiner Gehirnwindungen handelt. Dies ist eigentlich gegensätzlich zu meinem anarchistischen Anspruch an die Kollektivität. (Auf diese spezielle Problematik gehe ich später noch ein).
Thematisiert werden soll:
a die Geschichte der Besetzung
b die Beschreibung der externen
c sowie der internen Verhältnisse und deren Problematik.
Es ist natürlich in Frage zu stellen, ob man/frau die innerlichen Schwierigkeiten des Hauses öffentlich machen sollte.
Ich denke schon, denn es handelt sich hierbei um, meiner Meinung nach, immer wiederkehrende oder noch nicht bewältigte Probleme der linken Scene.
Über den Verlauf der Besetzung, welcher sich im Rahmen des Üblichen bewegt:
Wir leisten permanente Renovierungsarbeiten wie verputzen, tapezieren, streichen, Wasserleitungen verlegen, Möbel, Öfen etc. zu besorgen. (Zaunpfahl: Wir können Möbel und Renovierungsmaterial aller Art gebrauchen sowie Brennmaterial gegen die Kälte.)
Wir verhandeln mit Besitzer und Stadt, die es kaufen soll, um es uns zur Verfügung zu stellen. Wobei die Stadt versucht den Besitzer gegen uns auszuspielen, um in der Öffentlichkeit positiv dazustehen. (Die Stadt möchte das Haus am liebsten ohne Besetzer kaufen, was den Besitzer zur Räumung zwingen könnte. d.S.)
Wir machen Öffentlichkeitsarbeit in Form von Flugblättern, Diskussionsveranstaltungen und Pressemitteilungen. Wie organisiert und regelmässig das läuft, hängt natürlich von der Situation unter uns ab.
Eine Gruppe von Leuten, welche die hier wohnen und solche die nicht hier wohnen, organisieren Veranstaltungen im Kinosaal. Sie sind zuständig für Feste, Auftritte von Musik- und Theatergruppen.
Wir wollen Kultur nicht zum konsumieren anbieten, sondern die Möglichkeit zum selbermachen.
Wir haben ein Café eingerichtet, welches demnächst regelmässig geöffnet werden soll.
Es hat die Funktion eines Treffpunktes, da es in Neu-Isenburg kein billiges Café mit entsprechender Atmosphäre gibt.

Die Cafégruppe ist für das Funktionieren des Cafés und die Organisation von kleineren Veranstaltungen verantwortlich.
Ein Wort zur (theoretischen) Organisation:
Die verschiedenen Gruppen (Café, Veranstaltung, Wohnen, Öffentlichkeit) plenieren regelmässig.
Und damit dann auch alle mitbekommen, was abgeht, gibt's ein sogenannt grosses Plenum.
Es ist einfach notwendig, dass wir uns austauschen (gedanklich), weil der durch unsere Bedürfnisse entstandene Anspruch an die Kollektivität nur dadurch befriedigt werden kann.
Das heisst auch, dass wir den Laden nicht alleine schmeissen wollen und können.
Wir wollen keine alternativen Konsumenten, sondern eigenständig denkende und handelnde (hoffentlich) Massen(!).
Jetzt kommt s'letzte:
Bei diesem Abschnitt des Artikels soll es sich um die kritikwürdigen Punkte der Besetzung handeln.
Zuerst eine Beschreibung der Verhältnisse und deren Geschichte.
Man (frau inbegriffen) kann sagen, dass sich die Besetzung rein innerlich in der 3. Phase befindet.
Die 1. Phase:
Aufgrund der ersten Euphorie (neuer Anfang, eine Perspektive), ist alles Notwendige organisiert und gemacht worden.
In der 2. Phase
wurden die Kommunikation und die Verantwortlichkeit für sich, die Sache und die Gruppe noch nicht einmal auf das Minimalste reduziert, so dass die alltäglichen Aufgaben (Essen besorgen, aufräumen etc.) sowie die Renovierung, Öffentlichkeitsarbeit, Café, Veranstaltungen nicht mehr gecheckt wurden.
Die 3. Phase läuft unter dem Motto:
Beginn der Abklärung und des Austauschens, allerdings hat das noch Kinderschuhe an und ist noch nicht die Klärung und Weiterentwicklung der Situation.
Zu den inneren Zuständen kommen die äusseren, welche das Zusammenleben im Hause erschweren!
Unterschiedliche Ausgangssituationen, eine, das Leute arbeiten, zur Schule gehen, eine Lehre machen kompliziert die Möglichkeit der Kommunikation.
Genauso wie der Mangel an Platz (das Haus mit 10 Zimmern ist effektiv zu klein für 15 - 20 Personen) es verhindert sich aus dem Weg zu gehen, um sich Ruhe zu gönnen, die zumindest ich brauche um zu mir zu kommen.
Dazu kommt die ewige Ungewissheit ob man/frau sich hier richtig niederlassen kann, das heisst es stehen Fragen im Raum wie: Hat es Sinn zu renovieren, sich auf neue Leute einlassen etc.
Was jedoch genauso ein Problem ist, dass wir unfähig sind uns in die Sache reinzustellen, dies heisst dass Leute (ich weiss nämlich mangels Kommunikation nicht genau um wen es sich dabei handelt und denke, dass es sich hierbei um eine plausible Interpretation der Situation handelt) sich ein Hintertürchen offenlassen.
Es ist dann natürlich in Frage zu stellen ob auf einer solchen Ebene eine Besetzung uns unseren Ansprüchen und Zielen näherbringt. (ein bißchen dünn für den Aufstand, wir hätten mehr erwartet! d.s.u.d.druck.)



BROSCHÜREN

Die IZTOK Broschüren sind, bis auf die deutsche Ausgabe ausverkauft. Im März wird eine zweite polnische Auflage vorliegen, für die Anderen haben wir im Moment leider keine Zeit.

16 Seiten A5 zum Selbstkostenpreis von je 0.50 DM, wegen den Portokosten aber nur 10er weise.

aktion

Bei dem Artikel "Terroristische Vereinigung eV. in Hannover" fehlt das Spendenkonto.
SPENDENKONTO ISABEL UND HORST
G.Hartmann
Kontonr. 570001051899
Verbraucherbank Hannover
BLZ 250 203 00





ARCHIV FÜR ANARCHISTISCHE MEDIEN

Die anarchistische Bewegung gewinntimmer mehr an Sympathie und Menschen und verlieren nichts, weder die Hoffnung auf eine herrschaftslose Gesellschaft noch das Gedächnis an die Kämpfe und Schritte hin zu dieser Gesellschaft. Jetzt wurde der Grundstein zu einem lebendigen Archiv der hiesigen und internationalen libertären Bewegung gelegt: das

ANARCHIV - Archiv für anarchistische Medien
Im Libertären Zentrum
Kriegkstrasse 38
6000 Frankfurt/M.

Sinn und Zweck des Archivs ist es, Zeitschriften, Flugblätter, Bücher und vielleicht Videofilme, Kasetten usw. zu archivieren, um sie der Bewegung zur Verfügung zu stellen und einen Beitrag zur nie endenden Geschichte der Anarchie zu leisten.

Das Archiv versteht sich als dezentrales Projekt, das mit ähnlichen, wie beispielsweise das Anarchistische Dokumentations-zentrum in Wetzlar oder dem Centre International de Recherches sur l'Anarchisme in Genf oder dem Centro di Studi Libertari in Mailand u. v. a. auf föderalistischer Weise zusammenarbeiten möchte.

Wenn ihr unsere Ansicht teilt, daß eure alten und neueren anarchistischen Schriften besser in einem allen zugänglichen Archiv, als in eurem Keller aufgehoben sind, dann könnt ihr einen Beitrag dazu leisten, daß das Anarchiv über den Versuch hinaus bestehen bleibt.

ANARCHIV



Kuhno van Oyten zum Thema Nasenringe für Bullen:

WAT MUTT DAT MUTT !!!

SALUT, genossen & genossinen

teilweise ist das, was ihr in der letzte AKTION zum thema computersabotage schreibt, echt lebensgefährlich oder einfach falsch. die idee, die abdeckung des computers, ist ganz gut, bloß läuft bei manchen computern die monitorversorgung offen auf der platine (z.b. bei dem commodore cbm's), und wer dieses kabel berührt, braucht schon verdammt gute chancen, um nicht in die ewigen jagdgründe einzugehen. mich hat's dabei fast geröstet - also wenigstens gummihandschuhe anziehen.

fahrkartenautomaten etc. mit plastikmünzen zu blockieren, funktioniert meistens nicht; nach meinen erfahrungen geht's viel besser, wenn mann/frau vorher kleber draufschmiert (uhu-sofort oder epoxit 2-komponenten-kleber). astrein läuft es, auf zahlungsbescheiden hinten ein paar streifen tesa draufzukleben. der zettel wird dann in die maschine eingegeben und bleibt irgendwo im inneren stecken. also auf, demoliert so viele computer wie ihr könnt! die computersabotage trifft die herrschenden bis ins mark.

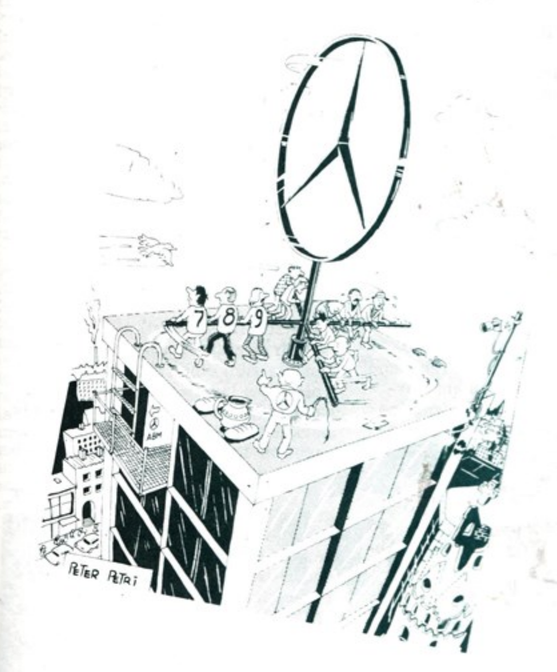
ach ja, noch was: wenn jemand ein password einer firma, bank o.ä. erfährt, schreibt das dem chaos computer club bundesstr.9 2000 HH 9. die richten damit ne menge spaß an, garantiert!

also dann, die freiburger genossen lassen grüßen, und druckt das ab, es wär doch echt schade, wenn ein/e genosse/genossin wegen son nem dummen fehler - wie einem offenen monitorkabel - draufgehen würde.

venceremos, quintus II läßt auch grüßen.

P.S. mir fällt da gerade noch was gutes ein: geht mal in ein schreib- und bürobedarfsgeschäft, klauft letraset-maschinenlesbare rubbelzahlen und tipp-ex ein. dann auf einer zahlkarte oder so ein paar zeichen mit tipp-ex bepinseln und andere draufrubbeln. macht auch 'ne menge spaß.

JOBBEN HAT ZUKUNFT !?



Angesichts der Tatsache, daß die Kohlebeschaffung immer schwieriger wird, die Freiräume immer kleiner (z.B. Sozi, Bafög, Wohngeld, etc.), haben wir uns überlegt, eine Jobber-Ini zu gründen.
Dabei spielen folgende Überlegungen eine Rolle: Kohlebeschaffung ist - gerade in der Scene - zur Privatangelegenheit verkommen. Jeder sucht isoliert nach den weniger werdenden Schlupflöchern, um dann noch oft genug festzustellen, daß es gar keine sind. Den Demütigungen auf den Ämtern, den unsicheren, unterbezahlten Jobberarbeiten steht jeder allein und dementsprechend handlungsunfähig gegenüber.
Was wollen wir mit einer Jobber-Ini?

1. eigene Erfahrungen austauschen
2. Informationen sammeln, z.B. über die diversen Sklavenhändlerfirmen und die verschiedenen Arten der Jobberarbeit
3. die rechtliche Situation klarer kriegen

Es ist uns wichtig, dabei nicht stehenzubleiben, sondern handlungsfähig zu werden. Das heißt 1. die Informationen möglichst vielen Interessierten zugänglich zu machen und aufgrund der Informationen konkrete Veränderungsmöglichkeiten zu überlegen, und es heißt 2. sich weitergehend Gedanken um Funktionen und Entwicklungen der Jobberarbeit zu machen, um zu einer politischen Einschätzung zu kommen.
Dabei fallen uns folgende Stichpunkte ein:

- Flexibilisierung der Arbeitszeit, Heimarbeit am Computer, Arbeit auf Abruf, Kapovaz (rechnergestützte kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, u.s.w.
- Dequalifizierung der Arbeit bei gleichzeitiger Heranbildung einer hochqualifizierten Minderheit
- Massenarbeitslosigkeit und Verarmung (neue Armut)
- verdeckte Arbeitslosigkeit
- Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur
- das Märchen von der wertfreien Technik
- starke Vereinzelung der Arbeitenden, verstärkter Konkurrenzdruck durch auflösung sozialer Strukturen (die Jobber gegeneinander ausspielen, die Jobber gegen die Stammbelegschaften, soweit noch vorhanden, Jobber und Stammbelegschaften gegen Arbeitslose
- Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zum Jobbermarkt

D e s h a l b :
JOBBEN HAT ZUKUNFT !?

KONTAKT: Jobberini c/o libertäres Zentrum,6 Ff/m 1,Kriegkstr.38



HAUS GERÄUMT

Nach über 11 monatiger Besetzung ist am 11.11.85 das einzige besetzte Haus in Offenbach die Joh. Morhart Str. 7 geräumt worden.



Sofort nach der Räumung wurde das Haus unbewohnbar gemacht (die gesammte Inneneinrichtung, sowie Fenster und Zwischenwände wurden rausgerissen, das Haus soll nämlich zum Jugendzentrum umgebaut werden). Andere leerstehende Häuser in Offenbach wurden in den folgenden Tagen von den Bullen verschärft observiert.

Wir, die etwa 12 Leute zählende Besetzergruppe sind jetzt faktisch obdachlos und zunächst bei Sympatisanten untergekommen, was aber kein Dauerzustand sein kann. Einige Verhandlungen mit der SPD und intensivere mit den GRÜNEN besonders nach der Räumung haben uns, wie zu erwarten war, nicht weitergeholfen. Zwar müssen wir uns auch weiterhin mit Parlament und Parteien herumschlagen, unsere Interessen und Bedürfnisse können wir nicht durch diese vertreten.
In Offenbach z.B. will uns die SPD mit Minimalangeboten, die öffentlich als großzügig propagiert werden, loswerden. Die GRÜNEN benutzen uns, um ihre Fundamentalo/Realo Flügelkämpfe auszutragen.

Es gibt nur wenige Möglichkeiten mit vielen Leuten kollektiv und selbstbestimmt zu existieren, ohne von einem Chef oder einem Vermieter ausgenutzt zu werden. Uns bleibt mit diesen Ideen meistens nur "Illegalität".

Wir beurteilen Hausbesetzungen als Ausdruck von direkter Auflehnung z. B. gegen die zu hohen Mieten, die Sanierung oder den Abriss von billigem Wohnraum, als Teil von Selbstbestimmung im Kampf für kollektive Arbeits- und Lebensformen.

Besetzte Häuser stellen eine Basis dar für soziale Auseinandersetzungen, die zum einen innerhalb der Kollektive laufen zum anderen nach außen hin geführt werden muß. Gerade bei diesen Auseinandersetzungen in der Gruppe und nach außen haben wir während der Besetzung der Joh. Morhart Str. etliche Fehler gemacht. Wir haben uns zu wenig mit unserer Situation auseinandergesetzt und unsere Ziele nicht klar genug artikuliert. Das hat u.a. zur Folge, daß kaum jemandem die "Lücke" auffällt, die durch die Räumung entstanden ist. Wir stehen ziemlich isoliert.



Jetzt droht unsere Gruppe zu zerfallen. Es ist völlig unklar, wer die Kraft und Energie aufbringt, in dieser Gruppe oder in Offenbach weiter aktiv zu bleiben.



Wir haben aber keinen Bock auf Vereinzelung.

Wir können unser Leben selbst bestimmen, wenn wir gemeinsam dafür kämpfen.

ausgeträumt?

Alexander und die Hanauer Nuklearbetriebe!

Mitte Juni hatten es seine Presseleute mal wieder geschafft: In der Lokalpresse im Dieburger Ländchen war Alexander mal wieder mit seinen nichtssagenden Sprüchen und Selbstbeweihräucherungen gut plaziert. Unser lieber CDU - Bundestagsabgeordneter Alexander Warrikoff versuchte so eine Art Halbzeitbilanz zu ziehen. Unter der Schlagzeile "Viele Aktivitäten im Wahlkreis - Probleme der Landwirtschaft - Renten"erhöhung" (?) - Waldschäden" wurde dem Leser noch einmal ein müder Aufguß der Probleme, die zur Zeit angesagt sind, vorgestellt. Zur Lösung der Probleme hat unser lieber Alexander nichts beizutragen. Dabei könnte er doch auch auf einen Erfolg verweisen. Ist es falsche Bescheidenheit, oder warum verheimlicht uns Alexander immer, daß er außer seinem Job im Bundestag auch noch im Vorstand der Hanauer Nukleargesellschaften ist ?

regional

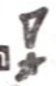
• DARMSTADT • DIEBURG •

Da ist es doch ein toller Erfolg für Alexander, daß sogar Bundesinnenminister Zimmermann ordentlich Dampf machte, damit die Teilstillegung der Reaktor - Brennelemente - Union (RBU) in Hanau-Wolfgang wieder aufgehoben wurde. Trau dich, Alexander, auch in der Öffentlichkeit offensiv für die im Augenblick so arg kritisierten Hanauer Nuklearbetriebe Einsatz zeigen. Was die Auseinandersetzung um die drastische Erhöhung der Plutoniumlagerkapazität anbetrifft auf die technischen Einzelheiten gehst du einfach nicht ein. Bei deinen sonstigen Lobpreisungen auf die Atomkraft bist du doch auch immer so schön platt und oberflächlich. Schließlich sitzt der Alexander im Management der Hanauer Atommafia, er arbeitet nicht in diesen Betrieben.
Zur Zeit der oben erwähnten Pressekampagne arbeitete einer unserer Genossen für eine Fremdfirma in der Reaktor - Brennelemente - Union (RBU).
Die RBU ist der Betrieb der Hanauer Nukleargesellschaften, der die großen Umsätze macht, hier werden in Massenfabrikation Uranoxid - Brennelemente für Leichtwasserreaktoren hergestellt. Das pulverförmige Uranoxid wird zu kleinen zylindrischen Körpern (Pellets) unter bestimmtem Druck und Temperatur gepresst (gesintert). Die Pellets werden dann zu Brennstäben hintereinander gefügt. Anschließend werden die Brennstäbe zu Brennelementen zusammen montiert.
Der Zugang zur Qualitätssicherung dieser Uranfabrik ist als Montagearbeiter unbürokratisch und einfach. Kein Problem sich unbefugt Zugang zu verschaffen und ein Pellet mit heraus-oder ein kleines Bömbchen mit hinein zu nehmen.
Die eingesetzten Geräte in der Qualitätssicherung sind, was die chemische Analytik anbetrifft, z. T. schon so alt wie die RBU, nämlich 12 Jahre. Nach so langer Einsatzzeit gehören diese Kisten eigentlich auf den Schrott oder ins Industriemuseum. Nun, so einfach geht es in diesem Falle nicht, diese Geräte sind bereits "verseucht" (kontaminiert). Man könnte die alten Geräte als Reserve neben einer Neuanschaffung da behalten. In diesem Fall ist es nicht das fehlende Geld, daß eine Neuanschaffung verhindert. Den modernen, mikro-computer gesteuerten Geräten traut man bei der RBU nicht über den Weg, sie seien zu störanfällig.
Und die eigene hochmoderne Technik ? ! ? !
Die Handhabe mit Uranoxid ist auch keineswegs unbedenklich. Zwar ist die Strahlungsintensität relativ schwach, aber stetig. Außerdem kann man ständig mit dem strahlenden Material in Berührung kommen und es aufnehmen (Finger zum Mund, Atemwege), sich also kontaminieren.
Der verharmlosenden Vergleich bei den γ- Strahlen (eine der drei radioaktiven Strahlenarten) zwischen einem Uranoxid-Pellet und einer Röntgenaufnahme, macht nur eine Aussage zur Intensität, nicht aber zur Dauer oder zur Gefahr der Kontaminierung. Jedenfalls passieren einem Atomkraftgegner in einigen Wochen Montagearbeit schon Nachlässigkeiten bei der Einhaltung bestimmter Arbeitsvorschriften. Wie soll da das Risiko einer Kontaminierung 100% ausgeschlossen werden, wenn man über Jahre, noch dazu in der Produktion, wo das Uranoxid vor dem Sintern als Pulver gehandhabt wird, in der RBU arbeitet ?
Nun wird Uran nachgesagt, daß es an sich ungiftig sei und im Falle einer Kontaminierung vom menschlichen Körper wieder ausgeschieden würde (?).
So gesehen wäre Uran im Vergleich zum Plutonium (schnelle Brüter - Technik) direkt harmlos. Eine Plutoniumfabrik gehört auch zu den Hanauer Nuklearbetrieben, die ALKEM...



E

die auch sonst
die Nase vorn haben



F.A.U. DIEBURG



- Das Schraubertreffen für Motorradfahrerinnen kann aus organisatorischen Gründen nicht vor nächstem Jahr stattfinden.

herzliche Grüße
Franca und Conny

Wir möchten uns für euer Interesse bedanken - es kamen Zusagen aus Frankfurt, Gießen, Stuttgart und Darmstadt - und versprechen, euch, sobald sich im nächsten Frühjahr eine Gelegenheit ergibt, sofort zu benachrichtigen.

Eine rasante Entwicklung.

Regionalteil Darmstadt

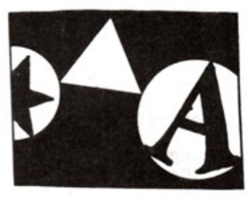
Die Grünen - eine Partei im Wandel demokratischer Machtrangelei oder vom ökodynamischen Trallala zum seriösen Vertragspartner

Zunächst ein paar Fakten: am 12.06. 1985 stimmten die Grünen einem Haftanstaltsbau in Weiterstadt zu, erhielten dafür die Zusage der SPD, daß das geplante Projekt nicht "an dem bisher vorgesehenen Standort (Schlüchtern) errichtet wird".
Vier TAge vorher aber, also am 08.06. 1985, beschlossen die Grünen in ihrer Landesversammlung, daß keinem zusätzlichen Haftbau stattgegeben wird. Dem "kritischen Wählervolk" fällt hier sofort ein Widerspruch auf, sofern es überhaupt, durch die von Gottesgnaden überparteiliche Presse, von solchen Ereignissen erfährt.
Wir jedoch können in solch demokratischem Zynismus nur eine weitere Bestätigung darin sehen, wie der mit allen Wassern gewaschene Parlamentarismus sein bestechliches Gesicht zeigt.
Was war geschehen? Sollten die ach so grünen Moralisten sich plötzlich auch von Bestechungskampagnen àla Flick verführt gesehen haben oder hat Petra Kelly ein Verhältnis mit Jochen Vogel angefangen und läßt sich jetzt laut "Bild" von Jochen zärtlich den Rücken massieren?
Nein - keines von beiden war der Fall gewesen. Die Grünen sind schlicht von Machtgier befallen und schnuppern Morgenluft. UMWELTMINISTERIUM und FRAUENMINISTERIUM haben gewunken. Da wird selbst aus der anfangs noch so konsequenten basisdemokratischen Partei (wenn das nicht schon ein Widerspruch in sich ist) ein seriöser Verhandlungspartner. Eben ein solcher, der sich als Spielball eines kapitalistischen Systems gut verheizen läßt, je nach Konjunkturlage versteht sich.
Da werden aus den einst so "heldenhaften Streetfightern" der APO- Zeit schleimig grinsende Politiker, wenn auch im schicken Selbstgestrickten, die selbstgerecht erklären: "Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht".
Der Unterschied zu den sogenannten Volksparteien wie SPD, CDU, FDP ist also nicht mehr klar erkennbar.
Betrachtet man sich nun das grüne Wählerpotential, so wird einem verständlich, daß der Knastbau in Weiterstadt keineswegs die Stimmen für die Grünen reduzieren wird. Dieses Gemisch aus weltfremdem Akademikertum, alternativer Selbstfindung entstammt meist aus dem sicheren Schoße des bundesrepublikanischen Bürgertums.
Sicher ist es einfach für solche Leute, die noch nichts von Existenzbedrohung zu spüren bekommen haben, für gesundes Essen zu sein, auch wenn es das doppelte kostet, oder sich gegen Umweltzerstörung schlechthin zu wenden.
Für uns Proleten ist die Frage jedoch viel existenzieller. Sind wir es doch, die zur Reservearmee der Arbeit gemacht werden und die acht Stunden lang in miesesten Arbeitsverhältnissen stecken, um uns von dem bißchen Knete, das dabei abspringt, über Wasser halten zu können.
Kurz - die metropolitane Massenarmut erfaßt die proletarischen Unterschichten viel eher.
Gerade der Kampf um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, wie antiproletarisch sich diese Partei darstellt. Ihre Zurückhaltung hat wohl genüge getan.
Wenige Grüne werden also auch von der Kriminalisierung der Unterklassen betroffen sein. Sie wissen ja garnicht wie es ist, sich durch Klauen ein paar Genußgüter der "Gemeinschaft" zukommen lassen zu müssen.
Somit werden sie die Letzten sein, die den "humanen Strafvollzug" in Hessen (04.06.1985 Pressesprecher der Grünen) zu spüren bekommen.

Unsere Forderungen lauten:

- Ein sofotiger Stopp der Kasernierung und Verknastung der Gesellschaft

- Für ein selbstbestimmtes Leben und bedürfnisdeckenden Konsum für alle (Existenzgeld)



VERKABELUNG = VERKNEBELUNG

Darmstadt wird verkabelt. Von den Rändern her - Kranichstein, Arheilgen und Eberstadt sind in großen Teilen angeschlossen - soll nach den Plänen der Post das Netz nach innen zusammenwachsen. Seit über einem Jahr sind auch die Bewohner des Martinsviertels betroffen, die übrigen Kernbereiche - Johannesviertel, Bessungen und Innenstadt - sind für '86 und '87 anvisiert.
Die Kritik an der Verkabelungspolitik der Post wächst zu langsam. Auf höherer Ebene mußte der Postminister Rügen des Bundesrechnungshofes wegen Verschwendung öffentlicher Mittel einstecken.
In den betroffenen Straßen wird das Auftreten der Post oft genug als Vergewaltigung erfahren. Mieter sehen sich vor vollendete Tatsachen gestellt, wenn



der Hauseigentümer die Gemeinschaftsantenne gegen den Kabelanschluß austauschen läßt. Auch wird nicht lange gefackelt, wenn Hausbewohner gerade verreist sind. In der Barkhausstraße ging das kürzlich bis zum Einbruch in private Kellerräume.
Warum gegen Verkabelung?
Für uns gehen Argumente wie "Medienflut überrollt uns" oder "Schwarz-Schilling bereichert sich persönlich" am Kern des Ganzen vorbei. Wir sehen vielmehr ein Zusammenspielen des Projektes "Kabelfernsehen" mit anderen Modernisierungsprojekten der Post mit weitaus einschneidenderen, gesellschaftlichen Folgen.
Die sich abzeichnende Automatisierungswelle in den Banken, Versicherungen und im öffentlichen Dienst wird gerade erst durch Basisinnovationen der Post, wie Bildschirmtext und das digitalisierte und integrierte Telefon- und Datennetz (ISDN), ermöglicht. Dieses Netz, das bis 1992 flächenddeckend angeboten werden soll, beseitigt die technischen Schranken, die einem universellen Datenverkehr zwischen den zahlreichen Datenbanken in Wirtschaft und Versorgung, bei Sozialbelang, Polizei und Geheimdiensten bisher noch im Wege standen. Hinzu kommt, daß jeder Telefonanschluß zur potenziellen Datensteckdose wird, über welche Fernarbeit, Fernbestellen, Fernüberwachung und anderes mehr abgewickelt werden kann. Nimmt man weitere Neuerungen wie den maschinenlesbaren Personalausweis dazu, so wächst hier ganz nebenbei auch das Instrumentarium für die permanente Volkszählung zusammen. Die Informationsgesellschaft entpuppt sich als Überwachungsstaat.
Die Bedeutung des Kommerzfernsehens!
Seit den Anfängen der BRD gibt es die Bestrebungen der politischen Rechten, den Pressekonzernen Zugang zum Rundfunkmedium zu verschaffen. Dabei ging es neben neuen Märkten immer auch um die ideologische Absicherung des kapitalistischen Systems durch die meinungsbildenden Medien.
Wenn heute im Zuge der dritten industriellen Revolution immer mehr Menschen durch Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Heimarbeit ausgegrenzt und isoliert werden, dann müssen sie, wenn nicht schon materiell, wenigstens ideologisch versorgt werden - in dem Sinne daß Verzerrungen in der Wahrnehmung, gerade der politisch - ökonomischen Realität verstärkt werden.

Zu uns:
Wir beschäftigen uns seit der versuchten Volkszählung von 1983 mit den Themen Computerisierung, Postpolitik und neue Medien.
Wer bei uns mitmachen möchte, trifft uns jeden Dienstag ab 20 Uhr im Weinstütz, Lauteschlägerstraße, Darmstadt.
unter dem Namen: **AG Neue Medien**

Am 05.10.1985 verteilten wir, anlaßlich des Mordes an Günter Sare, in der Darmstädter Fußgängerzone ein Flugblatt des Aktionsbündnisses, das über die Ereignisse in Frankfurt aufklären sollte.
Ziel war es, auf der einen Seite, den Bürger über den Mord und seine weiteren Folgen, wie zum Beispiel massive Bulleneinsätze und Demonstrationsverbote, zu informieren und auf der anderen Seite eine Diskussion darüber anzuregen, wie sich die Vorfälle aus unserer Sicht ereigneten, im Gegensatz zu der Berichterstattung in den Medien.
Wir wurden hier mit einem vorgefärbten, vielfach einseitigen Bild konfrontiert. Meinungen wie:"...um einen Polizisten hättet ihr nicht so viel Geschiß gemacht", "...schade, daß es nur einen von euch erwischt hat", "...meint ihr nicht, daß das (unser Flugi) vorgefärbt ist" und "...wäre er (Günter Sare) zuhause geblieben, wäre auch nichts passiert" bestimmten die Reaktionen der vorbeieilenden Passanten.
Hier zeigt sich, wie leicht der Bürger seine sonst so heiligen demokratischen Rechte aus der Hand gibt und sich, statt auf die eigene Auseinandersetzung mit dem Mord, auf den gewissenhaften Einsatz der Polizei verlaßt. ("Triffste mal die Bremse nicht, die Uniform entschuldigt dich")
Auf diesem Hintergrund dürfte auch der Einkauf eines Darmstädter Wasserwerfers auf keine weitere Empörung stoßen.
Einen Anlaß zur Nachdenklichkeit gab auch das "politische Geschehen" in Darmstadt. Angesichts der Tatsache, daß in vielen anderen Städten Solidaritatsaktionen in Form von Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden, bestätigte sich hier die Isolation unter den widerstandsgruppen aufs neue. Immerhin kam es zu wöchentlichen Treffen beteiligter Initiativen (Startbahn BI,

VOICE OF Libertad
Einige Leute hielten's nach dem Mord für Nötig, die Sparkasse Inselstr. abzufackeln und der Bullerei in der Robert-Schneider-Str. frische Luft zuverschaffen, denn Reviere: die zarteste Versuchung seit es Scheiben gibt.

GAFFA, Gruppe aus dem DGB, F.A.U.), um eine Informationsveranstaltung zu planen.
Wir sehen in diesem Plenum einen Ansatz, den Informationsfluß der Gruppen untereinander (gemeinschaftliches, monatlich es Treffen), Erfahrungsaustausch, praktische, gegenseitige Hilfe (Telefonkette) wieder in Gang zu bringen und von der daraus resultierenden Stärke zu profitieren.

mit libertären Grüßen
F.A.U. Darmstadt

Kontakt: Postlagerkarte
010093 B
6100 Darmstadt

Treffen: jeden 1. und 3. Montag im Monat
im Weinstütz, Lauteschlägerstraße, Darmstadt
um 20 Uhr

Libertad Verlag



anarchistische texte

anarchistische texte ist eine seit 1976 erscheinende Heftreihe, die dem Leser die Möglichkeit geben will, sich mit der historischen Entwicklung und den verschiedenen theoretischen Strömungen des Anarchismus vertraut zu machen. In zwei aneinanderknüpfenden Editionen wurden bisher schwerpunktmäßig folgende Themengebiete behandelt:

I. Philosophie und Theorie des Anarchismus (anarchistische texte Nr.1-14)

II. Praxis und Bewegung des Anarchismus (anarchistische texte Nr.15-29)

Philosophie und Theorie des Anarchismus

anarchistische texte Nr. 1-14
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

1 — *Michail Bakunin (1814-1876)* **Freiheit und Sozialismus** 32 Seiten / DM 2,50

2 — *Peter Kropotkin (1842-1921)* **Gesetz und Autorität** 48 Seiten / DM 2,50

3 — *P.J. Proudhon (1809-1865)* **Eigentum ist Diebstahl** 32 Seiten / DM 2,50

4 — *William Godwin (1756-1836)* **Über die politische Gerechtigkeit** 32 Seiten / DM 2,50

5 — *Elisee Reclus (1830-1905)* **Evolution und Revolution** 32 Seiten / DM 2,50

6/7 — *Eine Autorenauswahl* **Individualistischer Anarchismus** 64 Seiten / DM 3,80

8 — *Leo Tolstoi (1828-1910)* **Patriotismus und Regierung** 48 Seiten / DM 2,50 (*)

9 — *Errico Malatesta (1853-1932)* **Anarchismus und Syndikalismus** 48 Seiten / DM 2,50

10 — *Johann Most (1846-1906)* **Kommunistischer Anarchismus** 32 Seiten / DM 2,50 (*)

11 — *Emma Goldman (1869-1940)* **Anarchismus – seine wirkliche Bedeutung** 32 Seiten / DM 2,50

12 — *Gustav Landauer (1870-1919)* **Stelle Dich, Sozialist!** 48 Seiten / DM 2,50

13 — *Erich Mühsam (1878-1934)* **Der Geist der Freiheit** 32 Seiten / DM 2,50 (*)

14 — *Rudolf Rocker (1873-1958)* **Anarchismus und Organisation** 48 Seiten / DM 2,50

Praxis und Bewegung des Anarchismus

anarchistische texte Nr.15-29
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

15 — *Peter Kropotkin* **Die Französische Revolution 1789-1794** 48 Seiten / DM 2,50

16 — *M. Bakunin / K. Kropotkin* **Die Pariser Kommune 1871** 40 Seiten / DM 2,50 (*)

17 — *P. Ramus / H. Zoccoli* **Die Erste Internationale 1864-1876** 48 Seiten / DM 2,50

18/19 — *R.E. Bell* **Die Propaganda der Tat** 64 Seiten / DM 3,80

20 — *J.Schmück / D. Poole* **Die Mexikanische Revolution 1910-1920** 48 Seiten / DM 2,50 (*)

21 — *P. Kropotkin / W. Tscherkesoff* **Die Russische Revolution (1)** Die Vorläufer (1903-1905) 48 Seiten / DM 2,50 (*)

22 — *Horst Stowasser* **Die Russische Revolution (2)** Der Kronstädter Matrosenaufstand (März 1921) 32 Seiten / DM 2,50 (*)

23 — *Nestor Machno (u.a.)* **Die Russische Revolution (3)** Die Machnowstschina (1917-1922) 32 Seiten / DM 2,50

24 — *Alexander Berkman* **Die Russische Revolution (4)** Die russische Tragödie Ein Rück- und Ausblick 48 Seiten / DM 2,50

25 — *A. Shapiro / A.Souchy (u.a.)* **Die IAA** Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1920-1932) 48 Seiten / DM 2,50

26 — *A. Roller / J. Schmück* **Die Spanische Revolution (1)** Geschichte des spanischen Proletariats (1848-1910) 48 Seiten / DM 2,50 (*)

27 — *D. Rodriguez (H. Rüdiger)* **Die Spanische Revolution (2)** Was sind die CNT und die FAI? 48 Seiten / DM 2,50

28 — *A. Souchy / G. Leval* **Die Spanische Revolution (3)** Kollektivierungen in Spanien (1936-1939) 32 Seiten / DM 2,50

29 — *D. Rodriguez / V. Richards* **Die Spanische Revolution (4)** Revolution und Gegenrevolution Die Ereignisse des Mai 1937 in Katalonien 32 Seiten / DM 2,50

anarchistische texte Nr.30

Roel van Duyn
PROVO
Einleitung ins provozierende Denken

Ein neo-anarchistisches Manifest oder Agitationspoem; illustriert und kommentiert von Cornelia Krasser und Jochen Schmück
40 Seiten / DM 3,50 (BR)

anarchistische texte Nr. 31
– Neuerscheinung –

Gruppi Anarchici Federati / GAF
Ein anarchistisches Programm

Vorwort von Paolo Finzi / Nachwort von Hans-Ulrich Dillmann
56 Seiten / DM 4,80 (BR)

anarchistische texte Nr.32/33
– Neuerscheinung –
Cornelia Krasser / Jochen Schmück (Hrsg.)
Frauen in der Spanischen Revolution

Texte und Dokumente; tlw. aus dem Amerikanischen bzw. Englischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
112 Seiten / DM 9,80 (SR)



Edition Schwarze Kirschen Nr. 1

Carol Ehrlich / Peggy Kornegger
Anarcha-Feminismus

Aus dem Amerikanischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
128 Seiten / DM 8,60
ISBN 3-922226-04-3

Edition Schwarze Kirschen Nr. 2

Maurice Cranston
Ein Dialog über Sozialismus und Anarchismus

Herausgegeben und aus dem Englischen übersetzt von Jochen Schmück
128 Seiten / DM 6,80 / ISBN 3-922226-05-3

Edition Schwarze Kischen Nr. 3

Sergius Golowin
Dada im Mittelalter
Notizen zu einer Anti-Literatur

64 Seiten / DM 5,80 / ISBN 3-922226-06-X

Edition Schwarze Kirschen Nr. 5

Nicolas Walter
Betrifft: Anarchismus
Leitfaden in die Herrschaftslosigkeit

Aus dem Englischen übersetzt, herausgegeben und kommentiert von Jochen Schmück; 2., überarbeitete Aufl.,
160 Seiten / DM 8,80 / ISBN 3-922226-O3-5

Edition Schwarze Kirschen Nr. 8

Robert A. Scalapino / George T. Yu / Vladimiro Munoz
Geschichte des Anarchismus in China (1909-1936)

Hrsg. und aus dem Amerikanischen übersetzt von Jochen Schmück
ca. 160 Seiten / ca. DM 10,80
ISBN 3-922226-10-8

Zu bestellen beim
"Libertären Zentrum"
Kriegkstr.38
6000 Frankfurt/M 1

Konto: K. Cohrs, Postscheck konto 3337 97 - 601, Pscha Ffm, BLZ 500 100 60

DER GEWÖHNLICHE STAATSTERRORISMUS
PIAZZA FONTANA, VALPREDA UND DIE LEHREN



La cassazione ha costruito un'altra «verità di stato». Ma noi tutti sappiamo che la strage di Piazza Fontana è una strage di stato e che Valpreda è innocente.



CIRCOLO ANARCHICO
PONTE DELLA GHISOLFA
COLLETTIVO ANARRES

Das Gericht hat eine weitere "Wahrheit des Staates" konstruiert. Aber wir alle wissen, daß das Gemetzel vom Piazza Fontana ein Staatsmassaker ist und daß Valpreda unschuldig ist.

Circolo Anarchico Ponte Della Ghisolfa Collettivo Anarres

Vor 16 Jahren, am 12. Dezember 1969, ging auf der Piazza Fontana in Mailand eine Bombe hoch. Siebzehn Tote und achtundachtzig Verletzte kostete dieses Attentat, das als "Strage dello Stato" (Staats-Massaker) in die italienische Geschichte eingehen sollte.
Damals sollte mit einer Serie von Attentaten Italien destabilisiert werden, um den Boden für einen faschistischen Staatsstreich zu bereiten.
In der Tat erreichten 1969 die Klassenkämpfe in Italien eine solche Qualität, daß die Fiatbesetzung, die Massendemos usw. das Schicksal des maroden christdemokratischen Regimes zu besiegeln schienen. In dieser explosiven Situation detonierten - Bomben.

Und ihre Opfer suchten sie sich wahllos in Menschenmengen. Diese damals entwickelte Terrorstrategie zieht ihre Blutspur bis heute(Italicus-Express 1969, Bahnhof von Bologna 1980, Eilzug vor Bologna 1984). Die Ermittlungen verliefen damals wie heute im Sand. Vor 16 Jahren hintertrieben staatliche Stellen bewußt die Suche nach den faschistischen Attentätern und ihren Drahtziehern und Auftraggebern im Zentrum der Macht. Stattdessen wurden zwei anarchistische Genossen aus dem "Circolo Ponte della Ghisolfa"-die Gruppe ist bis heute aktiv! -herausgegriffen und als Täter bezichtigt. Der Eisenbahner Guiseppe Pinelli überlebte das Polizeiverhör nicht. Er wurde aus dem vierten Stock des Polizeireviers geworfen .
Pietro Valpreda, Tänzer, wurde für mehrere Jahre eingeknastet und kam dank einer breiten Solidaritätsbewegung schließlich raus.
Im Juli dieses Jahres hat der Staatsanwalt Toscani in Bari für den Anarchisten Valpreda auf "Freispruch wegen erwiesener Unschuld" plädiert. Die Richter urteilten anders: Wie eine Seifenblase platzte der Prozeß, als des Anarchisten Unschuld in "Mangels an Beweisen" umgemünzt wurde. Frei kamen die Neofaschisten Franco Freda und Giovanni Ventura, für die der Staatsanwalt auf Grund der schweren Behatte. Schließlich verfügten die höchsten Richter in Rom, daß der Prozeß gegen den Verbindungsmann zwischen den auftraggebenden Regierungs- und den ausführenden Faschistenkreisen, der Geheimdienstler Guido Gianettini, nicht wieder aufgerollt werden darf. Prominente Zeugen, wie der jetzige Außenminister Andreotti (der "Genscher" der italienischen Politik: Seit Jahrzehnten in jeder Regierung mit dabei, gleich welcher!) konnten sich plötzlich vor Gericht an nichts mehr erinnern. So endet dieser Prozeß wie schon andere, ähnlich gelagerte: 19[illegible]4 wurden die Angeklagten des Italicus-Express-Attentats von 1974 (12 Tote, 105 Verletzte), am 19. April 1985 auch die für den Handgranatenwurf auf eine Gewerkschafts-Demonstration in Brescia 1974 ([illegible] Tote, 94 Verletzte) Verantwortlichen wegen "mangelnder Beweise" freigesprochen (taz v. 3. [illegible].85). Die Hintergründe für das "Bologna-Attentat", das ein Gemetzel ungeheuerlichen Ausmasses angerichtet hatte, bleiben auch fünf Jahre danach im Dunkeln.
"Der Staat kann natürlich nicht sich selbst einen Prozeß machen (und sich ebensowenig verurteilen)" schrieb die Mailänder "Revista A" schon zu Beginn des Fontana-Prozesses im Dezember letzten Jahres.
Der gewöhnliche Staatsterrorismus hat zwei Gesichter: Ein faschistisches und ein bürgerliches. Die Taktik des Verschleppens von Prozessen, des Spurenverwischens, des Freisprechens der Täter und der Demütigung der Opfer erinnert fatal an die Naziprozesse in der BRD. Die Kumpanei zwischen Justiz, Staat und Faschisten hat eine lange Tradition, die keine Grenzen kennt.
Die Lehren von Piazza Fontana sind bitter, aber nicht unnütz.

Alexander Anders



ANARCHOSYNDIKALISMUS IN FRANKREICH
Interview mit Vertretern der französischen CNTF.



FRAGE: Was bedeutet die CNTF in Frankreich?

ANTWORT: Zahlenmäßig bedeutet die CNTF nicht viel. Sie ist aber eine Organisation, die auf eine Geschichte von 30-40 Jahren zurückblickt. Zur Zeit befindet sich die Organisation in einer aufsteigenden Phase. In Frankreich knüpft sie an die alte Tradition der Arbeiterbewegung, insbesondere an ihre Anfänge an. Der revolutionäre Syndikalismus hat bedeutsame historische Ansätze im Land. Es wäre also falsch, unsere Organisation als "stark" zu bezeichnen. Andererseits ist sie dabei, sich zu entwickeln, und als Gewerkschaftsorganisation sowohl in bestimmten geographischen Regionen als auch in bestimmten Berufsgruppen Fuß zu fassen.

F.: Seit vierzig Jahren arbeitet ihr also als Gruppen?

A.: Nein, nicht seit 40 Jahren. Zur Zeit der Gründung der CNTF war sie stark. Jedoch danach gewann die reformistische Gewerkschaftsbewegung die Oberhand. Die Gruppen der CNTF haben zunächst isoliert und außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens agiert. Seit einigen Jahren jedoch, sagen wir seit 4 oder 5 Jahren, beobachteten wir, wie sie in manchen Regionen wieder aufgebaut wird. Diese Entwicklung erfährt seit etwa einem Jahr eine Beschleunigung.

F.: In welchen Berufszweigen und in welchen Teilen Frankreichs seid ihr besonders stark?

A.: Besonders im Süden, wobei von Bordeaux als Kristallisationspunkt aus, sich die CNTF restrukturiert hat. Am stärksten scheint sich die Gewerkschaft bei der Post zu entwickeln. Das gleiche gilt für das Gesundheitswesen, den sozialen Sektor und das Erziehungswesen.

F.: In manchen Branchen werdet ihr als Gewerkschaft anerkannt, z.B. bei der Post...

A.: Selbstverständlich. Das ist außerordentlich wichtig. Wir beteiligen uns nämlich nicht an Betriebsratswahlen. Erstens, weil die Betriebsräte effektiv nichts erreichen können; zweitens handelt es sich um eine paritätische Einrichtung, d. h. die Arbeiter müssen sich stets mit dem Chef absprechen - also auch bei Entlassungen. Zum anderen unterstehen die Gewählten keiner keiner Kontrolle mehr, was mit unserer föderalistischen Einstellung nicht vereinbar ist. Das hat zu großen Schwierigkeiten geführt. Denn die Autoritäten gewähren Gruppen, die nicht "repräsentativ" sind, d.h. sich nicht zu diesen Wahlen aufstellen lassen, keine gewerkschaftlichen Rechte.
Bei der Post jedoch und insbesondere in der Gegend von Paris, ist die CNTF als Gewerkschaft anerkannt worden. Sie kann am Arbeitsplatz aktiv werden, ohne an den Wahlen zu den Betriebsräten bzw. den entsprechenden Gremien bei der Post teilzunehmen.

F.: Wie seit ihr dann vertreten?

A.: Wir sind als regionale Postgewerkschaft der CNTF anerkannt. Es gibt Delegierte, die ihrerseits von der CNTF kontrolliert werden. Diese können sich an die Verwaltung und die Chefs wenden, um Arbeiter zu vertreten, ohne deswegen berufsmäßige Gewerkschaftsfunktionäre zu sein. Andererseits haben sie die Rechte, die Gewerkschaftsvertretern zur Verfügung stehen, wie beispielsweise das Recht, Versammlungen einzuberufen, Plakate aufzuhängen usw. Die Möglichkeiten werden jedoch vom momentanen Kräfteverhältnis bestimmt.

F.: Wie ist das Verhältnis der CNTF zu anderen Gewerkschaften und zu den Unorganisierten?

A.: Es ist keine Selbstverständlichkeit, daß wir zu den anderen Gewerkschaften als solche, ein direktes Verhältnis haben. Es gibt nämlich auf der einen Seite die Gewerkschaftsfunktionäre und auf der anderen die revolutionären Syndikalisten.
Bei der Post hatten wir bisher keine größeren Konflikte mit den anderen Gewerkschaften. In Bordeaux jedoch, haben sich Gewerkschaften und Bosse zusammen getan, um mit Prozessen die Gründung von Sektionen der CNTF zu verhindern.

F.: Was sagt die Basis der CGT (größte französische Gewerkschaft, kommunistisch ausgerichtet - d.Ü.) dazu?

A.: Schwierig. Ein CGT-Mitglied, das auch Mitglied der KPF ist, sieht uns ungern im Betrieb. Mit einzelnen CGT-Mitgliedern aus der Basis haben wir jedoch zusammenarbeiten können. Mit CGTlern, - und sogar mit Delegierten- aus den Vororten von Paris hat es eine ausgezeichnete Zusammenarbeit gegeben.

F.: Was sind eure Ziele jetzt und in naher Zukunft?

A.: Unser Nahziel ist es, die gewerkschaftliche Orientierung auszu-

bauen und als Organisation zu wachsen.

Uns ist die praktische Ausrichtung wichtiger als die ideologische. Wir suchen neue Leute, die mit uns einverstanden sind, die mit uns zusammenarbeiten wollen.

F.: Wie hat sich die Arbeitslage in Frankreich entwickelt?

A.: Schlecht, wie überall auf der Welt. Das, was wir als die große Tragödie der Arbeiterbewegung ansehen, ist die Situation der Lohnabhängigen heute. Einige Arbeiter sind relativ gut gestellt, während ein Großteil der Lohnabhängigen verelendet. Die traditionelle Gewerkschaftsbewegung kümmert sich nur um die, die Arbeit haben, die ein Arbeitgeber haben. Eine Menge Leute haben keine Anstellung mehr und leben in einem unvorstellbaren Elend.

Wir stehen vor einem Phänomen: Die Gesellschaft ist ungeheuer schnell gewachsen. In den letzten 60 - 70 Jahren gab es Ausbeuter und Ausgebeutete. Heute gibt es die Ausbeutung der "3. Welt" durch multinationale Konzerne, die sich überall, aber bevorzugt in Ländern der "3. Welt" niederlassen. So ist ein Lohnabhängiger in einem reichen Land gleichzeitig Ausbeuter bezogen auf einen Lohnabhängigen in einem armen Land. Die Trennlinie zwischen "Ausbeuter" und "Ausgebeuteten" verschwimmt. Unsere Antwort hierauf müssen wir noch entwickeln. Sie wird vom Begriff der "Solidarität" ausgehen. Aufgegebene Begriffe wie "Klassenkampf" und Konfrontation mit den Unternehmern werden einen neuen Inhalt erfahren:

Solidarität zwischen den Leuten einzelner Betriebe und zwischen verschiedenen Ländern statt bloße egoistische Interessensvertretung zur Erhaltung der Arbeitsplätze um jeden Preis.

F.: Ihr versteht euch als internationale Syndikalisten. Seit ihr nur eine Gewerkschaftsorganisation oder gedenkt ihr euren Aktionsbereich auch auf beispielsweise die Stadtteile auszudehnen?

A.: Als revolutionäre Syndikalisten gehen wir von der Produktion aus, die das Handeln der Gesellschaft bestimmt. Auf der Politikebene, die der Parteien, sehen wir keine Möglichkeit etwas zu verändern. Als Syndikalisten meinen wir, daß Veränderungen vom ökonomischen Sektor ausgehen.

Es gibt aber eine andere Dimension des revolutionären Syndikalismus. Diese hört nicht an der Fabrikmauer auf. Der Syndikalismus kümmert sich auch um Bereiche wie Kultur, Kunst, Stadtteilarbeit, Lebensweisen oder Urbanismus. Der Syndikalismus muß sich damit auseinandersetzen, ohne daß dabei die Tätigkeit im ökonomischen Sektor, also im Betrieb, verlorengeht.

Die Gewerkschaft handelt zunächst im Betrieb. Die Föderation der Gewerkschaften jedoch hat auch andere Aufgaben, wie z.B. Stadtteilarbeit. Also: Der Syndikalismus spielt sich sowohl innerhalb als auch außerhalb vom Betrieb ab. Drinnen arbeitet die Gewerkschaft, der Post beispielweise, im Betrieb. Bei Problemen, wie Wohnungsfragen, behandelt dies nicht nur die Postgewerkschaft, sondern die gesamte CNTF.

F.: Die produktive Arbeit nimmt ab. In manchen Ländern steuern wir auf die 35 Std.-Woche zu. Was haltet ihr davon?

A.: Je weniger Arbeit umso besser. Niemand liebt Arbeit, am wenigsten die Lohnarbeit. Den Kampf um die 35 Std.-Woche halten wir für überholt. Es kann nicht darum gehen, die Stundenzahl zu verringern, sondxxx
dern danach zu fragen, was überhaupt produziert wird. Wir produzieren Dinge, die völlig unnütz sind. Als Anarchosyndikalisten sind wir antimilitaristisch. Unsere modernen Gesellschaften verschwenden Unmengen Energie für die Waffenherstellung. Wenn wir mit dieser unnützen Herstellung aufhören würden, bräuchten wir nur noch 25 Std. pro Woche arbeiten.

F.: Die Leute bestimmen ja nicht über ihre Arbeit, sie haben gar keine Wahl.

A.: So ist es. Wir meinen, daß Selbstverwaltung heißt, die Leute zu fragen, was sie produzieren möchten.

F.: Was bedeutet der Anarchismus innerhalb des Anarcho-Syndikalismus?

A.: Ich meine, das Wesentliche für jemanden, der die Freiheit liebt - so nebulös dieser Begriff auch sein mag - liegt darin, ein hierarchisches System abzulehnen. Als Anarchosyndikalisten lehnen wir jede Art von Herrschaft über andere ab, sei es im Arbeitsbereich, sei es in der Gesellschaft. Hier knüpft die CNTF an die anarchistische Bewegung an.

Andererseits interessiert es uns weniger, ob sich jemand als Anarchist bezeichnet, als das, was er konkret tut. Als Anarchisten heißt das für uns: Hierarchien zerstören und verhindern, daß sie sich wieder einstellen. Das ist unsere Auffassung von Anarcho-Syndikalismus.

F.: Wie sind eure Beziehungen zu anderen anarchistischen Organisationen?

A.: Unsere Beziehungen sind gut. Sie langen meist über einzelne Leute und weniger über verwandte Organisationen.

F.: Gibt es irgendwelche Zusammenarbeit?

A.: Ja, punktuell. So z.B. mit Radio Libertaire oder hinsichtlich des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien. Sobald die Probleme ernst werden, kämpfen wir gottseidank zusammen.

F.: Möchtest du den deutschen Genossen etwas sagen?

A.: (Lacht) Auch wenn wir in Frankreich nicht zahlreich sind und ihr in Deutschland ebenso, so ist es ermutigend zu wissen, daß es überall in der Welt Leute gibt, die Ähnliches denken und diese Leute nehmen auch zahlenmässig zu. Und das läßt hoffen. Die staatsfeindliche Tendenz wird für Leute innerhalb und außerhalb der libertären Bewegung zu einem Schnittpunkt. Der internationale Aspekt hat in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Früher bezog sich die CNTF ausschließlich auf Spanien. Selbst argentinische Genossen auf den Kongressen waren in Wirklichkeit Exil-Spanier. Jetzt tut sich überall auf der Welt etwas. Die Exil-Spanier haben gewissermaßen die Tradition der spanischen CNT bewahrt, um authentischen Bewegungen neuen Auftrieb zu geben.

AKTION: Wir danken euch.

KURZES INTERNATIONAL





Straßenschlachten bei Tokio

TOKIO, 20. Oktober (dpa). Nach schweren Zusammenstößen zwischen 2000 Demonstranten und der Polizei im Vorfeld des Tokioter Flughafens Narita sind am Sonntag mindestens 239 Personen festgenommen worden. Nach amtlichen Angaben wurden 53 Beamte verletzt. Die Anzahl der verletzten Demonstranten konnten die Behörden nicht angeben.

Insgesamt hatten schätzungsweise 4000 Menschen an einer Kundgebung gegen den 1978 eröffneten, 65 Kilometer nordöstlich von Tokio gelegenen Internationalen Großflughafen teilgenommen.

GEGEN REPRESSION UND TODESURTEIL

- an alle IAA Sektionen und Gruppen
- an alle Libertären
- an alle Arbeiter

Genossen: in Japan erwarten drei Männer die Bestätigung ihres Todesurteils durch den obersten Gerichtshof. Sie werden des Terrorismus beschuldigt, wovon einer von ihnen nur mit Aktionen bewaffneter Gruppen gegen das herrschende System symphatisiert hat.

Zwei der zum Tode verurteilten, Masahi Daidoji und Toshiaki Kataoka sind Aktivisten der Antijapanischen Bewaffneten Front Ostasiens und ihr Verbrechen war der Versuch, den Herrscher zu töten (- die nationale Göttlichkeit, der mensch vorwirft, für den Völkermord an 1o Millionen Menschen asiatischer Länder durch den japanischen Militarismus während des 2.Weltkrieges verantwortlich zu sein). Sie haben die Multis ihres Landes bekämpft, die die Arbeiter des fernen Ostens ausbeuten und sie kämpfen für eine Selbstverwaltung der durch das japanische Reich zerschlagenen Nationen, z.B. die nördliche Insel Ainumoshiri, deren Rathaus bombardiert wurde.

Der dritte zum Tode Verurteilte Katsuhisa Omori, wurde, obwohl er unschuldig ist, hauptsächlich wegen seiner anarchistischen Überzeugung in den Prozeß hineingezogen.

Yoshimasa Kurokawa wurde zu lebenslänglich verurteilt und Hisaichi Ugajin zu 18 Jahren Gefängnis, und eine Frau, Mariko Arai, zu 8 Jahren.

Der Fall Omori ist der Libertären Presse in der ganzen Welt wohlbekannt. Wir stimmen nicht mit den Methoden des Terrorismus überein und wir haben sie verurteilt, wenn sie sie unschuldige Opfer gefordert haben, aber wir stehen zusammen mit denjenigen, die gegen jede Form des Imperialismus kämpfen - sei es wirtschaftlich, militärisch oder religiös. Dazu gehört auch der Terrorismus einer ausbeuterischen Regierung.

Anfang Herbst wird der Oberste japanische Gerichtshof die endgültigen Urteile verkünden, und da wir die furchtbare Strenge der Gesetze unseres Landes kennen, halten wir eine Änderung der Strafen - selbst im Falle des Genossen Omori- für sehr schwer. Angesichts dieser drohenden Situation und im Namen unserer japanischen Sektion, der Arbeitersolidaritätsbewegung (WSM-IWA), bittet das IAA-Sekretariat alle Libertären und Arbeiter der ganzen Welt um Hilfe für die vom japanischen Imperialismus Verurteilten:

Durch Proteste bei Japanischen Botschaften und Konsulaten, durch Briefe an die Justizministerien, außerdem an die Verteidigungskomitees der Verurteilten:

- Verteidigungskomitee für Omori in Tokio
35 Chitose P.O.Box, Seragaya-Ku
Tokio (Japan)
-Premierminister Nakasone Yasuhiro
Nagata-cho 2-3. Chiyoda-Ku. Tokio
-Supreme Court (Oberster Gerichtshof) Hayabusa-cho 4-2
Chiyoda-Ku. Tokio (Japan)

Genossen: Der Kampf der Leute in Asien ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern geht auch um Menschenrechte, und dieser Kampf ist sehr hart: "Japan erlebt einen sehr machtvollen Neoimperialismus", sagen unsere WSM-IAA Genossen in ihrem Bericht, "und der Kampf der Arbeiter kann die kapitalistische Offensive nicht stoppen. Wir Arbeiter kämpfen im Dunkeln".

Genossen, der asiatische Kampf gegen Wirtschaftsimperialismus, sowie der südamerikanische gegen Kolonialismus und den Internationalen Währungsfond, sowie der der Schwarzen gegen die Apartheid in Südafrika, sogar der Kampf gegen Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern, ist ein INTERNATIONALER KAMPF ALLER Arbeiter.

Beteiligt euch daran und HELFT, SO GUT IHR KÖNNT.

IAA-Generalsekretät
Fidel Gorron Canoyra

zum Tode verurteilt:

Katsuhisa Omori
Masashi Daidoji
Toshiaki Kataoka

zu Gefängnis verurteilt:

Yoshimasa Kurokawa
Hisaichi Ugajin
Mariko Arai

wer gründet mit mir eine liga zur bekämpfung pathetischer ausdrucksformen in anarchistischen mitteilungen ?!?
(der tipper)

75 JAHRE CNT

Die CNT/AIT hat zu ihrem 75. Geburtstag ein umfangreiches Programm gestaltet. In der Zeit vom 21. Oktober bis 5. November fanden folgende Veranstaltungen statt:

21.10.: Die Ursprünge der Arbeiter-Bewegung in Spanien
22.10.: Die kulturelle Seite der Arbeiterbewegung
23.10.: Die politische, soziale und ökonomische Lage der Arbeiter
24.10.: Ökologie heute
25.10.: Militarismus und Repression
28.10.: Neue Technologien
29.10.: Die Entwicklung der CNT bis zur 2. Republik
30.10.: Soziale Revolution - Generalstreik und Widerstand
31.10.: Illegalität, Exil und Rekonstruktion der CNT
01.11.: Abschlußveranstaltung und Resümee

Parallel dazu lief eine Ausstellung über die Geschichte der Arbeiterbewegung vom 4.10. - 5.11.85 und eine anarcho-syndikalistische Filmwoche vom 28.10. - 2.11.85 .
An den beiden Wochenenden fanden Rockkonzerte statt.
Ein genauerer Bericht steht noch aus.



SYNDIKALISTISCHE GEWERKSCHAFTEN IN SÜD-AFRIKA ?

Die "South African Allied Workers Union" (SAAWU) steht seit einiger Zeit mit dem Sekretariat der IAA in Madrid in Kontakt und es ist für uns natürlich sehr erfreulich, wenn eine Gewerkschaft mit ca. 90 000 Mitgliedern, an Gesprächen mit der anarcho-syndikalistischen Internationale interessiert ist.

Wer ist die SAAWU ?

Die SAAWU wurde 1979 gegründet und ist eine Abspaltung der "Black Allied Workers Union" (BAWU). Ihr schloß sich ein Jahr später die "National Federation of Black Workers" an, die sich ebenfalls von der BAWU getrennt hatte. 1980 lehnte die SAAWU die gewerkschaftliche Registrierung durch das Rassisten-Regime ab, da die Forderungen der "inoffiziellen" Gewerkschaften ignoriert worden waren.
In dieser Zeit haben sich sehr enge Kontakte zum Ost-Londoner Verband der AFCWU (African Food and Canning Workers Union) entwickelt, und im April 1980 haben sie eine gemeinsame Erklärung zur "Registrierung" abgegeben. Die "Registrierung" würde sinnlos sein, solange all die diskriminierenden Bestandteile der Gesetzgebung wie z.B. das Paß-Gesetz, der "Group Areas Act" usw. (d.h. das ganze Apartheidssystem) nicht beseitigt sind:

"Es kann keine normalen Gewerkschaften in einer anormalen Gesellschaft geben!"

Die SAAWU hat, auch für andere südafrikanische Gewerkschaften, eine fundamentale Frage aufgeworfen: Ob man den ökonomischen Kampf mit dem breiteren Kampf gegen das ganze Apartheidssystem verbinden soll?
Die SAAWU ist nicht die einzige Gewerkschaft, die diese Meinung vertritt. Die AFCWU und die Western Province General Workers Union haben einen ähnlichen Standpunkt und lehnen die Registrierung ab.

Das Vorbild, daß die SAAWU gegeben hat, brachte auch andere Gewerkschaften dazu, gegen die Registrierungsgesetze der Regierung Stellung zu beziehen. So z.B. die MACWU (Motor Assemblies and Components Workers Union) und die BMWU (Black Municipal Workers Union), die bei der Mobilisierung der schwarzen Arbeiter und beim Widerstand gegen die Versuche der Regierung, strenge Kontrollgesetze für die Gewerkschaften durchzusetzen, viel Erfolg hatten.

Die SAAWU unterscheidet sich von diesen kleineren Gewerkschaften durch eine Mehrheit von schwarzen Mitgliedern, die Gewerkschaft steht strikt im Gegensatz zu den "Rassengewerkschaften" und wird Personen aller in Süd-Afrika vertretenen Rassen, aufnehmen.

Weiter hat die SAAWU damit begonnen, außerhalb der Fabriken auch ganz allgemein die Bevölkerung zu organisieren, wobei sie eine ähnliche Position bezieht wie die revolutionäre bolivianische Gewerkschaft COB.
Im November 1980 gewann die SAAWU ihre erste Schlacht um die Anerkennung durch einen Arbeitgeber - Chloride (SA) -, einem britischen Multi-Konzern. Die SAAWU gewann 95,2 % der Stimmen bei einer Wahl unter den Arbeitskräften.
Dann wurden Betriebsratswahlen und Wahlen für die Mitglieder des SAAWU-Komitees in der Fabrik abgehalten. Das war ein bedeutender Durchbruch für die Gewerkschaft. Vor allem aber bleibt die SAAWU unabhängig von allen politischen Gruppen innerhalb und ausserhalb Süd-Afrikas.

Quelle: "New World" 3/85
DAM/IWA



Zu Amsterdam Okt./Nov.

zum Tod von Hans Kok und dem Schuss auf einen Kraaker



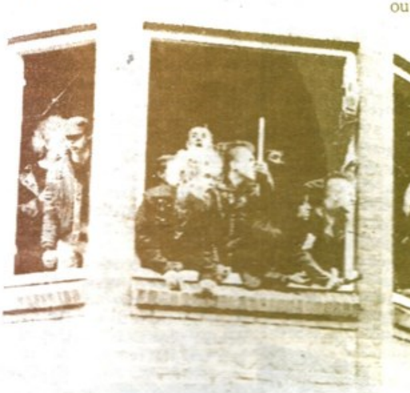
Seit 1979 gab es in Amsterdam eine Welle von Hausbesetzungen. Die Häuser gehören fast alle der Stadt, es gibt kaum private Hausbesitzer.
Hausbesetzungen sind nicht mit solchen in der BRD vergleichbar, sie sind nicht verboten. Wenn ein Haus oder in einem Haus eine Wohnung leersteht, dann wird der leere Wohnraum eben bewohnbar gemacht und in der Regel wird diese Tatsache im nachhinein legalisiert. Das Wohnungsverteilungsamt hat, wie die übrige Stadtverwaltung, kein gesteigertes Interesse, die Besetzer zu kriminalisieren. Die höchsten Strafen im Zusammenhang damit waren bisher geringe Geldstrafen und damit hatte es sich. Räumungen wurden erst nach Ablauf von Räumungsklagen, und dann auch erst nach vorheriger schriftlicher Ankündigung durch die Polizei, durchgeführt. Wenn bei einer solchen Räumung zu viele Leute auf der Straße waren, sind die Bullen eben wieder abgezogen. Oft haben die Besetzer auch vorher die Wohnungen geräumt und am Nachmittag nach der Räumung halt wieder besetzt. Und alles fing wieder von vorne an.

Der Kiez, das Stadtviertel, in dem die meisten der über 1000 Besetzer von Amsterdam wohnen, war für die Stadt und die Polizei mehr oder weniger tabu. Das ging auch aus einem Bullenstrategiepapier hervor, das die Kraaker 1983 anläßlich einer Ratshausbesetzung beschlagnahmten.
Die Kraakerszene selbst, wohlgemerkt zum allergrößten Teil legalisiert, ist dennoch keine passive Szene geworden, sondern hat ihre Stellung politisch weiter ausgebaut und eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, wie z.B. Mieterstreiks mit Bürgern, die sich in Komitees zusammengeschlossen, Antimilitarismusinitiativen und vielem mehr.

Seit gut einem Jahr ist nun ein neuer Bürgermeister in Amsterdam am Ruder. Eine neue Linie zeichnete sich ab. Gab es bisher nur zwei Polizeizentralen wurden nun in den einzelnen Stadtvierteln neue Polizeireviere eingerichtet. So auch im Kiez, Staatsliedenbuurt, eine Wache für 80 Bullen, die übrigens am 1. Oktober dieses Jahres eröffnet wurde.
Das erklärte Ziel des Bürgermeisters war, daß es wieder normal werden sollte, daß ein Polizist im Staatsliedenbuurt auf die Straße gehen könne.
Der Bürgermeister selbst machte im Dezember 1984 im Kiez einen Spaziergang, um Bürgernähe und die neue Linie zu demonstrieren. Das ging schief, er wurde vertrieben und angespuckt. Die Leute machten im Anschluß daran ein Stadtteiltribunal, in dem der Bürgermeister verurteilt wurde und die Forderungen des Stadtteils aufgestellt wurden: Bürgerzentren, Jugendzentren, Kulturräume, mehr Wohnraum. Diese Forderungen wurden dem Bürgermeister an die Bretter gehängt, mit denen seine Haustür zugenagelt wurde. Auch hier gab es schon erste Auseinandersetzungen.
Nach der Eröffnung des Bullenreviers im Kiez fand noch eine bemerkenswerte Begebenheit statt: Der uns al-

len wohlbekannte Bürgermeister Berlins fand sich zu einem Besuch beim Amsterdamer Bürgermeister ein. Was nun in der Folge geschah, ist für Amsterdamer Verhältnisse neu und viele der ach so liberalen Vorstellungen von der Demokratie wurden von Polizeiknüppeln zerschlagen.
In der Schaepmannstraat im Kiez war in einem Haus im ersten Stock eine Einzimmerwohnung von einer Frau mit Kind besetzt. Am Donnerstag, den 24. Oktober kamen die Bullen unangekündigt und räumten die Wohnung. (Wie gesagt etwas neues für Amsterdam) In der Scenekneipe wurde daraufhin sofort beschlossen, am Nachmittag eine Wiederbesetzung zu machen.
2-300 Leute ziehen zu dem Haus. Die Tür wird aufgebrochen, die ersten rein in den Hausflur und die Treppe hoch. Die Wohnungstür öffnet sich und heraus kommt eine Polizeihand mit Pistole und gezielt wird ein Schuß auf einen der ersten abgegeben. Eine Handbreit neben dem Herz wird der Oberarm durchgeschossen. Diese Scene wird von jemandem fotografiert, der unmittelbar hinter dem Angeschossenen steht. Währenddessen fahren draußen vor der Tür die ersten drei Wannen durch die Menge. Später erscheinen weitere 10 Wannen und riegeln die Straße ab. Die Bullen, die in der Wohnung waren (zivile und uniformierte) flüchten durch die Fenster über den Hinterhof.
Nach schweren Auseinandersetzungen soll das Haus nach ca. zwei Stunden geräumt werden. Die Leute fliehen zum Teil über den Hinterhof, z.T. durch die Haustür, wo sie auf der Straße die Bullenketten teilweise durchbrechen, teilweise verhaftet werden.
Bei den 33 auf der Straße Verhafteten war Hans Kok dabei.
Nach holländischen Recht hat ein Verhafteter am nächsten Morgen das Recht seinen Anwalt zu sprechen. Es werden gegen zehn Uhr am nächsten Tag aber nur 32 Namen den Anwälten mitgeteilt, der Name Hans Kok fehlt. Die Anwälte durften erst abends nach 15 Uhr zu ihren Mandanten, nachdem der Tod von Hans Kok offiziell bekanntgegeben wurde.
Die Umstände seines Todes sind von Seiten der Polizei gezielt verschleiert worden. Er wurde mittler weile beerdigt und die einzige Erklärung war, er sei an betäubenden Mitteln gestorben. Ohne Gewaltanwendung.
Alle die im Knast waren, sind verprügelt worden, einer wurde bewußtlos geschlagen, viele Verletzungen sind festgestellt worden. Und Hans ist anscheinend der einzige, der nichts abbekommen haben soll. Zwei Obduktionen wurden durchgeführt, aber beide von der Rijkspolizei und dann wurde er schnell begraben.
Die Aussagen von seinen Mithäftlingen, die sehr im Widerspruck zur offiziellen Darstellung stehen, wurden vom Polizeisprecher als Unsinn abgetan.
Er war ja nur ein Junkie, so wird in der Presse sein Tod kommentiert. Daß er schon längst in einem offiziellen Entzugsprogramm mit Metadon stand, wird verschwiegen und vieles mehr. Vor allem aber wird ein Zusammenhang mit der Hausbesetzung zunächst völlig verschwiegen.
Aber Hans wurde einzig und allein als Hausbesetzer festgenommen und saß schon über 12 Stunden im Knast und soll dann an einer Überdosis Rauschgift gestorben sein? Unglaublich.
In der Folge nach Hans Tod, fanden in Amsterdam Demonstrationen statt. Da sind auch Scheiben zu Bruch gegangen und Brandsätze geworfen worden, auch aufs Rathaus. Die Bullen haben dann genau wie in Frankfurt Hetzjagden gemacht und nachdem eine Demonstration auseinandergeprügelt war, wurde ein Angriff auf die Scenekneipe Rioolrat mit Gaseinsatz durchgezogen. Insgesamt waren nach zwei Tagen 56 Leute im Knast. Davon wurden 27 vorläufig freigelassen. Von denen wiederum jedoch 5 wieder inhaftiert. Zuzüglich noch zwei mit dem Vorwurf versuchter Totschlag.
Die Rechtsgrundlage, um die Leute im Knast zu lassen, besteht darin, daß ein Aufschub beim Haftrichter für eine endgültige Haftprüfung erreicht wurde, weil die Polizei noch Zeit braucht um neue, härtere Anklagen formulieren zu können.
So sind für 31 Leute erst einmal 8 Tage und zusätzlich noch zweimal 6 Tage Aufschub festgesetzt worden.
27 Leute haben bisher den Vorwurf des Waffenbesitzes, weil sie versucht haben, eine Wand anzustreichen. Die Waffen waren die Pinsel und Farbeimer.
Wer kennt es nicht schon von Anklagen bei uns? Klaus Malorny und Peter Paschke wurden mit Anklagen vor Gericht gebracht, auf denen bis zu 10 Jahre Haft standen. Und nichts als ein armseliges Konstrukt zur Kriminalisierung stand dahinter.
So schwappt jetzt über die Amsterdamer Bewegung eine Welle der Kriminalisierung, die nicht zuletzt nach deutschen/berliner Muster gestrickt ist.
Die neue harte Linie (die übrigens so neu gar nicht ist) zeichnet sich in ganz Europa ab.
Wollen die Herrschenden uns immer noch weismachen, daß es immer ganz besondere unglückliche Zustände sind, die zum Tod durch Staatsgewalt führen?
Es hat Günter Sare getroffen und nicht die Leute in Hanau, über deren Köpfe ein Polizist schoß.
Hans Kok hat den Knast nicht überlebt, im Gegensatz zu demjenigen, dessen Herz eine Handbreit neben seinem Oberarm war, als die Kugel diesen durchschlug.
Und die Presse singt in aller Herren Länder das gleiche Lied: Hier in Deutschland wurde noch nicht einmal der Tod von Hans Kok gemeldet. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und genau das sagen wir auch:
Diese Zustände dürfen nicht sein, wir kämpfen dafür, daß sie nicht mehr sein können.
Bleibt noch nachzutragen, daß am Samstag danach international gegen das Vorgehen der Bullen in Amsterdam demonstriert wurde. Diese Demonstrationen fanden statt in:

Berlin, London, Zürich, Barcelona und Amsterdam.
(In anderen Städten auch. - d. Layouterin)







ZURÜCKSCHLAGEN IN "SMACK CITY"

In den Medien wird Liverpool heute "smack (Schuß) -city" genannt, denn Merseyside ist in ganz Britannien die am stärksten mit Heroin eingedeckte Gegend. Du bekommst H überall, in den Kneipen, auf der Straße, für einen 5er.

Heroin wird zum Leben und Sterben vieler, gerade junger Arbeitsloser in Liverpool, die sich nicht entscheiden, gegen diejenigen zurückzuschlagen, die sie als Überschuß aussortiert haben. In einer bestimmten Gegend, in Croxteth, ist der Gebrauch von H bereits Normalität. Die Polizei hat nicht viel unternommen, das ganze in den Griff zu bekommen. Warum bloß? Sie steckt selber mit drin, gibt es Gerüchte.

Selbsthilfe schmeißt Dealer raus!

Wegen des zunehmenden Heroinhandels steht Croxteth nun öfter in der Zeitung. Daraauffolgende Polizeiaktionen schreckten auch einige Dealer auf, die das Viertel verließen. In Toxteth werden sie nicht aufgenommen. Es regt sich Gegenwehr. Freitag Nacht, den 1+. August stürmt eine Gang von 15Ø Jugendlichen zwei Häuser in der Smithdown Road, Toxteth. Darin wohnten bekannte Dealer. Sie wurden gefangen, und die Häuser wurden verwüstet. Am nächsten Wochenende machte die Gang, die nun schon 25Ø Leute umfaßte, zwei weitere Häuser klein. Die Pusher wurden angegriffen und ins Krankenhausbefördert. Die Gang nennt sich nun ANTI SMACK SQUAD".

Diese Selbsthilfe wurde von der Liverpooler Bevölkerung unterstützt, auch von Liverpools schwarzer community.

Ein Sprecher der squad, der der Schwarzenorganisation Liverpools angehörte, fragte nach Informationen über Heroindealer und forderte die Pusher auf, mit ihrem Geschäft aufzuhören.
"Wenn sie die Warnung nicht beachten, werden wir einlaufen und sie rausschmeißen. Sie sollen wissen, daß sie gefährlich leben. Wir wollen nicht warten bis eines von unseren Kindern tot ist, noch bevor es irgend was machen konnte. Das Heroinproblem ist nicht vorherrschend in Toxteth. Doch diese Leute kommen von Croxteth. Wir wollen sie raus haben."

Das Heroinproblem nimmt zu. Die Zahl der jugendlich Abhänigen und der Toten steigt. Doch in Toxteth wurden Heroindealer physisch rausgezwungen und hoffentlich andere abgeschreckt. Die ANTI SMACK SQUAD hat gezeigt, daß man sich selbst helfen kann, ohne Einmischung von pigs oder Autoritäten.

"This is Toxteth not Croxteth. Strictly ganja.no H. (lokales Graffity)

Liverpool war also Schauplatz für Ereignisse, wo immer öfter Leute vor Ort "das Gesetz in die eigenen Hände nehmen" (Oberbulle), die in die Offensive gehen und zurückschlagen gegen die pigs und die sogenannten "sozialistischen Militanten" (wahrscheinlich linker Flügel der Labour party), gegen die Bürokraten, die die Ratsversammlung kontrollieren. Die größte Auseinandersetzung war der Sturm auf das Bullenrevier in der Admiral Street, Toxteth (Ort des größten Liverpooler Aufstandes 1981), Freitag Nacht, 3+. August 85, als Hunderte von Kids vom Ort, bewaffnet mit Eisenstangen, Steinen und Flaschen das örtliche Bullenrevier über vier Stunden lang belagerten, Barrikaden bauten, die Scheiben des Reviers sowie von Dienst- und Privatwagen hinter dem Revier zerschlugen.

Als der Mob das Revier betrat - die Bullen hatten sich zum Schutz in ihre Zellen und Büros eingeschlossen - nahmen sich die Leute reichlich Alkohol aus der Bullenbar und ein Buch mit allen Namen, Adressen und Telefonnummern der Bullen, die auf der Station arbeiten. (Kein Zweifel, das ist für später sehr brauchbar!)

Während die Kids durch die



Station streiften, Reggae Musik spielten und break dance tanzten, verhandelte eine Gruppe der "community leader" und der Mutter und dem Anwalt von Stephen Nichols, dem Verhafteten, mit den Bullen, den Mann auf Kaution freizulassen. Durch sein Einverständnis verhinderte der Oberkonstabler, so der Anwalt von Nichols "eine potentielle Aufstandssituation".

Später meinte der Polizeichef in einer Presseerklärung: "Die Freilassung von Stephen Nichols erfolgte nicht wegen der Gewalt des Pöbels". Aus den Reihen der Polizei wurde weiter bekannt, daß eine Verstärkungseinheit der Polizei mit Ausrüstung zur Aufstandsbekämpfung durch einen Wohnwagen daran gehindert worden war, an den Ort des Geschehens zu gelangen.

Während der Wohnwagen umgekippt und angesteckt wurde, die Bullen anderweitig beschäftigt waren, wurde in der Nähe ein Supermarkt in der Park Road ausgiebig geplündert.

Weniger ermutigend war, daß es den Establishment-Arschkriechern, den sogenannten "community leaders" und einem Nicht-community Anwalt erlaubt wurde, mit der Polizei zu verhandeln.

Die communitiy leader und der Anwalt lobten die Bullen und wurden auch von diesen gelobt, "eine potentielle Aufstandssituation abgekühlt und abgeschmolzen zu haben".

Hoffen wir, daß die Leute daraus lernen und Selbstvertrauen gewinnen, so daß Arbeiterkommunen sich gegen Angriffe von Bullen, Faschisten, smackdeal oder sonst jemanden verteidigen.

EIN VERDAMMT HEISSER TAG!

Die beste Samstagnacht seit 4 Jahren, fucking wonderful! Die Leute aus dem ganzen Viertel traten den Bullen gegenüber! Brennende Autos, blockierte Straßen! Schade nur, daß es nicht auch in den reichen Vierteln wie Hampstead abging. Immerhin hat sich die Brixton-Explosion nach Clapham, Streatham, Packham und Dulwich ausgebreitet. Sehr gut, daß den Leuten klar wird, daß in jenen Vierteln die Auswahl viel grösser ist. Am nächsten Tag war jeder draußen, um die neue Kamera auszuprobieren.

Die Community ging Samstags auf die Straße, weil der Inspektor Windy Shitpants Lovelook eine Mutter von sechs Kinder ihr Leben lang in den Rollstuhl schoß. So etwas unterschlug der Chief-Constable, der von angereisten Agitatoren aus Handsworth faselt. Nein, jedermann weiß, daß die Aufstände organisiert, begonnen und durchgeführt wurden von dem Kommunisten Allen Stormtroops, vom roten Planeten angereist, dirket auf dem scheiß Dach vom Ritsy landete. Wann kapieren die Bullen, daß wir uns wehrten gegen die Unterdrückung, gegen den Klassenfeind, gegen die Bullen!

Am Samstag Abend umzingelte die örtliche Bevölkerung das Bullenrevier und zündete es an. Nicht nur die Polizei lernt dazu. Seit 81 benutzen auch die Aufständischen neue Methoden des Kampfes. Brennende Autos halten die Polizei auf. Brechen sie durch, sehen sie nur eine leere Straße und die nächste brennende Barrikade. Diesmal trägt jeder Masken, um eine Identifizierung zu vermeiden. Keine unhaltbaren Stellungen verteidigen, sondern plötzlicher Angriff und dann Rückzug. Hit and run! Gleich wichtig für uns ist auch das politische Bewußtsein unter den Kämpfern. Eine Benzinbombe für einen selbsternannten Führer der community, der Ruhe vor einem Polizeirevier durchsetzen wollte. Der Angriff auf einen Klub der Konservativen.

Die Presse lügt, wenn sie von Rassenunruhen schreibt. Die Einheit zwischen Schwarzen und Weißen war größer als bei den Aufständen 1981 (über die Hälfte der Verhafteten waren Weiße). Viele Journalistenkröten wurden herausgegriffen und bekamen ihre verdiente Abreibung. Nur Idioten würden diesmal noch über "Arbeitslosigkeit" und "Jobs" schreiben. Es wurde klar, daß sich ein Teil der Arbeiterklasse gegen die Bullen erhoben hat, ja gegen die ganze Einrichtung und Idee der Polizei.
Ein paar aufpeitschende Blätter berichteten von "disco-dollies", die die Polizei mit Brandbomben bewarfen. Die Aktionen dieser Youngsters sind mehr wert als über 1oo pathetische Labour-Parteitage! Während diese Seppel in Blackpool diskutierten und debatierten und sich vormachten, uns zu vertreten, hat es in Toxteth und Packham geknallt. Unsere Klasse steht vor der Wahl. Entweder fallen wir auf die Scheiße, die Torries herauszuschmeißen und eine Labour-Regierung zu wählen, herein, oder wir machen den Aufstand auf der Straße. Was ein Schwindel, zwei Jahre auf die nächste Wahl zu warten, können doch manche Kids kaum zwei Wochen auf den nächsten Putz warten. Nur aus diesen Kämpfen entwickelt sich Revolution. Brixton, Toxteth, Packham zeigt, was vor uns liegt. Klar, wenn Kämpfe ausbrechen, ist es unsere Aufgabe, diese auszuweiten und die Bullen zu zermürben. Aber bereits heute müssen wir darüber nachdenken, was zu tun ist. Stellen wir als ersten Schritt Arbeiterräte auf. Schaffen wir "No-go-Zonen", zu denen Bullen und Regierung keinen Zutritt haben. No-go-Zonen sind keine Orte, in denen das Verbrechen regiert, das herrscht doch heute schon auf unseren Straßen. Wir müssen den Aufruhr zu einem Aufstand entwickeln. In den No-go-Zonen muß die Arbeiterklasse ihre Macht entfalten und nichts in die Hände von Führern über-

Über die Repression in Griechenland

Erschienen in DA Nr.53

Vor den Wahlen, im Jahre 1981, war das große Schlagwort der P.A.S.O.K.(der heutigen sozialistischen Regierungspartei) die Ankündigung der "Veränderung". Viele Arbeiter glaubten, daß Papandreou alle Probleme des Kapitalismus auf einen Schlag lösen würde. Doch kaum an der Regierung, hat die soz. Partei schnell ihr wahres Gesicht gezeigt.

- Die ersten Betroffenen waren die Jugendlichen: Es war die Zeit, als in Athen eine Flut von Hausbesetzungen begann, auf die die Regierung sofort mit Großeinsätzen von Bullen reagierte, die Häuser räumte und unzählige Festnahmen machte.

Das hat die Arbeiter damals kaum gestört, solange es nur den Jugendlichen und Arbeitslosen an den Kragen ging, als jedoch darauf begonnen wurde, Fabriken zu schließen, drehte sich der Wind.

- Zunächst gab es friedliche Demos der Arbeiter gegen die Regierungspolitik, die darauf mit vielen Versprechungen reagierte. Dann jedoch, Ende 1984, gab es eine Welle von Fabrikbesetzungen, Arbeitslosenmärsche von Thessaloniki nach Athen, und eine Weile lang zeltete man vor dem Wirtschaftsministerium. Als dann in Thessaloniki zum erstenmal ein Forum der besetzten Fabriken stattfand, wurde die Regierung aktiv: Da gab es z. B. den Streik bei Mobil, der begonnen wurde, um die Privatpolizei (Group 4) abzuschaffen. Der Innenminister schickte daraufhin hunderte von Staatskanaillen, um den Streik zu zerschlagen. Dabei gab es außer bei Mobil auch bei Fina und BP eine Vielzahl verletzter Streikposten.

- Die Streikenden und Besetzer bei EBKO, NAMKO, PAO, KANTAM, ENNAYQ und BEA wurden ebenfalls von der Staatsmacht angegriffen und die Fabriken geräumt; anschließend lud der Leiter von BEA die Streikenden mit dem Fernsehen zur Diskussion ein.

- Zur gleichen Zeit gab es Streiks bei den Zivilangestellten des amerikanischen Stützpunktes. Die Arbeiter, die den Zugang zum Stützpunkt blockierten, wurden brutal geräumt, 13 wurden verhaftet; daraufhin wurden weitere Streiks angekündigt, worauf die Entlassenen nach 39 Tagen wieder eingestellt wurden.

Flugblattausschnitt der Gruppe Arbeiterautonomie:

35 Std. -Woche - Arbeitslosengeld - ohne Kompromisse !

350 000 arbeitslose Arbeiter, keine gesellschaftliche Absicherung, Schlägereien bei Mobil und EWKO - die MAT (uniformierte) und die MEA (zivile Sondereinheit der Polizei) sollen wieder einmal den Streikenden antworten:
Sie schlagen die Jugendlichen an ihren Sammelorten, schlagen die Antifaschisten bei Caravel, zerstören Büros politischer Gruppen und nehmen über 130 Leute fest.

Der Arbeitsminister sagt öffentlich, daß er den Arbeitsfrieden mit jedem Mittel schützen wird.

Es wird also nach drei Jahren offensichtlich, daß der Staatssozialismus der Dienstherren sehr wenig Unterschiede mit dem Kapitalismus der Rechten hat.

In Europa hat die Arbeiterbewegung angefangen, dem Kapital und dem Staat zu antworten.
Die Arbeiter in Polen, als sie mit Solidarnosc für ihre Rechte in der Arbeit kämpften, die IG-Metall in der BRD für die 35 Std-Woche, die englischen Bergarbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsstellen, die ausländischen Arbeiter in Frankreich gegen den Rassismus, alles das erfahren wir von den anderen Ländern.



Kampf für weniger Arbeit, Arbeit für alle, für die Sicherung und Steigerung des Arbeitslohnes.

Mit der Voraussetzung der riesigen Dimension an Arbeitslosigkeit muß die Arbeiterbewegung heute also antworten und sofort verlangen: Kürzung der Arbeitszeit für alle und Arbeitslosengeld ohne Bedingungen gleich dem Mindestlohn.

Es ist die Zeit gekommen, daß die Arbeiterbewegung autonom und klassenkämpferisch antwortet gegen Kapital und Staat. Wir müssen anfangen, unser Leben selber zu gestalten, unsere Bedürfnisse bekannt zu machen in diesem ganzen Zirkus der Berufspolitiker, daß die Grenzen unserer Geduld viel enger sind, und da wir nicht viel zu verlieren haben, werden sie auch eine andere Seite von uns kennenlernen.

Arbeiterautonomie.



Die Ereignisse

DIE EREIGNISSE UM DIE BESETZUNG DES CHEMISCHEN INSTITUTS IM MAI 1985

In der letzten Woche gab es in Exarhia, einem Platz im Zentrum von Athen, wo sich seit Jahren die Anarchisten und außerparlamentarischen Linken sammeln, starke Auseinandersetzungen mit den Polizeikräften und viele Festnahmen. Daher wurde für den 8. Mai eine Demo gegen die Gewalt des Staates beschlossen, die jedoch verboten wurde. Bei den folgenden Auseinandersetzungen wurden 16 Leute festgenommen. Daher wurde am nächsten Tag eine Solidaritätsdemo durchgeführt. Während den neuen Auseinandersetzungen gingen 100 Leute zum chemischen Institut und besetzten es, mit der Forderung: Freilassung der Festgenommenen. Danach wurde das ganze Viertel von den Bullen abgesperrt und der Strom komplett abgeschaltet. Die Besetzer forderten per Megaphon Medikamente und Nahrung, jedoch jeder, der versuchte, sich zu nähern, wurde von den Bullen zusammengeschlagen. Sogar der Rotkreuzwagen wurde zurückgeschickt, obwohl sich unter den Besetzern 5 Verletzte befanden, darunter Einer mit einer Kugel im Bauch.

Der Senat des Instituts weigerte sich, der Polizei zu erlauben das besetzte Gelände zu betreten, da die dort vorhandenen Chemikalien sehr gefährlich waren. Es hätte zu einer Explosion des gesamten Viertels kommen können. Jede Nacht gab es im Sperrgebiet erbitterte Straßenschlachten, bei denen die Polizei durch Rechtsextremisten unterstützt wurde. Es sind viele Schüsse gefallen; die Anwohner sammelten die Verletzten später von der Straße auf und waren über das brutale Vorgehen der Staatsgewalt sehr empört.











Aber am Dienstag kamen daraufhin die 16 Leute frei. Um 10 Uhr nachtsbildete sich dann ein Demozug, der die Besetzer vom chemischen Institut abholte, um sie zu schützen. Endlich fand dann die Demo gegen die Staatsgewalt am nächsten Tag statt, die vo r einer Woche noch verboten worden war. Über 3000 Leute riefen auf der Triumpfdemo Parolen wie:

- Gewalt gegen die Gewalt der Herrschenden!
- Nieder mit der staatlichen Gewalt!

Auf einer Tafel im chemischen Institut stand:

- Wenn auch nur einer unserer Genossen vor Gericht kommt, wird Athen brennen.

Zur Berichterstattung der taz:

Während der Griechenlandkorrespondent der taz seine bourgois-sozialistischen Ergüsse über das Parlamentsspektakel in Griechenland zum Besten gibt, finden in Griechenland Straßenkämpfe der Jugend und der Anarchisten gegen die Staatskanaillen, sowie Besetzungen der Fabriken von Arbeitern und Blockaden der Bauern statt.
Während die Taz berichtet, daß in Exarhia eine Razzia gegen Drogensüchtige mit vielen Festnahmen stattfand, war es in Wirklichkeit eine dauernde Repression gegen die anti-parlamentarische Linke in Athen.
Während die Taz darüber berichtet, daß bei der Flucht von Leuten der Gruppe "Kampf gegen den Staat" Christos Tsontsouvis von Genossen erschossen wurde, um ihn nicht in die Hände des Staates fallen zu lassen, wurde einwandfrei erwiesen, daß Christos durch die Kugeln der Bestien ermordet wurde.

FAI-Stgt.

Erklärung der Gruppe

"KAMPF GEGEN DEN STAAT"

Heute übernehmen wir die Verantwortung für die Hinrichtung des Staatsanwalts G. Thefanopoulou.
Seine Hintrichtungwar für ihn das betrübliche Ende einer noch betrüblicheren und schändlichen Karriere. Er war in keinem Fall ein zufälliger Staatsanwalt. Geschützt durch die Sicherheit, die ihm die Revolver der Polizei und das Gesetz gewährte, wurde er in solchen Ausmaßen unverschämt und arrogant, daß er sogar die Abscheu eines Teils der Gerichtsbeamten hervorrief. Er hat nicht gezögert, andere mit absoluter Kälte ins Gefängnis, auf die Folter oder sogar in den Tod zu schicken. Er hat sich das Recht genommen, über das Leben



C - CELLULES
C - COMMUNISTES
C - COMBATTANTES

Diskussion in Belgien

(Auszüge eines Artikels der niederländischen Anarcho-Zeitung " De Vrije" 4/85)

Seit Anfang Oktober letzten Jahres haben die CCC in drei Etappen eine Reihe von Anschlägen durchgeführt, auf Rüstungsproduzenten, politische Parteien und last but not least auf spezielle NATO-Ziele. Die belgische Justiz reagierte mit der Einrichtung von Anti-Terror-Einheiten mit dem schönen Namen "Kolleg zur Bekämpfung des Terrorismus" und "Groupe Interforce". Am Freitag, den 19.10.84, nach dem fünften CCC-Anschlag, schlugen sie in großem Stil zu: 120 Hausdurchsuchungen vor allem bei Anarchisten.
Nachdem die ersten CCC-Bomben hochgegangen waren, gab es in Belgien wochenlang eine wahre Bombenmeldungsepedemie. Plötzlich war die ideale Aktionsform für jedermann gefunden, um dem Feind eins auszuwischen. Beinahe täglich mußten Banken, Gerichtsgebäude, Parteibüros u. ä. geräumt werden.
Die belgische Linke reagierte nahezu einhellig negativ auf die CCC. Maoisten, Trotzkisten, Kommunisten, einfache Sozialisten und auch die Grünen erklärten die CCC zu Polizeiprovokateuren, ohne irgendeinen Beweis dafür zu haben. Allerdings ist dies verständlich, wenn man die Ereignisse der letzten Monate in Belgien nüchtern betrachtet: Die Affäre Westland-New-Post, wo mit ziemlicher Sicherheit Agenten der belgischen Staatssicherheit an rechtsterroristischen Aktivitäten beteiligt waren, und die Gardiner-Affaire, wo die Friedensbewegung die Verantwortlichkeit für einen höchst idiotischen Munitionsdiebstahl beschuldigt wird, und zwar von einem bekannten Polizei-Provokateur.
In anarchistischen Kreisen gibt es unterschiedliche Reaktionen. Einheitlich werden die Ideen der CCC wegen ihres autoritären Sozialismusbildes abgelehnt, ihre Strategie dagegen wird unterschiedlich bewertet.
Vielleicht erst noch eine kurze Zusammenfassung der CCC-Aktionen. Am 2.10.84 explodiert eine Bombe bei Litton Business Belgium, deren kanadische Filiale das Steuersystem der Cruise Mis-



und Schicksal derAnderen zu bestimmen; dieses Recht haben wir ihm jetzt genommen.
Er sprach seine Urteile im Namen des öffentlichen Interesses, versuchte klarzulegen, daß das Interesse aller identisch sei mit dem Interesse der Chefs und des Staates. Er hat sich auf das öffentliche Interesse berufen und versuchte so, die gesellschaftliche Einwilligung zu erwerben für die Verbrechen, die er täglich verübte, immer im Namen der Gerechtigkeit.
Ihr alle: Bullen, Richter, Zeitungen, Parteien und Minister werdet schreien, daß die Demokratie instabil wird, über die Terroristen, die vernichtet werden müssen, die Spitzel, d ie ihre Arbeit gut machen, und daß die gesellschaftliche Ruhe gestört wird.
Für all das erklären wir:
Wirw erden nichtdie "Demokratie" der Sondereinheiten achten, die "Demokratie", diefoltert, inhaftiert, mordet, die ohne Rücksicht die Kämpfe der Arbeiter, der Jugendlichen und der Gefangenen zerschlägt, die Gefangene und Soldaten "selbstmordet", und die auf Demonstranten schießt.
Wir werdenn icht auf die gesellschaftliche Ruhe achten, die sowieso nie existierte; wir werden sie nicht achten, weil wir teilnehmen wollen an einem Krieg, der euren Schlaf quälen wird.
Außerhalb der Gesetze und gegen die Gesetze der Bonzen und des Staates.
Wir werden unser Schicksal und unser Leben in die eigenen Hände nehmen.
Athen, März 1985

Organisation KAMPF GEGEN DEN STAAT



Am 16.5.85 sind zwei Leute der Gruppe "Kampf gegen den Staat", während sie ein Motorrad abholen wollten, in eine Polizeifalle geraten. Bei der Auseinandersetzung ist ein Polizist sofort getötet worden und ein Mitglied der Gruppe, Christos Tsoutsouvis, durch Polizeikugeln gefallen. Die beiden anderen Polizisten sind später gestorben. Das andere Mitglied der Gruppe konnte verwundet fliehen.
Die Zeitungen brachten danach groß die Nachrichten, Christos sei von seinen Genossen getötet worden. Angeblich gab es dafür sogar mehrere "Augenzeugen". Diese Nachricht wurde auch im Ausland verbreitet und von der Taz kommentarlos abgedruckt. Bei der späteren Untersuchung im Krankenhaus wurde dann festgestellt, daß Christos von Polizeikugeln getötet worden ist. Aber - wie üblich - kam diese zweite Meldung ganz kurz irgendwo versteckt und auch nur in einigen griechischen Zeitungen, umdie Leute weiterhin als mutmaßliche Mörder darstellen zu können, die ihre Freunde lieber töten, als sie lebendig der Polizei zu überlassen.
Christos Tsoutsouvis konnte nicht gleich identifiziert werden, sondern erst am nächsten Tag durch seine Fotos in der Zeitung. Als die Polizei in seine Wohnung kam, waren viele Sachen verschwunden. Die Bücher - darunter "die Anarchisten" von Tsoil, ein Buch mit Texten der RAF und viele andere historische Bücher - waren in einer mit Wasser gefüllten Badewanne, damit die Fingerabdrücke verschwinden.
Es wurde auch ein kleines Vervielfältigungsgerät und das Original der Erklärung zur Aktion am 1.4. gefunden. In dem Haus haben 3 Leute gewohnt. Die Polizei hat erstmal einen totalen Terror verbreitet, ohne Angaben über Namen und Zahl der Festgenommenen zu machen. In der Zeitung gab es z. B. Äußerungen wie - "bei uns sitzt keiner in U-Haft, aber wenn einer sitzen würde, würden wir es auch sagen." Sonst kam nur lauter Unsinn von einem "großen Kampf" im Ausland, der alle kämpfenden Guerillagruppen in Athen steuert, ohne daß diese es selber wissen. - Was ihnen daran auch wichtig war, war Zusammenhänge zwischen den Gruppen "KAMPF GEGEN DEN STAAT" und "17. November" herzustellen. Jetzt wird nach zwei Leuten gefahndet, deren Fingerabdrücke in der Wohnung von Christos gefunden sein sollen. Ihre Angehörigen und Freunde werden seither terrorisiert und unter Druck gesetzt.



Hier ist die Erklärung von Georgios Balafos - einem der beiden nach denen gefahndet wird - mit dem Titel "für alle, die es interessiert", die am 14.6.85 in den Zeitungen veröffentlicht wurde. Dazu ist zu sagen, daß er vor einiger Zeit die Staatsanwaltschaft in Athen informiert hatte, daß er dort erscheinen würde. Er hatte auch den Zeitraum angegeben. Diese Information war an die Polizei weitergegeben worden, die daraufhin zentrale Stellen observierte, um ihn vorher festzunehmen und der Kripo zu übergeben. Georgios scheint jedoch die Falle bemerkt zu haben und ist nicht erschienen.
" Am 22.5.85 habe ich in der Zeitung mein Foto gesehen, zusammen mit dem Hinweis der Polizei in dem

sie mich als "erfahrenen, gefährlichen, registrierten Kriminellen, als Terrorist, Mörder, Räuber" usw. bezeichnen. Sie haben gesagt, daß sie nach mir fahnden und hinzugefügt, "er versteckt sich sehr sorgfältig und konnte trotz aller Ermittlungen noch nicht aufgespürt werden". Zum Schluß geben sie Telefonnummern an, bei denen Denunzianten anrufen können, um zu " helfen ". Eine altbekannte Methode, Spitzel gibt es überall. Dazu möchte ich folgendes erklären:

1) Mit der Charakterisierung als "erfahrener, gefährlicher, registrierter Krimineller " bezieht sich die Polizei darauf, daß ich 1978 wegen des Klauens einer Jacke zu 7 Monaten mit Bewährung verurteilt wurde. Ansonsten bin ich insgesamt 5 Tage im Knast gewesen, wegen "Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung" und nicht 7 Monate, wie die Polizei ganz bewußt durch die ihr nahestehende Presse verbreiten läßt.

2) Wir sind Verwandte von Christos Tsoutsouvis, kommen aus Nachbardörfern und haben das gleiche Gymnasium besucht. Für eine kurze Zeit - als er nach der Diktatur nach Griechenland zurückkam - haben wir mit ihm zusammen im Haus von Freunden gewohnt.

3) Meine politischen Ansichten die der Polizei bekannt sind, gehen davon aus, daß weder irdische noch himmlische Führer bzw. Parteien dem einfachen Menschen jemals zu seinem Recht verholfen haben bzw. verhelfen werden. Das was sie machen, ist, jeden von uns für die Interessen des Parteiapparats und der wirtschaftlichen Faktoren die ihn stützen, total aufzusaugen. Aus diesem Grund habe ich es abgelehnt, mich irgendeiner Partei oder Organisation anzuschließen.

4) Die bei der Kripo vorherrschende Denkweise und ganz allgemein die Methoden der Polizei bei ihren Versuchen, Schuldgeständnisse in Abwesenheit des Anwalts und ohne Beweise zu erpressen, sind mir auch persönlich bekannt (für das "Vergehen", das ich vorher bereits erwähnt habe bekam ich Faustschläge, Fußtritte und als Nachtisch haben sie meine Fußsohlen mit drei Ruten solange geschlagen, bis diese zerplatzten). Das wissen die heutigen Leiter dieser Dienststelle, Tsanakis und Bosinakis ganz genau. Die Gewalttätigkeit



der Polizei zeigt sich auch gegenüber jeder Äußerung gesellschaftlichen Ungehorsams. (Die Ereignisse im Chemieinstitut, Exarchia mit Festnahmen und Schlägereien in den Polizeibussen und bei der Kripo - Gerüchte über zwei Tote durch Stockschläge der MAT [1]) und MEA [2]) und vieles mehr, ganz zu schweigen von den vielen zurückliegenden Ereignissen mit gleichem oder noch brutalerem Vorgehen der Polizei, die sowieso jedem bekannt sind)

5) Die Methoden, mit denen die Polizei in Zusammenarbeit mit ihr nahestehenden Redakteuren einiger bekannter Zeitschriften "Schuldige" produziert, sind bekannt. So schreiben sie in meinem Fall u.a. im Zusammenhang mit der Wohnung, in der ich wohne, wenn ich in Athen bin - obwohl ihnen bekannt ist und es vom Eigentümer bestätigt wurde, daß sie im Namen von B. Michou gemietet ist und das Telefon von einam früheren Angestellten des deutschen Instituts, Barnie Sesil, übernommen wurde - mit einer riesigen über zwei Seiten gehenden Überschrift "Beide hatten einen Decknamen". Außerdem schreiben sie, daß ich ein Boot gekauft habe [3]), obwohl sie durch das Material, daß sie bei mir zuhause gefunden haben, wissen, daß ich es selber in meiner Freizeit in den Jahren 82-83 gebaut habe und es im Dezember 83 zerstört wurde. Um ein "günstigeres" Klima zu schaffen, haben sie außerdem geschrieben, daß ich ein mutmaßlicher harter Mörder sei u.ä.

Mit allen diesen zielgerichteten Lügen - und ich bin sicher, daß dies noch nicht alles war - erzeugen sie ein solches Klima, daß es natürlich erscheinen wird, wenn



der "Schuldige" auf der Straße von einer "Spezialeinheit" hingerichtet wird oder für 18 Monate in U-Haft in Koridalos eingesperrt wird. Danach läuft es je nach politischem Klima so, daß sie ihn entweder feierlich entlassen (und die Lügner verkaufen das auch noch als ihre Liberalität), oder ihn für soviele Jahre, wie sie wollen, verurteilen, damit sie nicht als Deppen dastehen, die ihn ohne Grund festgehalten haben. Solche Fälle , aktuelle und auch bereits vergangene, sind denen, die die Augen offenhalten wohlbekannt.

6) Bei den Wahlen, die vor kurzem stattgefunden haben, haben in dem Zweikampf beide Kontrahenten versucht, das Blut von Gisi auszuschlachten, um ihre Prozentanteile zu vergrößern.

Auf beiden Seiten haben die Zeitungen um die eindrucksvollsten Lügen gewetteifert und die unter diesem Druck Wehrlosen zu Sündenböcken gemacht - die, nach denen gefahndet wird, und die von der Polizei als "Räuber" und "Terroristen" bezeichnet werden. In letzter Zeit ist die Polizei mit Knarren in der Hand in mehrere Häuser eingedrungen - auch in meins - zerbrach, zerstörte und beschlagnahmte dabei persönliche Sachen, ohne Rücksicht darauf, was das für die Betroffenen in Bezug auf die Nachbarn und das gesellschaftliche Umfeld heißt. Ausserdem nimmt sie willkürlich Bekannte von mir fest und hält sie fest, und versucht unter dem Druck von allen möglichen Drohungen, Aussagen zu erpressen, mit denen sie eine Anklage gegen mich begründen kann. Alles ohne die Anwesenheit eines Anwalts. Aus dem was ich gesagt habe, wird klar, warum ich mich "sorgsam verstecke". Ich halte meine politische Einstellung oder die Tatsache, daß ich Christos Tsoutsouvis kannte, nicht für ein Verbrechen. Ich war nie bewaffnet und bin es auch jetzt nicht. Ich denke, daß mein Leben durch die Fahndung der Polizei und die ihr nahestehende Presse in Gefahr ist. Ich erkläre sie für verantwortlich, wenn ich eines Tages von den Händen der Polizei hingerichtet gefunden werde. Eine Waffe können sie mir immer in die Hand drücken.

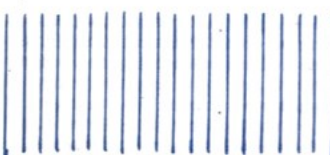
Wir dürfen den ermordeten Spiropoulou in Kalithea, den Arzt Tsironi in Faliro und alle anderen nicht vergessen."

Georgios Balafas

Anmerkungen:

1) uniformierte und
2) zivile Sondereinheit der Polizei
3) damit wollten sie ihn mit illegalen Geldbeschaffungsmaßnahmen in Zusammenhang bringen.





Am Sonntag, den 17. November ist in Athen im Anschluss an eine Demonstration mit 200 000 Menschen anlässlich des 12. Jahrestages des Studentenaufstandes gegen die faschistische Obristendiktatur der 15-järige Michalis Kaltezis von den Bullen erschossen worden.

Die Demonstration, bei der mit anti-amerikanischen Parolen der Austritt Griechenlands aus der NATO gefordert wurde, ging zur amerikanischen Botschaft. Danach wurde ein Büro der südafrikanischen Fluggesellschaft und ein Cafe des Hilton-Hotels angegriffen.

Am Exarchia-Platz, dem bekannten Treff der Athener Anarchisten provozierten die Bullen. Beim Zurückdrängen der Bullen wurden auch Mollies auf Einsatzfahrzeuge geworfen. Daraufhin wurde von den Bullen scharf geschossen und eben M. Kaltezis ermordet. Kurz darauf wurde als Reaktion das chemische Institut besetzt. Entgegen früherer Fälle erlaubte der Senat des Instituts der Polizei, das Gelände zu betreten. Daraufhin stürmten die Bullen das chemische Institut und verhafteten 37 Personen. In den folgenden Tagen fanden mehrere militante Demos statt.

C - CELLULES C - COMMUNISTES C - COMBATTANTES

Diskussion in Belgien

(Auszüge eines Artikels der niederländischen Anarcho-Zeitung " De Vrije" 4/85)

Seit Anfang Oktober letzten Jahres haben die CCC in drei Etappen eine Reihe von Anschlägen durchgeführt, auf Rüstungsproduzenten, politische Parteien und last but not least auf spezielle NATO-Ziele. Die belgische Justiz reagierte mit der Einrichtung von Anti-Terror-Einheiten mit dem schönen Namen "Kolleg zur Bekämpfung des Terrorismus" und "Groupe Interforce". Am Freitag, den 19.10.84, nach dem fünften CCC-Anschlag, schlugen sie in großem Stil zu: 120 Hausdurchsuchungen vor allem bei Anarchisten.
Nachdem die ersten CCC-Bomben hochgegangen waren, gab es in Belgien wochenlang eine wahre Bombenmeldungsepedemie. Plötzlich war die ideale Aktionsform für jedermann gefunden, um dem Feind eins auszuwischen. Beinahe täglich mußten Banken, Gerichtsgebäude, Parteibüros u. ä. geräumt werden.
Die belgische Linke reagierte nahezu einhellig negativ auf die CCC. Maoisten, Trotzkisten, Kommunisten, einfache Sozialisten und auch die Grünen erklärten die CCC zu Polizeiprovokateuren, ohne irgendeinen Beweis dafür zu haben. Allerdings ist dies verständlich, wenn man die Ereignisse der letzten Monate in Belgien nüchtern betrachtet: Die Affäre Westland-New-Post, wo mit ziemlicher Sicherheit Agenten der belgischen Staatssicherheit an rechtsterroristischen Aktivitäten beteiligt waren, und die Gardiner-Affaire, wo die Friedensbewegung die Verantwortlichkeit für einen höchst idiotischen Munitionsdiebstahl beschuldigt wird, und zwar von einem bekannten Polizei-Provokateur.
In anarchistischen Kreisen gibt es unterschiedliche Reaktionen. Einheitlich werden die Ideen der CCC wegen ihres autoritären Sozialismusbildes abgelehnt, ihre Strategie dagegen wird unterschiedlich bewertet.
Vielleicht erst noch eine kurze Zusammenfassung der CCC-Aktionen. Am 2.10.84 explodiert eine Bombe bei Litton Business Belgium, deren kanadische Filiale das Steuersystem der Cruise Mis-



siles entworfen und gebaut hat. Einen Tag später wird eine Anzahl Lastwagen angesteckt, auf einem Parkplatz der Firma MAN, Konstrukteur der Pershing-Fahrzeuge. Am 8.10.84 knallt es bei Honeywell, unter anderem Lieferant elektronischer Teile für das Cruise-Steuersystem. Am 15.10.84 geht eine Bombe bei einem Brüsseler Untersuchungszentrum der Liberalen Partei - PVV - hoch. Zwei Tage später wird das CVP-Lokal (Christliche Volkspartei) in Gent, Heimatstall von Premierminister Martens, schwer zerstört. Am 26.11.84 muß ein Fernmeldemast beim Luftwaffenstützpunkt Bierset, der von der NATO genutzt wird, dran glauben. Am frühen Morgen des 11.12.84 werden 5 Anschläge über das Land verteilt auf NATO-Pipelines durchgeführt. Am 14.1.85 trifft ein Anschlag das SHAPE-Gebäude in Brüssel. Im Kommunique hierzu heißt es, daß damit die erste CCC-Kampagne abgeschlossen sei.

Was denkt nun das anarchistische Belgien über die CCC?

In einem Artikel aus "KNACK" vom 21.11.84, in dem mehrere Anarchisten befragt wurden, finden wir vor allem negative Reaktionen. Ludo von der Genter Gruppe Zwart en Rood erklärt: "Es ist Unsinn, uns mit den CCC zu vergleichen. Es gibt einen deutlichen ideologischen Unterschied. Sie versuchen durch ihre Anschläge den Repressionsapparat anzuheizen, bis er die Grenzen überschreitet und die Menschen sich dagegen erheben. Sie wollen aus ihrer kommunistischen Sicht heraus die Vorhut sein, während Anarchisten bestimmt nicht für andere bestimmen wollen, was für sie gut ist." Francis vom Anarchistischen Kollektiv, ebenfalls aus Gent, führt aus, daß "ein Anarchist gegen jede Form von Unterdrückung und Macht ist. Wir erstreben eine gewaltlose Gesellschaft, und es wäre eine Verleugnung unseres Ideals, wenn wir Bomben gebrauchen, um dieses Ziel zu erreichen. Um es mit einem Klischee auszudrücken: Der Zweck heiligt die Mittel nicht. Die Spürhunde waren bei uns also an der verkehrten Adresse, aber wir wurden so doch nochmal mit Bombenlegern zusammengeworfen und in die kriminelle Ecke gerückt."

Babar von der Brüsseler Gruppe "22. März" wendet sich erst einmal vollmundig gegen das Ideengut der CCC, das Hierarchie und Autorität ausstrahlt, das jeden Respekt vor einer pluralistischen Gesellschaft vermissen läßt, das eine "Diktatur über das Proletariat" verteidigt, das die individuelle Dimension negiert, Verstaatlichung des gemeinschaftlichen Lebens verteidigt usw.... Die Emanzipation der Arbeiter ist eine Sache der Arbeiter selbst und nicht irgendeiner Avantgardgruppe, die ihren Willen mit Gewalt aufzwingen wollen, so Babar. "Wir denken nicht, das die vereinzelten Anschläge gegen Rüstungsproduzenten die Kriegsmaschine stillegen werden" erklärt er. Vielmehr gehe es um die Mobilisierung jedes einzelnen von uns, wovon alles abhängt. Anstatt Zorros Bomben zu applaudieren, wählen wir die Waffe der aktiven Verweigerung unserer Mitarbeit.
(Babar in "Alternative Libertaire", November 84)

Unter Anarchisten lassen sich allerdings auch andere Töne vernehmen. "Het Volksgebit" aus Antwerpen eröffnete einen Artikel über die CCC so: " Es wurde Zeit, endlich haben auch die belgischen Proletarier die Waffen zur Hand genommen. Die Versammlungen von Ches und Ulrikes nennen sich in Belgien CCC." Argumente finden wir weiter nicht in diesem Artikel, weil direkt übergegangen wird auf eine Ironisierung der allgemeinen linken Distanzierungen von den CCC.
In einem Flugblatt erklärte sich die anonyme "Anarchistische Zelle" mit den CCC solidarisch: "Nach den Geschehnissen in Schaarbeek um die Faschisten Nols und Le Pen, nach der Enttäuschung des Widerstandes gegen die Atomraketen, der VMO-Blokade, dem Marsch der Jugend..., hat auch die Anarchistische Zelle beschlossen, einen Guerillakampf zu führen", wobei man die Mittel der CCC übernehmen will. "Es sind nicht die Bomben der CCC, sondern die sogenannten Volksvertreter, die die Demokratie bedrohen und anderen ihren Willen aufzwingen. Ihr Leben ist wertlos, ihre Seele verkauft, ..." so diese Zelle.
In einem "Diskussionsvorschlag im Zusammenhang mit dem breiten anti-imperialistischen Kampf", einem Text, der auf Solidaritätsveranstaltungen zu letzten RAF-Hungerstreik verteilt wurde, erklärt der unbekannte Autor: "Es ist voreilig, sich sofort vom bewaffneten Widerstand z.B. der RAF oder der CCC zu distanzieren. Politische Aktion, in welcher Form auch immer, ist immer eine Äußerung von Idealismus, d.h. Selbstaufopferung zur Verbesserung der Gesellschaft.
Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, daß die RAF und CCC diesen Idealismus bis zum äußersten treiben. Sie schneiden sich selbst jeden Weg zurück ab. Sie handeln aus Sorge über schlechte Zustände und wagen ihr Leben in einem Versuch, diese zu verändern. Natürlich kann man über die gebrauchten Mittel diskutieren. Aber wir müssen berücksichtigen, daß Blumen in Gewehrläufen nichts wesentliches verändert haben und 15 Jahre demonstrieren auch nicht. Haben Menschen nicht das Recht, neue Aktionsmittel auszuprobieren? Ist eine öffentliche Kriegserklärung nicht eine verständliche Reaktion, wenn sich jemand der Grausamkeit des Systems in der er lebt, voll bewußt wird? Sind wir nicht bange Feiglinge, wenn wir - bei all unserem Wissen - diese Konsequenz nicht ziehen?"

Und nun noch ein paar eigene Anmerkungen zu den CCC.
Es ist deutlich, daß die "Diskussion", die bisher in Belgien geführt wurde, höchst armselig war. Aus verschiedenen Kreisen wurde immer wieder suggeriert, daß die CCC aus dem rechten Lager kämen, weil das ein bequemes Totschlagargument ist, wenn man strategisch mit jemandem nicht übereinstimmt. Es ist auch äußerst unsinnig, die CCC für die heutige Zunahmen der Repression verantwortlich zu machen, weil die jetzt durchgeführten Staatsprojekte, wie "Groupe Interforce" schon viel länger konkret geplant waren und auch mit jedem beliebigen anderen Anlaß verwirklicht worden wären.
Im heutigen politischen Kontext in Belgien gesehen, hat das Entstehen der CCC etwas durchaus logisches. Die Friedensbewegung hat - durch die politische Manövriererei ihrer Leitung - auf der ganzen Linie versagt: Mehr als 5 Jahre Mobilisierung großer Massen haben NICHTS gebracht - die Raketen wurden zum vorgesehenen Termin aufgestellt! Diverse Umfragen zeigen, daß sich die Friedensaktivisten in diesem politischen Zirkus ohnmächtig fühlen. VAKA und andere Kanalisierungsgruppen der Friedensbewegung haben bei jedem Wort zu den Raketen stets sofort den gewaltlosen Charak-



ter des Widerstands betont. Weil "härtere Aktionen" innerhalb der Friedensbewegung praktisch nicht besprochen werden konnten, ist es logisch, daß sich irgendwann ein harter Kern vom gewaltlosen Teil abspaltet, so bedauernswert das eigentlich ist. VAKA und andere Repräsentanten der Friedensbewegung haben dann auch überhaupt nichts von den CCC begriffen und haben deren Aktionen immer abgewiesen und ohne Argumente in die Ecke der Polizeiprovokation gedrückt.
Andererseits hauen die CCC voll daneben, wenn sie in ihrer Bilanz behaupten, sie hätten eine politische "Bewußtmachung" des Proletariats erreicht, die diese Klasse der kommunistischen Revolution einen Schritt näher bringt. Niemand in diesem Land - von einigen anonymen anarchistischen Kommuniques abgesehen - hat auch nur ein positives Wort über die CCC verloren, im Gegenteil hat es geradezu Distanzierungen geregnet. Die CCC haben auch keinen Anlaß gegeben zu einer Ausbreitung harter Aktionen - außer möglicherweise der Anti-Raketen-Gruppe "Don Quichotte", die in den letzten Wochen einige nette Aktionen verübt haben.
Ich finde, daß die CCC das vollste Recht haben, Rüstungsproduzenten bewaffnet anzugreifen, weil ich mir selber keine andere Möglichkeit vorstellen kann, diese Mordgeräte zu stoppen. Es ist klar - und die CCC geben das auch zu -, daß es dabei nicht bei einer Aktion bleiben kann, sondern dies zur Praxis vieler Gruppen werden muß. Diese Fabriken machen enorme Profite mit ihrer Produktion. Der ihnen zugebrachte Schaden muß diese Gewinne in Verluste umkehren....
Die Angriffe der zweiten CCC-Kampagne auf politische Parteien finde ich vollkommen falsch. Man kann Parteien nicht unter Druck setzen, wenn sie sich als Märtyrer präsentieren können. Eine Partei wird durch ihre Wählerschaft groß gemacht, und dieses Verhältnis muß zerstört werden.
Kommen wir dann zur dritten Serie von Aktionen der CCC, die sich gegen die NATO-Infrastruktur richtete. Ich finde es gut, wenn die Arbeit dieser Bande sabotiert wird, was natürlich auch wieder massenhaft gemacht werden müßte. Allgemeine Sabotage setzt voraus, daß man Unterstützer sucht und daß man seine Gründe den Friedensgruppen darzulegen versucht. Leider versuchen die CCC kaum, mit anderen Gruppen in Kontakt zu treten. Verwerflich finde ich, daß die CCC Menschen persönlich angreifen will. Jede Aktionsgruppe, die von einer großen Gruppe anderer anerkannt werden will, muß sich nach einer gewissen Ethik richten. Ich selbst lehne die Todesstrafe völlig ab und sehe keinen Grund, warum sich irgendeine Gruppe dieses Recht zusprechen könnte. Mit Morden und Geiselnahmen kommen wir auf eine andere Ebene der Gewalt und dann wird die Diskussion völlig irrational, dann verschwinden die Motive vollständig hinter der kriminalisierenden Gewalt der Medien. Ein Sabotageakt hat immer etwas logisches in sich: Man will etwas mörderisches stillegen, und wenn man massenhaft dagegen vorgeht, wird man es tatsächlich stillegen.

Luc Vanheerentaals

NEUES AUS DEN KOLONIEN

Regionalwahlen In Neu-Kaledonien

Dieser Artikel ist eine Fortsetzung des Beitrags "Solidarité avec le peuple kanak" aus der letzten Aktion



In Neu-Kaledonien wurde am Sonntag, 29.9.85 gewählt.72 5oo,also ca.8o% der eingeschriebenen Wähler/innen haben 46 Regionalabgeordnete gewählt. Dazu wurde Neu-Kaledonien in 4 Regionen aufgeteilt:(siehe auch Kasten) Region Süd,Nord,Zentrum und Iles Loyaute.Im Gegensatz zu den Nationalwahlen im Nov.84 zu deren Boykott die FLNKS(Front de Liberation Kanak Socialiste) erfolgreich aufgerufen hatte(knapp die Hälfte blieben zu Hause) nahm sie als FLNKS an den Wahlen teil.Desweiteren waren zu wählen die RCPK,Partei der franz. Einwanderer,die sich gegen jegliche Autonomie der Kanaken stellt und an der Ausbeutung der Rohstoffe verdient;und noch die LKS,eine gemässigte Fraktion der Kanaken,die aber bei dieser Wahl fast keine Abgeordnete mehr in die Regionalparlamente brachte.
So waren die Wahlergebnisse ein genauer Ausdruck der politischen Verhältnisse in Neu-Kaledonien;in den drei Regionen Nord,Zentrum und Iles Loyauté, wo die Kanaken die Mehrzahl der Bevölkerung stellen,wurden genau dementsprechend die Kandidaten der FLNKS und im weit geringerem Maße der LKS gewählt.Dagegen im Süden,dem Wirtschafts- und Verwaltungszentrum Neu-Kaledoniens mit einer starken Mehrheit von französischen Einwanderen,den"Caldoches", wurde die reaktionäre Partei RCPR eindeutiger Wahlsieger.
Mit dieser Wahl hat es die FLNKS zwar geschafft in drei Regionen die legislative Verwaltung zu übernehmen,aber,daß sehen sie nicht anders, die wahren Machtfaktoren wie z.b. Wirtschaft,Militär und Ausbidung verbleiben weiter in den Händen der "Caldoches".So ist der Parteivorsitzende derRCPR,Mißjöh Jacques Lafleur,der Hauptaktionär (sprich Mehrheit) der zweitgrößten Nickelminengesellschaft und ganz nebenbei,Besitzer von 36 000 ha (36o qkm2) Neu-Kaledonischen Bodens,den er bestimmt nicht von den kanakischen Ureinwohnern geschenkt bekam!
Mit dem Nickel hat es eine besondere Bewandtnis(s??,wer schenkt uns'nen Duden?!);über 4o% der bekannten Nickelreserven auf der Welt befinden sich in,um Neu-Kaledonien.Das Geschäft damit machen natürlich die französischen Einwanderer,die die Eigentümer der Minen sind und die französischen Firmen ELF-Erap,ELF-Aquitaine und IMETAL,die die Weiterverarbeitung und Export des Nickelerz bzw.des Nickels unter ihrer Kontrolle haben.Die Umsätze dieser landschaftzerstörenden (da zum Teil Tagebau) Rohstoffausbeutung betragen jährl.ca.2oo Mill.DM,und die daraus entstehenden Reingewinne, etwa 1/6 des Umsatzes fließen nur in die Taschen der Aktionäre und Eigentümer(innen wird's wohl kaum geben)in Frankreich oder Neu-Kaledonien.Die,die diese "Reichtümer" aus dem Boden ihrer Vorfahren buddeln und in den Fabriken weiterverarbeiten haben wie üblich das Nachsehen.(Wie in der letzten "Aktion" beschrieben entziehen sich ein Großteil der Kanaken diesen Verwertungsbedingungen und es gibt eine große Anzahl von "Arbeitsimmigranten"aus dem südpazifischen Raum.Zur gewerkschaftlichen Organisierung siehe ebenfalls letzte "Aktion").
Und falls sie auf die den Gedanken kommen sollten sich'nen ruhigeren und besser bezahlten Job in der Verwaltung oder in anderen "höherqualifizierten" Bereichen zu suchen,haben sie das "Pech" zu einer Menschenklasse zu gehöere ner Menschenklasse zu gehören,denen, die für die Caldoches und andere Weiße reservierten Ausbildungs-und Schulplätze verwehrt werden.
Uff,jetzt reichts mir und ich verweise noch auf ein längeres Interview mit zwei Kanakis in der "alhambra zeitung" vom okt.85,kostenlos zu beziehen bei dem "alhambra zeitung" Kollektiv c/o Hermannstr.83 29oo Oldenburg

Miro



DER FABIUS-PLAN (1)

Es ist vorgesehen,daß in Neu-Kaledonienn vor dem 31.12.87 eine Volksabstimmung über die Annahme der von der franz.Regierung vorgeschlagenen Unabhängigkeitsassoziation mit Frankreich durchgeführt wird.Alle Bewohner des Territoriums sollen abstimmungsberechtigt sein.

Bereits im Herbst 1985 ist das Territorium in vier Regionen aufgeteilt worden,deren Bewohner jeweils zur Wahl von Regionalversammlungen aufgerufen sind.Die Mitglieder aller Regionalversammlungen bilden den Kongress,das Parlament Neu-Kaledoniens.Wirtschaftliche,soziale und kulturelle Reformen werden direkt zwischen den betroffenen Regionen und dem franz.Staat ausgehandelt. (Frechheit dieser Plan einer "sozialistischen" Regierung).
Wichtige Entscheidungen in der Neu-Kaledonienpolitik werden unmittelbar vom frz.Kabinett ohne Beteiligung (ach ja ?!) der Nationalversammlungen getroffen.Militärisch will Frankreich seine Präsenz durch den Ausbau einer Militärbasis in Nouméa (Hauptstadt im Süden) verstärken.

(1) Franz.Premierminister (Würg!)





Australien

Eine massive Streikwelle überrollte Queensland (N.E. Australien), nachdem die Staatsregierung unter Führung des ultra-rechten Bjelke-Peterson strikte anti-Gewerkschaftsgesetze durchsetzen wollte. Die Arbeiter legten vorbeugend den gesamten Bahn-, Luft- und Seeverkehr des Staates lahm, der größte Teil des LKW-Verkehrs wurde ebenfalls gestoppt. Die Blockade verhinderte die Einfuhr von über 2 Millionen Tonnen Fracht nach Queensland. Zur Unterstützung wurden auch noch Telefon und Postdienste unterbrochen.
In dieser Zeit waren Demonstrationen verboten, die Streikenden scherten sich aber nicht darum. Mehr als 1000 Kraftwerksarbeiter traten in den Streik, obwohl sie per Gesetz ein generelles Streikverbot haben. Dieser Streik war ein unabhängiger, zumal Gewerkschaften mit einer Geldstrafe von Aust. $ 30.000 bestraft werden, falls sie ohne vorherige Information der Ausbeuter streiken.
Die Kraftwerksarbeiter wurden sofort gekündigt, Peterson bot ihnen jedoch die Wiedereinstellung an, falls sie
1) einen Pakt mit Streikverbot unterschreiben,
2) wöchentlich zwei zusätzliche Stunden arbeiten,
3) alle 14 Tage einen freien Tag vom Schichtausgleich opfern und
4) die Namen von "Streikführern" nennen würden.
Dazu stand die Drohung im Raum, ein Gesetz anzuwenden, nachdem die einzelnen Arbeiter bei einem Streik zu 1000 Aust. $ "Strafe" verurteilt werden können.
Doch anstatt auf diese Unverschämtheiten einzugehen, setzten die Arbeiter auf Solidaritätsaktionen. Der erste Akt war die komplette Stromversorgung von Brisbane, der größten Stadt Queenslands, zu kappen. Dort ging das Licht buchstäblich aus. Unterstützung kam auch aus anderen Branchen, von den Bergarbeitern, den Bauarbeitern, den Eisenbahnelektrikern...
Die Gewerkschaft der Seeleute verhängte einen Ölboykott über den Staat.
Wie beim Generalstreik in Dänemark, versuchten auch hier die Gewerkschaftsbosse der Australian Trade Union Confederation (ATUC) und der Labour Party den Streik zu brechen. Dies gelang ihnen aber nicht einmal ansatzweise, denn die Aktionen waren von den Basisgruppen, der rank and file Bewegung, organisiert worden.
Die Bundesregierung in Canberra ist wegen der Unruhe in Queensland besorgt, stören die Aktionen

→

des Herrn Bjelke-Peterson doch arg das Ansehen Australiens als "normaler demokratischer Staat". So brütet die sozialdemokratische Bundesregierung über Plänen, die Elektrizitätswerke zu verstaatlichen (aufzukaufen) und die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, doch ist in der Zwischenzeit so viel passiert, daß eine billige Integrationspolitik nicht mehr zieht.

(Quelle: New World, DAM/IAA)

MELBOURNE

1-4. MAI '86



MELBOURNE

1-4. Mai 1986
Begegnungen, Filme, Diskussionen, Versammlungen u.s.w.
Zur Aktualität des Anarchismus

1886 entstand in Melbourne die erste anarchistische Gruppe: der "Melbourne Anarchist Club". Fünfzehn Jahre nach den Ereignissen in Europa entstand somit die erste australische anarchistische Bewegung. Ein Jahrhundert später organisieren die Genossen jenes fernen Inselkontinents eine Reihe von Initiativen, die in MELBOURNE VOM 1.-4. MAI 1986 stattfinden werden. Es handelt sich um die AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS.

→



Nächstes Jahr gibt es weitere bedeutsame Jahrestage für die anarchistische und allgemeiner gesprochen für die internationale Arbeiter- und sozialistische Bewegung:
Nächstes Jahr jährt sich zum hundertsten Mal die "legale" Ermordung jener Anarchisten in den USA die als "Märtyrer von Chicago" in die Geschichte eingegangen sind. Zu ihrem Gedenken wurde der 1. Mai zum internationalen Tag des Kampfes und der proletarischen Solidarität erklärt. Es jährt sich zum fünfzigsten Mal der Beginn der spanischen Revolution, in der die Anarchisten eine Schlüsselrolle spielten.
In der Einladung der AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS wird ausdrücklich auch auf diese Jahresdaten hingewiesen. Aber es wird besonders hervorgehoben, daß es sich nicht um einen rein historischen Rückblick handeln soll. Im Mittelpunkt wird vielmehr die Aktualität anarchistischen Denkens und Handelns stehen und es wird danach gefragt werden, mit welchen individuellen und gesellschaftlichen Mitteln heute Veränderung möglich ist. Das Programm sieht die Begegnung von Anarchisten aus allen Teilen der Welt vor. Geplant ist ferner ein anarchistisches Filmfestival und ein libertäres Kulturangebot, Versammlungen und Diskussionstreffen.
Die Teilnahme an den verschiedenen Arbeitskreisen stehen Interessierten aus der ganzen Welt offen. Für Informationen über die AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS und über den Aufenthalt in Australien oder für Geldüberweisungen (Spenden sind willkommen) usw. könnt ihr euch direkt an das Organisationskomitee wenden:
A.A.C.C.C., P.O. Box 20, Parkville 3052, Melbourne Australia.
Unter dieser Anschrift könnt ihr aktuelles Informationsmaterial der Veranstalter bestellen. Zwei weitere und genauere Informationsschriften werden zwischen Ende Oktober und März 86 erscheinen.

ORGAN DER INITIATIVE FREIE ARBEITER-UNION

NR 55 DM 1,50

F.A.U.

direkte aktion

I.A.A.

Initiative Freie Arbeiter-Union * ANARCHO-SYNDIKALISTEN * Internationale Arbeiter-Assoziation

Redaktion und Vertrieb:
Ortsgruppe Dieburg
Postlagerkarte 060926 A
6110 Dieburg

Redaktionsschluß für Nr. 56

22.02.86

Plakatieren macht Spaß !

Immer suttje durch den Alltag . . .

"Wildes" Plakatieren ist ein beliebtes und weitverbreitetes Mittel zur Stadtteilverschönerung. Ankündigungen von Veranstaltungen Demos, Feiern und Festen oder zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Trotzdem gibt es immer wieder "Aktivbürger", denen das nicht passt. Die meckern, Plakate wieder runterreissen oder die Bullen rufen. Und die Bullen sind nach wie vor spitz darauf, Plakatierer zu erwischen, Personalien aufzuschreiben, Plakate zu beschlagnahmen. Wenns hart kommt, schleppen sie Leute auf die Wache, meistens zum Einschüchtern, aber auch in der Hoffnung, ihnen eine "Straftat" anhängen zu können. Aber so einfach ist das nicht! Grundsätzlich gilt erstmal, dass es nicht verboten und auch nicht strafbar ist, mit Plakaten das Strassenbild zu beleben, wenn folgendes beachtet wird:

- Auf dem Druckwerk muss ein presserechtlich Verantwortlicher stehen. (VisdP:... Ob der noch lebt, muss dich als Plakatierer nicht interessieren.)
- Der Inhalt des Plakats darf keinen Strafbestand erfüllen, z.B. zu strafbaren Handlungen aufrufen. (Wenn ihr euch da nicht sicher seid, diskutiert vorher, wie ihr damit umgeht.)
- Beim Verkleben darf keine Sachbeschädigung begangen werden. Und als Sachbeschädigung gilt, wenn das Plakat nicht mit einfachen Mitteln wieder entfernt werden kann... (Mit normalem Kleister geklebt, ist jedes Plakat mit einfachen Mitteln wieder abzukriegen. Schwierig wird es erst, wenn dem Kleister feingemahlene Neonröhren oder "Wasserglas" beigemischt wird, weil das die Klebefestigkeit wesentlich erhöht. Dabei sollte man sich nicht erwischen lassen.) oder wenn die beklebte Fläche in ihrer Benutzung beeinträchtigt ist. (Ein beklebtes Schaufenster ist in seiner Nutzung beeinträchtigt, da gibt es Ärger. Ebenso erfahrungsgemäss bei Telefonzellen oder Strassenbrücken/-unterführungen und Litfassäulen. Andersrum gesagt: Auf alle schon beschmutzten (benutzten) Flächen, wo noch Fetzen von alten Plakaten hängen, kannst du legal deine Plakate anbatschen. Und das trifft ja eigentlich für fast alle Hauswände und Stromkästen zu.)

So besteht meistens auch gar kein Grund, sich erst im Schutze der Dunkelheit mit Eimer und Quast auf die Socken zu machen. Zumal die Dunkelheit gar nicht immer so schützend ist. Morgens um sieben, wenn alle geschäftig und stressig den Tag beginnen, lässt es sich ruhig durch die Strassen ziehen und die Arbeit verrichten. Für die Vorbeieilenden ist es das normalste der Welt, dass um diese Zeit auch Plakatierer malochen. Und die Bullen haben am hellen Tage auch noch nicht so ein geschärftes Auge für "subversive Elemente", die erwarten sie erst in der Nacht, das passt in ihr Bild! Wirst du doch von Bullen oder Aktivbürgern angequatscht, solltest du folgendes klarhaben:

- Du kennst deine rechtliche Situation
- Du kennst den Inhalt von den Plakaten und stehst voll dahinter

Dann kannst du selbstbewusst mit der Situation umgehen, du weisst was du tust und hast Bock drauf. Keiner kann dir ein schlechtes Gewissen einreden oder dich zu nem peinlichen Stammeln zwingen.

Zu den Bürgern: Wenn du denen erklärst, warum du klebst, fangen die meisten wirklich an, darüber nachzudenken, dass das ja eigentlich ganz in Ordnung ist, mit den Plakaten.

Zu den Bullen: Die Bullen interessiert erstmal weniger, ob du was Verbotenes machst oder nicht. Sie haben ein grundsätzliches Interesse Plakatierer und Plakate zu kontrollieren, das ist ihr Job! Und dann Namen sammeln, Inhalte mitkriegen, in Karteien und Computern zuordnen. So beschränken sie sich meistens darauf, Personalien aufzuschreiben und dir zu sagen, dass du jetzt aufhören sollst. In wenigen Fällen passiert es aber auch, daß sie Plakate beschlagnahmen, Plakatierer filzen oder vorrübergehend festhalten. Darauf eingestellt solltest du vor der Arbeit deine Taschen leeren: Kalender, Notizbücher, Rauschmittel, offenstehende Messer, andere Flugblätter oder Sprühdosen bleiben zu Hause! Deinen Personalausweis nimmst du mit.

Ein stückweit kannst du selber bestimmen, was abläuft, wenn du von Bullen angehalten wirst. Aber du mußt dir vorher Gedanken drüber machen, was traust du dir zu, was ist realistisch: eventuell sich verdrücken, wenn du nen Peterwagen um die Ecke biegen siehst (erspart dir manchmal das ablabern mit ihnen. Wenn du Pech hast, macht sie das aber gerade erst auf dich aufmerksam: Wer abhaut hat ein schlechtes Gewissen oder so ...?), einfach weitermachen, du weißt ja, daß du im Recht bist. Erstmal hören was sie wollen, und dann ihnen das klar machen, daß es das normalste von der Welt ist, daß du hier klebst. Das macht sie unsicher. Das sind sie nicht gewohnt.

<u>Zur Rechtslage :</u> Sie haben **kein** Recht einfach so deine Personalien zu verlangen. Dazu müssten sie dir schon eine konkrete Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vorwerfen, die du begangen haben sollst (Du bist schliesslich ein "freier" Bürger). Dafür hast du aber das Recht, ihre Dienstnummer zu bekommen (Denn sie sind schliesslich "Staatsdiener"). Aber es kommt in der jeweiligen Situation weniger auf das Recht an, als darauf, wer die Macht hat, sich durchzusetzen. Das heisst, wenn sie dir dumm kommen, kannst du dem kaum was entgegen setzen. Gebe dann nur deine Personalien an! Mehr nicht! Beantworte auf keinen Fall irgendwelche Fragen über dich oder über die Leute mit denen du zusammen bist, über "Auftraggeber", ob noch Andere kleben, oder wo ihr schon wart. Du kannst dich entweder dumm stellen (Ich weiss nicht") oder sagst kategorisch "dazu sag ich nichts". Von uns sollen sie nicht mehr erfahren als sie sowieso schon wissen! Ihr müsst in der Situation einschätzen wie ihr euch am besten aus der Affäre zieht, da gibt es keine Rezepte. Am besten ihr sprecht euch vorher mit den Freunden und Freundinnen, mit denen ihr losgeht, ab, wie ihr euch verhalten wollt. Da können wir eigentlich nur aus unseren Erfahrungen lernen.

Wo wir grad bei Erfahrungen sind: Nehmt den guten Kleister, den für schwere Tapeten! Und ein Handtuch oder einen Putzlappen für die Finger dabeizuhaben, ist auch ganz prima!

Aus " Schwarze Katze "
Nr. 2 vom Mai 85

Also klebt was das Zeug hält!!!
K O M M U N I K A T I O N I S T S A B O T A G E ! ! !

Ch E/